

2019

Sicherheitsbericht



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

Sicherheit bedeutet auch Vertrauen. Denn der Wunsch nach sicheren Lebensumständen erschöpft sich nicht allein in der Abwesenheit objektiver Gefahren, sondern bezieht sich ebenso auf das ganz persönliche Sicherheitsgefühl. In einer freiheitlichen Gesellschaft wird dabei ein gewisses Maß an Unsicherheit stets bestehen bleiben. Umso wichtiger ist es jedoch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in existenziellen Fragen der öffentlichen Sicherheit voll und ganz auf ihre Polizei verlassen können.

Mit dem Sicherheitsbericht 2019 möchten wir einen weiteren Beitrag zu diesem Vertrauen leisten. Auf den folgenden Seiten gewähren wir auf Direktions- wie auch Inspektionsebene einen unmittelbaren Einblick in unsere polizeiliche Arbeit des vergangenen Jahres.

Wir möchten Ihnen umfangreiche und alle wichtigen Informationen zur objektiven Sicherheitslage in Ihrer Region zur Verfügung stellen. Dabei gehen wir auf jene Aufgaben in besonderer Weise ein, die im Jahr 2019 Schwerpunkte unserer polizeilichen Arbeit gebildet haben. Dies betrifft beispielsweise Themen wie die Verfolgung und Prävention von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen oder die Kriminalitätsbekämpfung in der digitalen Welt. Zentrale Bereiche der Verkehrssicherheitsarbeit sind unter anderem die Bekämpfung von Hauptunfallursachen und Schwerpunktkontrollen im Bereich des Schwerlastverkehrs.

Daneben ist es uns jedoch auch wichtig, polizeiliches Handeln über statistische Angaben hinaus transparent zu machen. Unter anderem berichten wir daher aus vielfältigen Arbeitsbereichen, wie zum Beispiel der Nachwuchsgewinnung oder dem Einsatz moderner Technologien. Zudem nimmt auch die Präventionsarbeit einen wichtigen Platz ein.

Wechselseitiges Vertrauen basiert jedoch nicht allein auf Transparenz, sondern insbesondere auch auf einem guten Dialog. Besonders deutlich wird dies unter anderem bei der Sicherheit von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern, die ebenfalls thematisiert wird. In den vergangenen Jahren hat sich der Sicherheitsbericht als Teil des stetigen Austauschs zwischen Polizei, Kommunalpolitik und Medien etablieren können. Dies wollen wir fortführen, indem wir gezielt auf Schnittstellen der Zusammenarbeit eingehen und Ihre polizeilichen Ansprechpartner/-innen vorstellen.

Abschließend bleibt uns vor allem, Ihnen eine interessante und kurzweilige Lektüre zu wünschen. Eines möchten wir Ihnen dabei bereits jetzt für das Jahr 2020 garantieren: Wir werden uns auch weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Polizeidirektion Göttingen sicher leben können.



Gerd Lewin
Polizeivizepräsident

Uwe Lührig
Polizeipräsident

Inhaltsverzeichnis: Polizeidirektion Göttingen

Organisation. Präsent vor Ort.

Die Organisation im Überblick	3
Aufgaben und Personal der Polizeidirektion Göttingen	4
Nachwuchsgewinnung und Ausbildung	6
Der Behördenstab - Bindeglied und Fachaufsicht	12
Die Abteilung 1	13
Spezialisten für die digitale Welt	14
Die Abteilung 2	16

Einsatzbewältigung. Wir sind da und helfen.

Modernes Notruf- und Einsatzmanagement.....	23
Die Abteilung „Anton“ der Polizeidirektion Göttingen	26
Auf den Ernstfall vorbereitet - Vollübung „HELIX“ in Hoya	29
Die Diensthundeführerstaffel der Polizeidirektion Göttingen	30

Kriminalitätsbekämpfung. Wir ermitteln und klären auf.

Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion Göttingen.....	38
Bekämpfung der Cyberkriminalität in der Polizeidirektion Göttingen	45
Erfolgreiches internationales Vorgehen gegen „xplosives.net“	46
Politisch motivierte Kriminalität.....	50
Gewalt gegenüber Polizei- und Rettungskräften	53

Verkehrssicherheitsarbeit. Sicher unterwegs.

Verkehrslagebild der Polizeidirektion Göttingen	55
Die regionale Kontrollgruppe - mit digitalem Know-how zum Erfolg.....	58
Bekämpfung der Hauptunfallursachen	60
Fachstrategie Verkehr.....	63

Prävention. Wir informieren und beraten.

Präventionsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen	65
---	----

Moderne Technik und Ausstattung. Wir nutzen sie.

Einsatzbegleitende Polizeitechnik - zukunftsorientiert und effektiv.....	69
Mobilität - immer schnell vor Ort	70
Schutz- und Einsatzausstattung	71

Veranstaltungen. Im Sport dabei.

Deutsche Polizeimeisterschaften in Göttingen.....	73
---	----

Fazit. Mit Sicherheit für Sie da.

Schlusswort des Polizeipräsidenten Uwe Lührig.....	77
--	----

Inhaltsverzeichnis: Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

Organisation. Präsent vor Ort.

Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	8
Die Polizeiinspektion in der Übersicht.....	18

Einsatzbewältigung. Wir sind da und helfen.

Besondere Einsatzlagen in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	27
Sicherheitspartnerschaften	31

Kriminalitätsbekämpfung. Wir ermitteln und klären auf.

Storytelling: „Falsche Polizeibeamte“	33
Prävention bei Straftaten zum Nachteil älterer Menschen	36
Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	42
Bekämpfung von Cybercrime in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	48
Dokumentenprüfer	52

Verkehrssicherheitsarbeit. Sicher unterwegs.

Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	56
--	----

Prävention. Wir informieren und beraten.

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg	67
---	----

Vorwort des Inspektionsleiters

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der vorliegenden Ausgabe des diesjährigen Sicherheitsberichtes wollen wir Ihnen neue Einblicke in die vielfältige Arbeit verschiedener Dienststellen und Organisationseinheiten der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg ermöglichen. Ausführungen zu aktuellen Entwicklungen in den polizeilichen Kernaufgaben des Notruf- und Einsatzmanagements, der Kriminalitätsbekämpfung sowie der Verkehrssicherheitsarbeit runden das Bild ab.

Obgleich sich die Sicherheitslage in unserem Zuständigkeitsbereich wie auch landesweit weiterhin grundsätzlich positiv entwickelt und objektiv kein Anlass zur Sorge besteht, fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger auch in unseren beiden Landkreisen zunehmend unsicher und haben Angst, Opfer einer Straftat zu werden. Wir nehmen diese Entwicklung sehr ernst, denn in Sicherheit zu leben ist ein Grundbedürfnis aller Menschen und bedeutet Lebensqualität.

Von daher hoffe ich, dass die Inhalte und Ausführungen dieses Berichtes auch einen Beitrag zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls leisten können. Dementsprechend erhalten Sie mit der aktuellen Ausgabe einen Überblick über das umfangreiche Aufgabenspektrum spezieller Dienstzweige wie der Wasserschutzpolizei oder der Fahndungseinheit.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte dieses Berichts sind Kriminalitätsfelder, die die Polizei im besonderen Maße gefordert haben. Vor diesem Hintergrund stellen „Hacker-Attacken“ als eine Form der Cyber-Kriminalität die Polizei weiterhin vor große Herausforderungen. Mit Einrichtung der Ermittlungseinheit Cybercrime haben wir auf diese Entwicklung reagiert. Daneben haben Straftaten zum Nachteil älterer Menschen in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg im vergangenen Jahr besonders hohe Schadenssummen verursacht.

Neben der Darstellung dieses Deliktsbereiches finden Sie auch wertvolle Präventionshinweise, die das Opferrisiko deutlich minimieren.

Unsere Einsatzfähigkeit haben wir im Rahmen einer Großübung der Polizeidirektion Göttingen unter Beweis gestellt. Wenngleich für unseren Zuständigkeitsbereich keine konkrete Gefahr für eine terroristische Bedrohung besteht, wurden in enger Zusammenarbeit mit Rettungsdiensten und Feuerwehr wertvolle Erfahrungen für die Bewältigung eines derartigen Anschlags-szenarios gesammelt.

Abschließend wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Frank Kreykenbohm
Leitender Polizeidirektor
Leiter Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

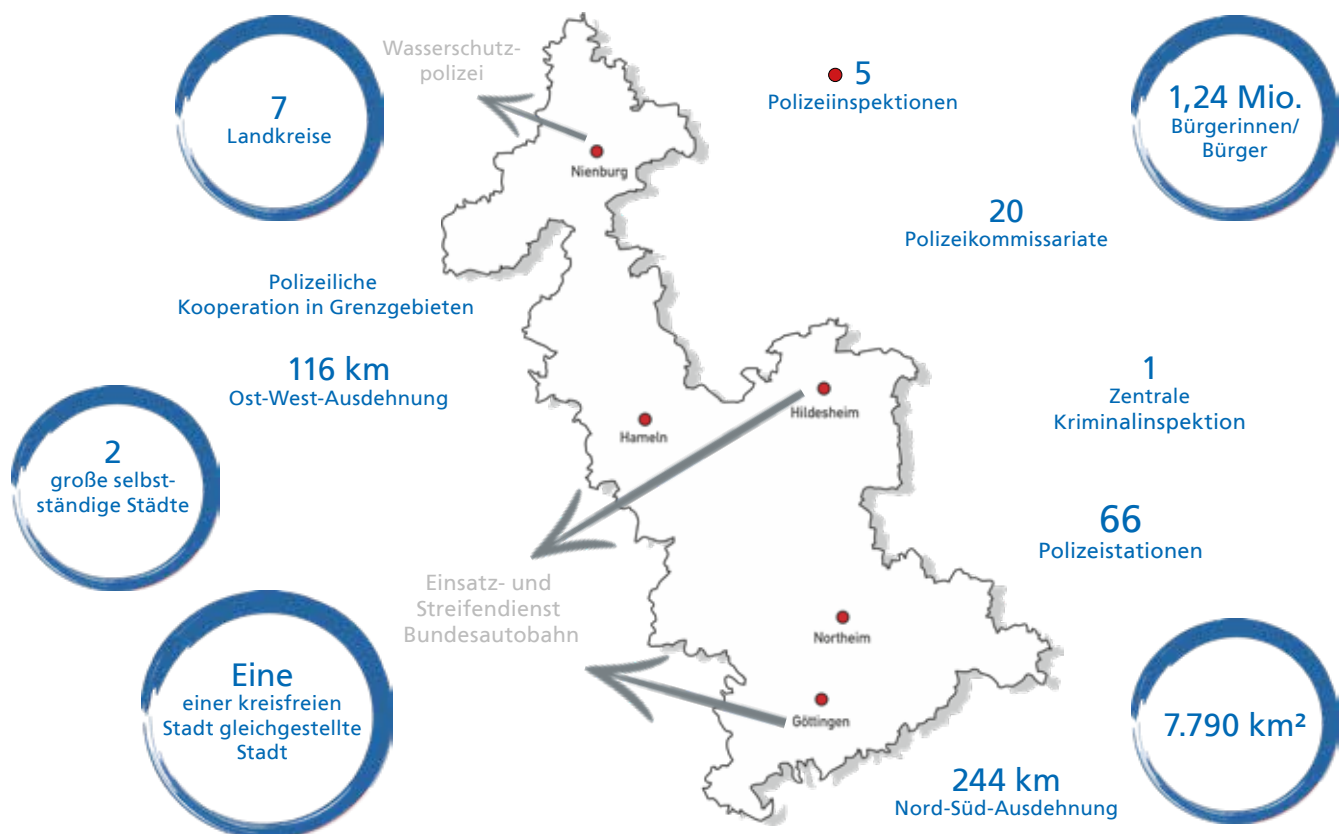




Organisation

Präsent vor Ort.

Die Organisation im Überblick



Die Polizeidirektion Göttingen ist zuständig für die Sicherheit von 1,24 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und jederzeit leistungstark und kompetent für sie da. Von Hoya im Norden bis Hann. Münden im Süden sowie Uchte im Westen bis Walkenried im Osten betreut sie ein Gebiet von etwa 7.790 km². Dieses umfasst sieben Landkreise, die großen selbstständigen Städte Hameln und Hildesheim sowie die Stadt Göttingen, die einer kreisfreien Stadt gleichgesetzt ist.

Der Behörde sind fünf Polizeiinspektionen sowie eine Zentrale Kriminalinspektion nachgeordnet, deren insgesamt 2.932 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an 91 Standorten ein gleichbleibend hohes Sicherheitsniveau im gesamten Direktionsbereich gewährleisten. In 27 Dienststellen sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wechselschichtdienst rund um die Uhr im Einsatz.

Dazu ist es erforderlich, regionale Unterschiede und die Bedürfnisse der Bevölkerung ebenso aufzugreifen wie aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen. Daher werden die Abläufe und Strukturen in der Polizeidirektion Göttingen fortlaufend evaluiert, um diese gegebenenfalls zu optimieren.

Ein Beispiel für diesen Grundsatz war die Anpassung polizeilicher Strukturen in Südniedersachsen zum 1. Januar 2019. Dabei wurden die polizeilichen an die kommunalen Strukturen angeglichen, wodurch die Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim nun jeweils für das Gebiet des gleichnamigen Landkreises zuständig sind. So konnte nicht nur die Effizienz unserer Aufgabenwahrnehmung, sondern auch die Zusammenarbeit mit kommunalen Sicherheitspartnern in der Region nochmals verbessert werden.

Flächenpräsenz und Interventionsfähigkeit

Polizeiliche Präsenz in der Fläche und die unmittelbare Reaktions- und Interventionsfähigkeit in Einsatzlagen, die ein sofortiges Eingreifen erfordern, sind entscheidende Erfolgsfaktoren polizeilicher Arbeit.

Rein rechnerisch betreut dabei jede Polizeibeamtin bzw. jeder Polizeibeamte im Vollzugsdienst 511 Bürgerinnen und Bürger (Polizeidichte).

Zudem gilt für jeden Ort in unserem Zuständigkeitsbereich: Die nächste Polizeidienststelle ist nicht mehr als 20 km entfernt. Außerdem muss jeder Einsatzort im ungünstigsten Fall in spätestens 20 Minuten zu erreichen sein.



Kompetentes und engagiertes Personal ist eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung polizeilicher Kernaufgaben. Im Jahr 2019 hatte die Polizeidirektion Göttingen etwa 5,5 Millionen Personalstunden zur Verfügung, welche für die Leistung von insgesamt 2.932 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen.

Die Aufklärung von Straftaten und die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten bilden wichtige Arbeitsschwerpunkte. Zudem kommt Bereichen wie der Kriminal- und Verkehrsprävention, der Verkehrssicherheitsarbeit sowie der Einsatzbewältigung aus besonderem Anlass, wie beispielsweise bei Demonstrationen oder Veranstaltungen, große Bedeutung zu.

Darüber hinaus fordert auch die rechtzeitige Abwehr von Gefahren jeder Art, wie z.B. die Beseitigung von Gefahrenstellen oder die Suche nach Vermissten oder hilflosen Personen, oftmals ein sofortiges und entschlossenes Handeln.

4.603 ausgelöste Alarme

14.888 Beseitigung von Gefahrenstellen
im öffentlichen Bereich

71.553 bearbeitete Strafanzeigen

34.185 geführte elektronische
Kriminalakten

4.140 Fundsachen

3.938 Hilfeleistungen
(hilflose Personen
und Suizidversuche)

730 Brandermittlungen

8.229 Maßnahmen im
Zusammenhang
mit Streitigkeiten/
Ruhestörungen

1.045 bearbeitete
Haftbefehle/
Vorfürhungen

Unsere
Aufgaben
in Zahlen

3.226 bearbeitete
Ordnungs-
widrigkeiten

1.744 erkennungsdienstliche
Behandlungen von Personen

2.463 Todesursachenermittlungen

34.462 bearbeitete Verkehrsunfälle

1.723 Such- und Fahndungsmaßnahmen
(in Verbindung mit Vermisstenanzeigen und Abgängigen)

Aufgaben und Personal der Polizeidirektion Göttingen

Fachexpertise als Schlüssel zum Erfolg

Gesellschaftliche Veränderungen wirken sich stets auch auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden aus. Angesichts rasanter Entwicklungen wie der Globalisierung und Digitalisierung steht die Polizei immer wieder vor neuen und komplexen Herausforderungen, auf die es angemessen zu reagieren gilt.

Die Polizeidirektion Göttingen setzt dabei in allen Bereichen auf hochqualifiziertes Personal, das auf ein umfangreiches Expertenwissen und eine oftmals langjährige Praxiserfahrung zurückgreifen kann.

Neben einer Vielzahl von Specialistinnen und Spezialisten aus den Reihen der Polizei, beschäftigt die Behörde dabei zunehmend auch Fachkräfte mit einem externen Ausbildungshintergrund. Dazu zählen unter anderem 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Hochschulabschluss, die in so unterschiedlichen Fachbereichen wie der Bekämpfung von Cyberkriminalität, dem polizeilichen Staatsschutz oder der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt sind.



Auch im Jahr 2020 sind Einstellungen externer Fachkräfte vorgesehen.

Aktuelle Stellenangebote der Polizeidirektion Göttingen finden Sie unter:

www.pd-goe.polizei-nds.de/beruf_karriere/





**FLUCHTWAGEN GESTOPPT,
SCHULWEG GESICHERT.**

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT bei der Polizei Niedersachsen (mit Abitur oder Realschulabschluss)
und sichere Dir Deine Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

polizei-studium.de
@POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Junge Menschen für den Polizeiberuf zu gewinnen, ist für das Personalmanagement der Polizeidirektion Göttingen ein entscheidendes Ziel. Steigende Pensionierungszahlen werden dabei auch künftig zu einem hohen Bedarf an polizeilichem Nachwuchs und einer Verjüngung in vielen Dienstbereichen führen. In dieser Entwicklung liegt sowohl für Bewerberinnen und Bewerber als auch für unsere Organisation eine große Chance.

Nur wenige Berufszweige verfügen über ein ähnliches Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung wie der Polizeiberuf. Vielfältige Arbeitsbereiche eröffnen je nach persönlichen Kenntnissen und Interessen eine große Zahl verantwortungsvoller Tätigkeiten. Zudem tragen die Teilhabe an einer starken Gemeinschaft und ein dauerhaft sicherer Arbeitsplatz zur Attraktivität der Polizei als Arbeitgeber bei.

Dies zeigt sich auch in den konstant hohen Einstellungszahlen. Im Jahr 2019 konnten wir in der Polizeidirektion Göttingen bei 727 Bewerbungen insgesamt 163 Polizeianwärterinnen und –anwärter einstellen, die ihren Dienst nach dem Polizeistudium in allen Teilen unseres Zuständigkeitsbereichs versehen werden. Dabei steht der Weg zur Polizei sowohl Schulabsolventinnen und –absolventen mit einer Hochschulzugangsberechtigung (z.B. Abitur) als auch solchen mit einem sogenannten Sekundarabschluss II (z.B. Real- oder Oberschulabschluss) oder vergleichbarer Schulbildung offen. Letzteren Weg über den vorherigen Besuch der Fachoberschule „Wirtschaft und Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Polizei haben im Jahr 2019 bei 120 Bewerbungen insgesamt 17 neue Schülerinnen und Schüler angetreten.

Im Mittelpunkt eines zukunftsorientierten Personalmanagements stehen aus unserer Sicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Flexible Arbeitszeitmodelle sowie berufliche Gesundheitsangebote sind dabei nur zwei Beispiele für diesen Grundsatz. Als Arbeitgeber, der mit dem Zertifikat „audit berufundfamilie“ ausgezeichnet ist, legen wir zudem ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung von Eltern und Mitarbeitern/-innen mit pflegebedürftigen Angehörigen.

Ihre Ansprechpartnerinnen:

Gesa Hujahn: Tel.: 0551 / 491 - 1314

Carmen Kauschke: Tel.: 0551 / 491 - 1326

nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de

www.polizei-studium.de



163 Neueinstellungen 2019

<http://www.polizei-studium.de/>

Nienburg

Polizeiakademie
Niedersachsen

Hannover

Fachoberschule für
Wirtschaft und
Verwaltung

Braunschweig

Fachoberschule für
Wirtschaft und
Verwaltung

Northeim

Fachoberschule für
Wirtschaft und
Verwaltung

Holzminden*

Berufsbildende Schule
mit Fachoberschulbereich
Wirtschaft und Verwaltung

Hann. Münden

Polizeiakademie
Niedersachsen

Fachoberschule für
Wirtschaft und
Verwaltung

* seit dem Jahr 2019

Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

Um den vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen weiterhin gerecht zu werden, benötigt die Polizei auch künftig motivierten Nachwuchs. Dabei erfolgt die Ausbildung der angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten in Niedersachsen im Rahmen eines Bachelorstudiengangs an einem der drei Akademiestandorte, wobei sich der Hauptsitz in Nienburg befindet.

Seit dem Jahr 2018 wirbt die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg unter dem Motto „Mit Sicherheit von Hier“ mit einer eigens konzipierten Kampagne, um gezielt Bewerberinnen und Bewerber aus der Region anzusprechen. Ziel ist es, über die Möglichkeiten und Vorteile einer heimatnahen Verwendung nach dem Abschluss des Studiums in einer der 26 Dienststellen im Inspektionsbereich zu informieren.

Inzwischen zeigen sich bereits erste Erfolge dieser besonderen Werbemaßnahmen. Denn ein Großteil der neu eingestellten Polizeibeamtinnen und -beamten in der hiesigen Polizeiinspektion stammen aus den Landkreisen Nienburg oder Schaumburg.

Begleitend hierzu beteiligt sich die Polizei alljährlich an unterschiedlichen Informationsveranstaltungen in Schulen, Berufsinformationszentren, Jobbörsen und Gewerbeschauen, um potenzielle Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeiberuf zu beraten und zu informieren.

In jedem Polizeikommissariat innerhalb der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg versehen zudem sogenannte Studienberaterinnen und -berater ihren Dienst. Sie fungieren für alle Interessierten als persönliche Ansprechpartnerinnen und -partner. Für eine Kontaktvermittlung sowie Rückfragen aller Art steht Kriminalhauptkommissarin Gabriela Mielke in ihrer Eigenschaft als Sachbearbeiterin für Aus- und Fortbildung gern telefonisch zur Verfügung.

Ihre Ansprechpartnerin zum Thema Nachwuchsgewinnung in Nienburg/Schaumburg:

Gabriela Mielke

Tel.: 05021 / 9778-105



- Niklas Brandt, 18 Jahre
- Bücken
- Fachoberschüler
- seit August 2018 einjähriges Praktikum bei der Polizei in Nienburg/Schaumburg
- voraussichtlich ab Oktober 2020 Studium an der Polizeiakademie



Nach dem Realschulabschluss hattest Du unterschiedliche Möglichkeiten für den Einstieg in das Berufsleben. Warum hast Du Dich letztendlich für den Polizeiberuf entschieden?

Mir war es wichtig, einen sicheren Beruf mit Zukunft zu ergreifen. Polizeiarbeit wird auch künftig stets erforderlich sein. Der Beamtenstatus und die soziale Absicherung haben mich ebenfalls überzeugt. Zudem möchte ich in meinem Beruf täglich mit Menschen zu tun haben. Der Polizeiberuf bietet dabei eine große Bandbreite und viel Abwechslung.

Hast Du Dich bereits im Vorfeld über den Polizeiberuf informiert? Wenn ja, auf welchem Weg?

In der 10. Klasse habe ich bei der Polizei in Verden ein Schülerpraktikum absolviert, in dem ich einen FOS-Schüler kennengelernt habe. Der Schüler hat mir ausführlich über die vielseitigen Wege zum Polizeiberuf berichtet.

Mein Berufswunsch stand zu diesem Zeitpunkt zwar schon fest, doch wurde nicht zuletzt durch das Schülerpraktikum erneut bestärkt.

Bevor Du die Ausbildung an der Fachoberschule beginnen konntest, galt es, einen Eignungstest zu bestehen. Wie hast Du Dich darauf vorbereitet?

Auf den Eignungstest der Polizei habe ich mich im Vorfeld auf unterschiedliche Art und Weise vorbereitet. Für den Computertest habe ich ein Buch genutzt.

Um den Fitnesstest zu bestehen, habe ich vorher Laufeinheiten und Intervallläufe trainiert. Das strukturierte Interview bin ich relativ spontan angegangen. Vor dem Interview habe ich mich im Internet jedoch über mögliche Fragen informiert.

Im Mittelpunkt der 11. Klasse an der Fachoberschule steht ein Praktikum, in dem Du die Polizeiarbeit zum ersten Mal hautnah miterleben kannst. Welche Bereiche lernst Du dabei kennen?

Die meiste Zeit im Praktikum verbrachte ich im Einsatz- und Streifendienst der Polizei Nienburg. Neben vielen spannenden Einsätzen habe ich auch einen Einblick in die umfassenden Schreibarbeiten erhalten.

Während des Praktikums konnte ich mir jedoch auch einen Überblick in den ermittelnden Bereich der Polizei verschaffen, indem ich die verschiedenen Fachkommissariate kennenlernte.

Daneben besuchte ich im Rahmen der Ergänzungsausbildung verschiedene Spezialdienststellen der Polizei wie die Reiterstaffel, die Hubschrauberstaffel oder die Einsatzleitstelle „Hanno“.



Gibt es ein Erlebnis aus Deinem Praktikum, das Dir ganz besonders in Erinnerung geblieben ist?

Besondere Erlebnisse bleiben in diesem Beruf natürlich nicht aus. In meiner Zeit im Fachkommissariat 1 ereignete sich in Rinteln ein Tötungsdelikt, bei dem ein Ehemann seine Frau mit mehreren Messerstichen getötet hatte. Bei der Tatortaufnahme durfte ich mit dabei sein. Es war ein unglaublich einschneidendes Erlebnis, diesen Ort anzuschauen, an dem gerade ein Mensch gestorben ist.

Wenn alles nach Plan verläuft, wirst Du in Kürze das Studium an der Polizeiakademie aufnehmen – und damit den nächsten wichtigen Schritt auf dem Weg zum Polizeibeamten gehen. Freust Du Dich auf das Studium und was erhoffst Du Dir davon?

Auf das Studium freue ich mich riesig. Man hat nur Positives gehört. Ich erhoffe mir eine tolle Zeit mit interessanten Menschen.

Auch wenn ich an das Fahr- oder Schießtraining denke, steigt die Vorfreude. Zudem soll mir das Studium natürlich Fachwissen für den Beruf vermitteln. Nicht zuletzt bietet mir der Studienort Oldenburg die Möglichkeit, persönlich selbstständiger zu werden.

Inzwischen hast Du in der Theorie und in der Praxis bereits erste Erfahrungen damit gemacht, was es bedeutet, Polizist zu sein. Woran bist Du besonders gewachsen und hat sich Dein Blick auf den Beruf dadurch verändert?

Während meines Praktikums bin ich bereits durch knifflige und gefährliche Situationen im Einsatz- und Streifendienst gewachsen.

Ich habe gelernt, ein Gefühl für Menschen zu entwickeln. Die Herausforderungen des Schichtdienstes, vor allem das frühe Aufstehen, haben mich ebenfalls reifen lassen.



Mein Blick auf den Beruf hat sich seitdem nicht wirklich verändert. Es ist immer noch mein Traumjob.

Man erlebt ja manchmal auch schöne Momente – zum Beispiel habe ich einmal eine ältere Dame nach Hause gebracht, die sich dafür ausdrücklich bei mir bedankte.

Wenn Du an Deine Zukunft bei der Polizei denkst: Welche Tätigkeitsbereiche faszinieren Dich und welchen Herausforderungen möchtest Du Dich später besonders gern stellen?

Erst möchte ich die Fachoberschule und das Studium an der Akademie bestehen. Nach dem Studium werde ich mich erst wirklich entscheiden können, welche Herausforderung ich für mich wähle.

Besonders fasziniert bin ich von den Spezialeinheiten. Die Arbeit der Diensthundeführer oder Ermittlungen im Bereich Cybercrime reizen mich ebenfalls.



**FLUCHTWAGEN GESTOPPT,
SCHULWEG GESICHERT.**

und *dein* tag?

BEWIRB DICH JETZT bei der Polizei Niedersachsen
(mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine
Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

polizei-studium.de
@POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Der Behördenstab – Bindeglied und Fachaufsicht

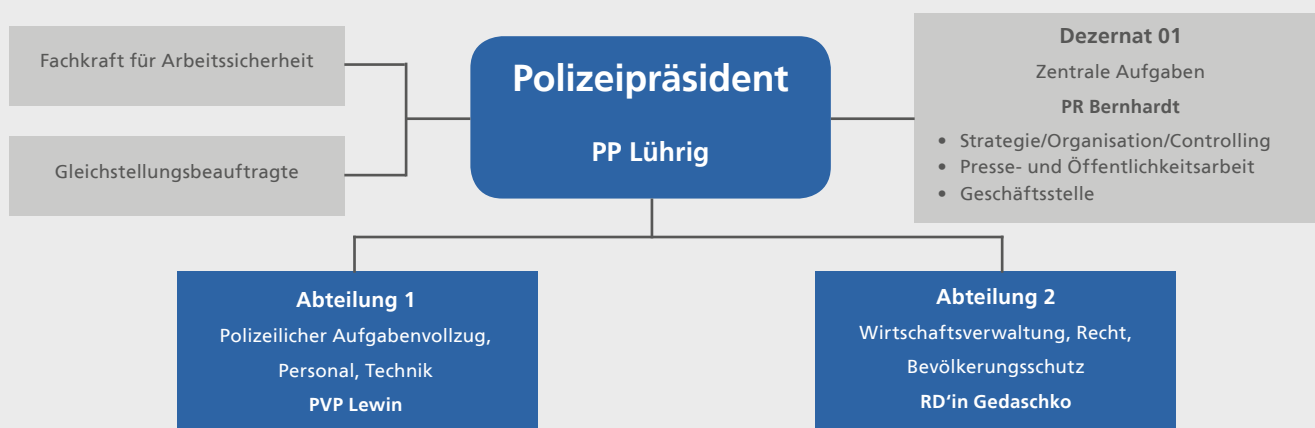
Im Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen werden alle Aufgaben und Themenfelder bearbeitet, die alle nachgeordneten Polizeiinspektionen betreffen oder von behördenübergreifender Bedeutung sind. Dabei übernimmt er Koordinierungsfunktionen und unterstützt die Inspektionen auf fachlicher Ebene bei der Aufgabenwahrnehmung. Zudem zählt es zu seinen Aufgaben, aktuelle Entwicklungen zu erkennen und die nötigen Prozesse anzustoßen, um die Zukunftsfähigkeit der Organisation zu gewährleisten.

Der Stab umfasst zwei Abteilungen, wobei die Leitung der Abteilung 1 dem Polizeivizepräsidenten obliegt. Das Dezernat 01 ist der Behördenleitung direkt angegliedert. Neben der Geschäftsstelle der Behörde sind hier unter anderem auch die Bereiche Strategie und Controlling, Prozessmanagement sowie der „Interkulturelle Dialog“ angebunden.

Im Behördenstab sind insgesamt 282 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Neben den originären Stabsaufgaben sind seinen Dezernaten auch Bereiche wie das Diensthundeführerwesen und die Lage- und Führungszentralen (LFZ) in Göttingen und Hameln zugeordnet.

Darüber hinaus fungiert der Behördenstab als Bindeglied zwischen den Polizeiinspektionen und dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Beispielsweise werden ministerielle Erlasse hier als Verfügungen auf Behördenebene umgesetzt.

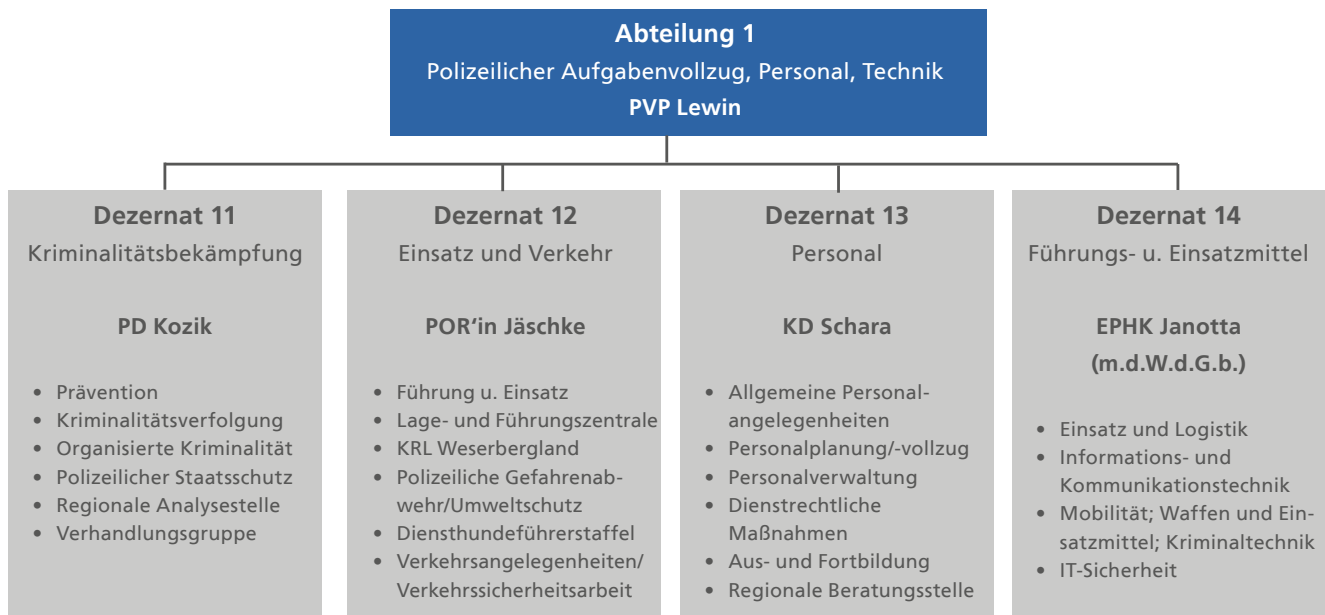
Zudem berät der Stab die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben, wobei er in einigen Bereichen, wie z.B. dem Waffenrecht, eine gesetzlich übertragene Fachaufsicht ausübt.



Polizeipräsident Uwe Lührig

- Präsident der Polizeidirektion Göttingen seit April 2015
- Eintritt in die Polizei im Jahr 1977
- Vorherige Aufgaben
Präsident der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen und Landespolizeidirektor im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport
- Geburtsjahr: 1957
- Verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Hildesheim





Ein Großteil des Behördenstabs ist mit 252 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung 1 organisiert. Polizeivizepräsident Gerd Lewin leitet die Abteilung und ist zugleich ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten.

Die Abteilung 1 umfasst insgesamt vier Dezernate. Dabei gilt für das Dezernat 12 die Besonderheit, dass hier neben der Stabsarbeit auch operative Aufgaben wahrgenommen werden. Denn sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lage- und Führungszentrale in Göttingen sowie der kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland in Hameln als auch die Diensthundführergruppen sind diesem zugeordnet.

Zudem ist in der Polizeidirektion Göttingen Niedersachsens dienstälteste Präventionspuppenbühne angesiedelt. Bereits seit dem Jahr 1978 ist das Puppenspiel in Göttingen fester Bestandteil der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsprävention. Inzwischen gehört die Puppenbühne mit ihren beiden Standorten in Göttingen und Hildesheim zum Dezernat 11.

Personalwechsel im Jahr 2020

Zu Beginn des Jahres 2020 kam es in der Besetzung der Führungspositionen in den Dezernaten der Abteilung 1 zu einigen Veränderungen.

Mit März 2020 hat Polizeioberrätin Maren Jäschke die Leitung des Dezernats 12 übernommen, die zuvor Leiterin des Dezernats 01 der Behörde war. Ihre Nachfolge als Dezernatsleiter hat Polizeirat Christian Bernhardt angetreten, der zuvor Leiter der Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen war. Nachfolger ist hier Polizeioberrat Martin Schiersching, der damit die Leitung des Dezernats 14 abgibt. Hier hat der Erste Polizeihauptkommissar Frank Janotta die Leitung vorübergehend übernommen. Bereits zuvor war er in stellvertretender Funktion tätig.

Polizeivizepräsident Gerd Lewin

- Vizepräsident der Polizeidirektion Göttingen seit September 2019
- Eintritt in die Polizei im Jahr 1980
- zuvor unterschiedliche leitende Funktionen in der Polizeidirektion Hannover, z.B. als Leiter der Polizeiinspektion Ost, sowie zwischen 2016 und 2019 als Leiter des Referats 24 – Einsatz und Verkehr im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport
- Geburtsjahr: 1960
- Verheiratet, ein Kind, wohnhaft in Hann. Münden



Auch die polizeiliche Ermittlungsarbeit wird inzwischen zunehmend durch den digitalen Wandel geprägt. Denn für die Aufklärung und Beweisführung im Zusammenhang mit Straftaten wird es immer bedeutender, die entscheidende digitale Spur zu finden und auszuwerten.

Die Polizeidirektion Göttingen trägt dieser Entwicklung auf unterschiedliche Weise Rechnung. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Zusammenarbeit mit der Hochschule Mittweida in Sachsen.



Angewandte Wissenschaft unterstützt die Ermittlungsarbeit

Seit März 2019 besteht zwischen der Polizeidirektion Göttingen und der Hochschule Mittweida in Sachsen ein strategischer Verbund mit praktischem Nutzen. Die Suche, Sicherung und Auswertung elektronischer Beweismittel ist nicht nur aufwendig, sondern erfordert große fachliche Expertise, stetige Weiterbildung sowie immer wieder neue Methoden und Technologien. Aspekte wie die dynamische Entwicklung beim Smartphone, die zunehmende Vernetzung von Haus und Mobilität, die Digitalisierung der Industrie, steigende Datenmengen und komplexere Informationstechnik stellen die Polizeiarbeit vor Herausforderungen.

Gerade im Bereich der forensischen Methoden kann digitale Technologie die Polizeiarbeit jedoch auch erheblich unterstützen. So verfügt die Hochschule Mittweida beispielsweise über anerkannte Fähigkeiten in den Bereichen der digitalen Nachbildung von Tatorten, Simulation von Tatabläufen und der Gesichtsteilrekonstruktion. Gerade bei der Arbeit an bisher nicht aufgeklärten Altmordfällen, („Cold Cases“), können diese Methoden einen wesentlichen Beitrag leisten.

Als moderne Behörde möchte die Polizeidirektion Göttingen sowohl den gestiegenen Anforderungen der Digitalisierung begegnen als auch deren Potenziale ausschöpfen.

Die Kooperation mit der Hochschule Mittweida beinhaltet daher ebenso den gegenseitigen Austausch und Wissenstransfer wie die Beratung bzw. Erstellung von Gutachten in konkreten Fällen. Zudem trägt die Polizeidirektion Göttingen auf diesem Wege kriminalistische Problemstellungen und Praxisanforderun-

gen an die Forschung heran, um gemeinsam neue Technologien sowie IT-gestützte Verfahren und Ermittlungsmethoden zu deren Lösung zu entwickeln.

Bereits nach wenigen Monaten zeichnet sich dabei ein spürbarer Gewinn für die Polizei ab. Die Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Dr. rer. nat. Dirk Labudde der Fakultät „Angewandte Computer- und Biowissenschaften, (Bio-)Informatik und Forensik“ führt nicht nur zu neuen Herangehensweisen bei der Ermittlungsarbeit, sondern hilft auch eigene Kompetenzen auszubauen. Im Gegenzug profitiert die Forschung von der Möglichkeit, wissenschaftliche Methoden und Neuentwicklungen in der „Feldumgebung“ zu testen. Dabei sind bereits jetzt genügend Ideen, Anwendungsbereiche und Neugier vorhanden, um den Weg der polizeilich-wissenschaftlichen Kooperation fortzusetzen.



Spezialisten für die digitale Welt

IT-Spezialisten im Einsatz

Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung leisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche auf ein Informatikstudium oder einen gleichwertigen akademischen Abschluss zurückgreifen können, einen wichtigen Beitrag zur Polizeiarbeit.

Sieben der neun Stellen für IT-Spezialisten sind aktuell besetzt, so dass ein flächendeckender Einsatz gewährleistet ist. Zu Ihren Aufgaben zählen unter anderem die Analyse und Verarbeitung von Massendaten sowie die technische Unterstützung umfangreicher Ermittlungsverfahren oder im Zusammenhang mit Cyberdelikten.

Darunter fallen beispielsweise:

- die Auswertung von (verschlüsselten) Daten aus sozialen Medien wie Facebook oder Instagram,
- die Auswertung und Analyse im Bereich Smart Home und Smart Car,
- die Auswertung von Domaindaten,
- die Entwicklung ermittlungsbegleitender Software oder von Anwendungen für selbstständige Webrecherchen,
- die Erstellung sogenannter „Heatmaps“ zur Visualisierung großer Datenmengen,
- die Unterstützung von Ermittlungen im Zusammenhang mit Kryptowährungen sowie im Darknet bzw. Deep Web,
- die Abfrage von Bestandsdaten und die Analyse bestehender Prozesse bei der Verarbeitung digitaler Daten,
- die Programmierung von Workflows in KNIME (Software für Datenanalyse)
- die Weitergabe von Entwicklungen und Tools für andere Dienststellen



IT-Spezialist Marc Krüger

„Mein Name ist Marc Krüger. Seit dem 01.04.2019 arbeite ich als IT-Spezialist bei der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden. Davor habe ich bereits in einer anderen Dienststelle innerhalb der Polizeidirektion Göttingen Einblicke in die Polizeiarbeit gewinnen können.“

Als Diplom-Wirtschaftsinformatiker (FH), Master of Science Praktische Informatik und neuerdings auch Master of Engineering in IT-Sicherheit und Forensik, unterstütze ich mit meinem informationstechnischen Fachwissen die Kollegen/-innen im Bereich der Ermittlungsarbeit.

Zusätzlich zu diesen Aufgaben erarbeite ich Software und Auswertelösungen für das LKA Niedersachsen.“





Die Abteilung 2 der Polizeidirektion Göttingen gliedert sich in die Dezernate 21, 22 und 23 und wird von Regierungsdirektorin Karin Gedaschko geleitet, die im Dezember 2019 die Nachfolge von Dr. Martina Oelkers angetreten hat.

Karin Gedaschko, Abteilungsleiterin 2

- Abteilungsleiterin 2 der Polizeidirektion Göttingen seit Dezember 2019
- seit 1998 im Bereich der Polizei tätig
- vorherige Aufgaben u.a.: Leitung des Rechtsdezernats der Polizeidirektion Lüneburg (2006-2016), Leitung des Rechtsdezernats und der Versammlungsbehörde der Polizeidirektion Hannover (2016-2019)
- Geburtsjahr: 1961
- verheiratet, zwei erwachsene Kinder aus erster Ehe
- lebt in Göttingen, Buchholz, Nordheide und Wien

Rechtsangelegenheiten

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates 22 bearbeiten die rechtlichen Angelegenheiten der Polizeidirektion Göttingen. Dazu gehört die Abwicklung sämtlicher Schadensangelegenheiten, die auf Ausgleich von Schäden für und gegen die Polizei im Direktionsbezirk gerichtet sind. Im Bereich der Gefahrenabwehr werden vorwiegend die Gerichtsverfahren geführt, die aus gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen der Beamten vor Ort resultieren. Auch werden hier die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf Auskunft über die Speicherung ihrer personenbezogenen Daten in den polizeilichen Datensystemen beantwortet.

In den Bereichen Waffen- und Versammlungsrecht übt das Dezernat 22 die Fachaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Waffen- und Versammlungsbehörde aus. Im Jahr 2019 lag ein besonderer Schwerpunkt der Zusammenarbeit im Vorgehen gegen extremistische Straftäter, z.B. in Form von Waffenbesitzverboten.

Unter bestimmten Voraussetzungen können auch Bürgerinnen und Bürger die Dienste des Dezernats 22 in Anspruch nehmen. Denn zu seinen Aufgaben zählt auch die Beglaubigung von Urkunden und Dokumenten, welche durch Kommunen im Zuständigkeitsbereich der Behörde ausgestellt wurden und im Ausland Verwendung finden sollen.

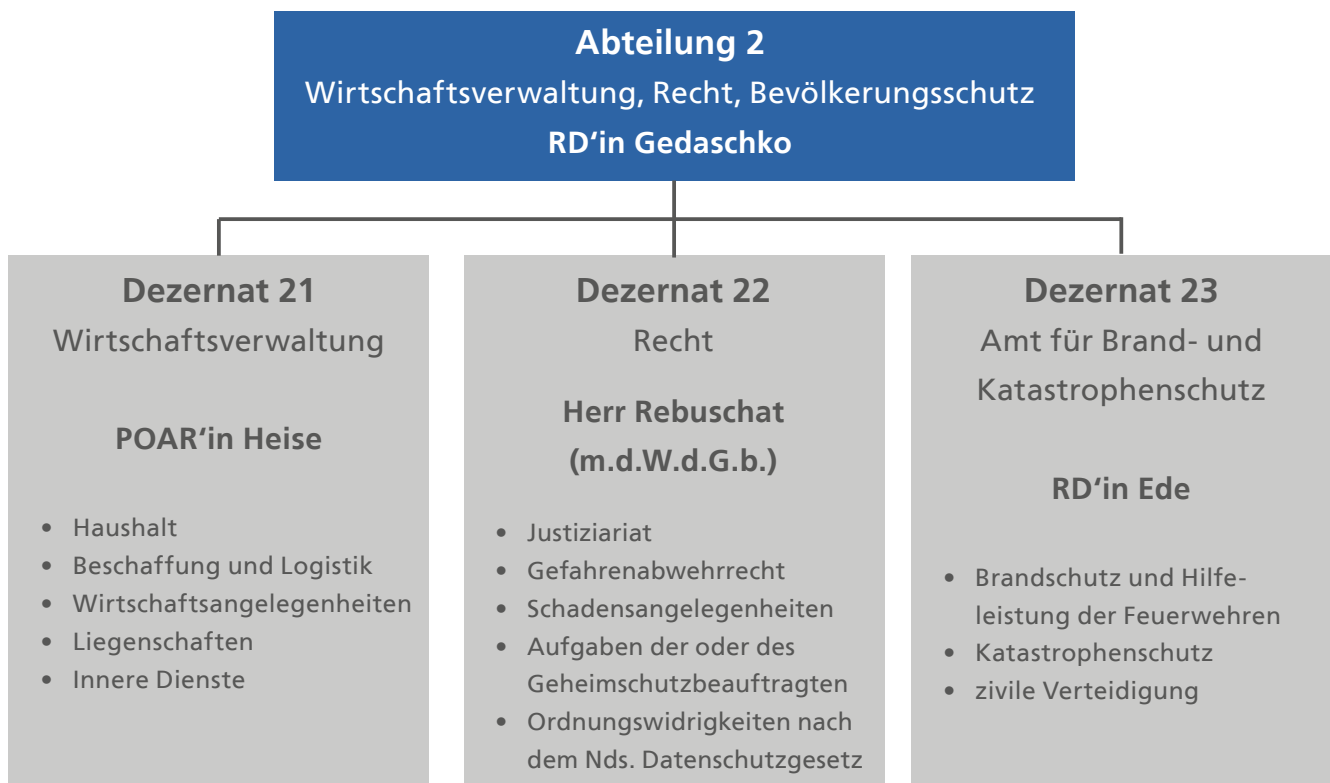
Wirtschaftsverwaltung

Dem Dezernat 21 obliegt die Wirtschaftsverwaltung und Finanzsteuerung innerhalb der Polizeidirektion Göttingen.

Im Jahr 2019 stand der Behörde dabei ohne Personalkosten ein Budget von 11,53 Millionen Euro zur Verfügung.

Zu diesen Aufgaben zählt auch die Instandhaltung und Verwaltung der Liegenschaften, wie im Jahr 2019 zum Beispiel die Suche nach neuen Räumlichkeiten für die Innenstadtswache in Göttingen.





Das Amt für Brand und Katastrophenschutz

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz (AfBK) der Polizeidirektion Göttingen bearbeitet zum Beispiel gesetzlich übertragene Aufgaben des betrieblichen Brandschutzes, der Anerkennung und Kontrolle von Werkfeuerwehren und in Teilen der Aufsicht von Gemeinden mit Berufsfeuerwehren.

Zudem gehören die Aus- und Fortbildung von Brandschutzprüfern/-innen sowie gutachterliche Stellungnahmen im Bereich der Brandschutztechnik zum Aufgabenbereich des AfBK.

Darüber hinaus betreut das Amt für Brand- und Katastrophenschutz in der Polizeidirektion Göttingen im Rahmen der Fachaufsicht auch die Katastrophenschutzbehörden. Unter anderem koordiniert es den behördenübergreifenden Katastrophenschutz bei der Ausbildung und bewirtschaftet die Haushaltsmittel für den Katastrophen- und Zivilschutz von Land und Bund. Im Katastrophenfall koordiniert das Amt für Brand- und Katastrophenschutz die überörtliche Hilfe, d.h. es stellt Hilfeleistungen bereit, wenn die kommunale Nachbarschaftshilfe nicht mehr ausreicht.

Zudem übernimmt es in diesen Fällen unter Beteiligung von Fachberatern/-innen (Veterinären, Wasserbauingenieuren, etc.) strategische, logistische und kommunikationsbezogene Aufgaben.

Seit Beginn des Jahres 2019 plant das Niedersächsische Innenministerium eine umfassende Reorganisation des staatlichen Brand- und Katastrophenschutzes Niedersachsen. Im Rahmen der Reform soll

- die gesamte Verwaltung in diesem Bereich in einem zentralen Landesamt konzentriert werden und
- die Aufgabenteilung zwischen ministerieller und nachgeordneter Ebene neu geordnet werden.

Im Rahmen der geplanten Organisationsänderung sollen unter anderem die sechs Ämter für Brand- und Katastrophenschutz aus den Polizeidirektionen herausgelöst und mit Aufgaben und Personal in das neue Landesamt mit den Standorten Celle und Löhne überführt werden.

Ziel des Vorhabens ist ein effektiver Umgang mit aktuellen Herausforderungen welche sich zum Beispiel durch veränderte Lagebilder, einen gestiegenen planerisch-konzeptionellen Aufwand (z.B. beim Schutz kritischer Infrastrukturen oder in der zivilen Verteidigung) und im Bereich der Sicherstellung eines flächendeckenden Brandschutzes ergeben. Die neue Organisationsstruktur soll zum 01. Januar 2021 umgesetzt werden.

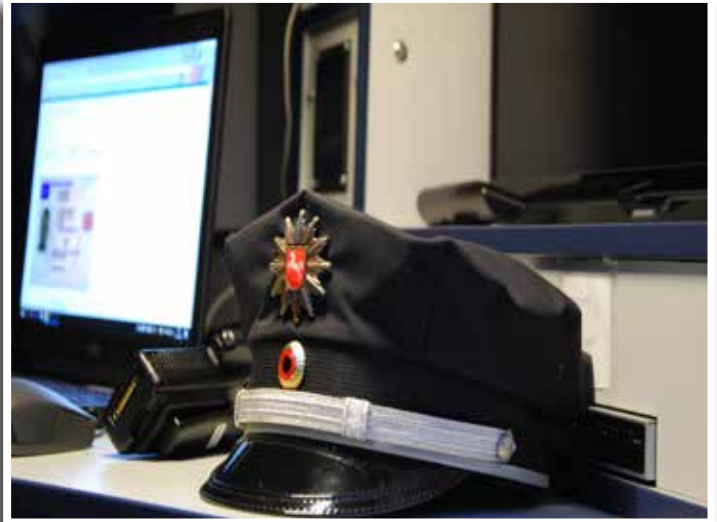
Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg in der Übersicht

In sechs Polizeikommissariaten, 18 Polizeistationen und am Standort der Polizeiinspektion in Nienburg sind 539 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Sicherheit von fast 280.000 Einwohnern in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg zuständig. Leiter der Polizeiinspektion ist der Leitende Polizeidirektor Frank Kreykenbohm.

Von Goldbeck bis nach Dahlhausen und von Rodewald nach Diepenau erstrecken sich 2.075 km², in denen die Polizeibeamtinnen und -beamten zu Fuß, in ihren Streifenwagen und auch zu Wasser unterwegs sind, um für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort präsent zu sein.

Die vielfältigen Aufgaben reichen von der Gefahrenabwehr über die Verkehrssicherheitsarbeit bis hin zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.

Auch online ist die PI Nienburg/Schaumburg erreichbar: www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi_nienburg_schaumburg



Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg in den sozialen Netzwerken:

Twitter-Accounts:

@Polizei_NBG
@Polizei_STH
@Polizei_BBG
@Polizei_BadN



Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg in der Übersicht



Wasserschutzpolizeistation Nienburg
Brückenstraße 8
31582 Nienburg/Weser

Telefon: 05021 / 96899-0

Die Wasserschutzpolizei der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

In Nienburg an der Weser hat eine von vier niedersächsischen Wasserschutzpolizeistationen im Binnenland ihren Sitz. Mit fünf weiteren Stationen nahe der Nordseeküste werden hier die polizeilichen Aufgaben auf See und den Binnengewässern wahrgenommen.

Unter der Leitung von Polizeihauptkommissar Harald Bormann sind bei der Nienburger Wasserschutzpolizei elf Kolleginnen und Kollegen vor allem für die rund 250 Kilometer der Weser von Bad Karlshafen bis vor die Tore Bremens zuständig. Diese bestreifen sie mit zwei Booten. Zudem wird aber auch regelmäßig auf der Aller, der Hamme und dem Dümmer kontrolliert.

„Wasserschützer“ sind voll ausgebildete Polizeibeamtinnen und –beamte die umfangreiche zusätzliche Lehrgänge absolviert haben, um sich das erforderliche Wissen über Themengebiete wie die Nautik oder das Schifffahrtsrecht anzueignen.

Im Visier der Beamtinnen und Beamten ist vor allem die Berufsschifffahrt, bei der es ähnlich viele Regularien zu beachten gibt, wie beim Güterverkehr auf der Straße. Auch zu Wasser geht es beispielsweise um Lenkzeiten, Gefahrgut, Höchstgeschwindigkeiten, Überladung und das Mitführen der korrekten Unterlagen.

Leider muss die Wasserschutzpolizei auch immer wieder Umweltdelikte bearbeiten, die im Wasser oft besonders dramatische Folgen haben. Ein Beispiel dafür ist das Austreten von Betriebsstoffen oder Öl.

Nicht zuletzt werden auch Verkehrsunfälle aufgenommen. So geschehen im August 2019, als ein 77 Meter langes Schiff in Rieda gegen eine Uferböschung prallte, querschlug und dann die Fahrrinne der Weser für circa 2 Stunden verspernte. Zum Glück entstand hierbei nur ein Sachschaden.



Die Fahndungsgruppe der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

Neben den zahlreichen uniformierten Polizistinnen und Polizisten der Inspektion sind regelmäßig auch zivil gekleidete Kolleginnen und Kollegen in den Landkreisen unterwegs, um die besonderen Aufgaben der Fahndungsgruppe möglichst unauffällig wahrzunehmen. Sie ist Teil des „Zentralen Kriminaldienstes“ in Nienburg und wird in erster Linie zur Ergreifung flüchtiger Straftäter eingesetzt.

Dass sie dafür im Zweifel auch schon mal Ländergrenzen überschreiten muss, zeigte im vergangenen Jahr die Festnahme eines 21-Jährigen, der wegen räuberischer Erpressung und gefährlicher Körperverletzung gesucht wurde. Der Mann ohne festen Wohnsitz wurde von Fahndern der PI Nienburg/Schaumburg in Hamburg ausfindig gemacht. Mit Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der Hansestadt wurde er dort festgenommen, woraufhin ein Richter Untersuchungshaft anordnete.

Die Fahndungsgruppe leistet zudem wichtige Aufklärungsarbeit für die Kolleginnen und Kollegen der Ermittlungsdienste, zum Beispiel im Vorfeld von Durchsuchungen oder anderen großen Einsatzlagen.

Auch über die Drogenszene und den Bereich der Eigentums kriminalität liefert sie wichtige Erkenntnisse. Dabei beweisen unsere Fahnderinnen und Fahnder regelmäßig den sprichwörtlichen „richtigen Riecher“ und ziehen kleinere und größere Mengen an Betäubungsmitteln, Drogenhändlerinnen und -händler oder unter Drogeneinfluss stehende Autofahrende aus dem Verkehr.

Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg in der Übersicht



Hauptsitz der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

Amalie-Thomas-Platz 1
31582 Nienburg

Tel.: 05021 / 9778-0

Sachbereich Einsatz:
POR Marcel Bente

Zentraler Kriminaldienst:
KD Andreas Tschirner

Polizeikommissariat Bad Nenndorf

Kurhausstraße 4
31542 Bad Nenndorf

Tel.: 05723 / 9461 - 0

Leitung: EKHK Michael Panitz



Polizeikommissariat Bückeburg

Ulmenallee 9
31675 Bückeburg

Tel.: 05722 / 9593 - 0

Leitung: EPHK Werner Steding

Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg in der Übersicht



Polizeikommissariat Hoya

Hasseler Steinweg 4
27318 Hoya

Tel.: 04251 / 93464-0

Leitung: EPHK Kolanoski



Polizeikommissariat Rinteln

Hasphurtweg 3
31737 Rinteln

Tel.: 05751 / 9545-0

Leitung: EKHK Jörg Stuchlik

Polizeikommissariat Stadthagen

Vornhäger Straße 15
31655 Stadthagen

Tel.: 05721 / 4004-0

Leitung: POR Wolfgang Kanngießer



Polizeikommissariat Stolzenau

Am Sandbrink 2
31592 Stolzenau

Tel.: 05761 / 9206-0

Leitung: EPHK Frank Münch



Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen.

Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

Innerhalb der Polizeidirektion Göttingen wird das gesamte Notruf- und Einsatzmanagement an zwei Standorten koordiniert: In Göttingen ist die Lage- und Führungszentrale „Weser“ für die Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim zuständig. Die Inspektionen Hildesheim, Hameln-Pyrmont/Holzminden und Nienburg/Schaumburg werden durch die Kolleginnen und Kollegen in der Leistelle „Süntel“ in Hameln betreut.



81

Operative Mitarbeiter/-innen
(einschließlich Datenabfragen)

73.000

Notrufe im Jahr 2019
bei „Weser“

162.000

Notrufe im Jahr 2019
insgesamt

89.000

Notrufe im Jahr 2019
bei „Süntel“

232.000

Einsätze im Jahr 2019
insgesamt

96.000

Einsätze im Jahr 2019
bei „Weser“

136.000

Einsätze im Jahr 2019
bei „Süntel“

Hinweis:

Die meisten Einsätze entstehen infolge von Notrufen. Darüber hinaus können aber auch aus einer persönlichen/telefonischen Meldung auf der Wache oder eigeninitiativer Feststellung durch Beamtinnen und Beamte Einsätze entstehen.



Stets auf dem aktuellen Stand: Einsatzbewältigung mit modernster Technik

Polizeiliche Lagen, sei es aus herausragendem Anlass oder im täglichen Einsatzgeschehen, stellen immer eine Herausforderung für die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar. Der Einsatz moderner Technik und ein gesunderhaltendes Arbeitsumfeld sind dabei Faktoren, die entscheidend zur erfolgreichen Bewältigung beitragen.

Die Polizeidirektion Göttingen berücksichtigt diese Umstände unter anderem durch regelmäßige technische oder bauliche Modernisierungsmaßnahmen.



Modernisierung der Lage- und Führungszentrale „Weser“ ist abgeschlossen

Seit dem 01. Juli 2019 ist die Modernisierung der Lage- und Führungszentrale (LFZ) „Weser“ am Standort Göttingen erfolgreich abgeschlossen. Nachdem bereits Ende 2017 eine neue Kommunikationstechnologie eingeführt wurde, erfolgte eine Renovierung des Betriebsraumes der LFZ „Weser“.

In der sechsmonatigen Bauzeit wurde durch das Herausnehmen von Wänden der Betriebsraum um etwa 50 qm auf nun insgesamt 200 qm vergrößert. Zudem wurde eine neue Decke inklusive moderner Klimatechnik und sparsamer LED-Beleuchtung eingezogen und der Fußboden erneuert.

Desweiteren wurden in dem Betriebsraum der LFZ „Weser“ auch eine neue Medientechnik installiert, die in höhenverstellbaren Arbeitstischen untergebracht ist. Darüber hinaus erfolgte ein Austausch der 24-Stunden-Stühle, die längeres Arbeiten im Sitzen erleichtern.

Schon nach kurzer Zeit konnte im Gespräch mit den Mitarbeitern/-innen festgestellt werden, dass die Investitionen die Qualität der Arbeitsbedingungen in der Leitstelle nachhaltig verbessern.



Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

Raum für besondere Einsatzlagen der Polizeidirektion Göttingen

Im Februar 2019 wurde der Raum für besondere Einsatzlagen der Polizeidirektion Göttingen nach einem umfangreichen Umbau in Betrieb genommen. Dieser dient zur strukturierten Leitung von Einsätzen, die nicht mehr mit den Einsatzkräften der täglichen Polizeiarbeit bewältigt werden können. Beispiele dafür sind Versammlungslagen aber auch Geiselnahmen oder Erpressungen.

Mit der sogenannten „Kreuzschienentechnik“ erhielt der Raum eine Medientechnik, die mittels einer zentralen digitalen Steuerung eine visuelle Darstellung von Inhalten auf mehreren Flächen ermöglicht.

Ebenso wie in der LFZ „Weser“ wurde auch hier für besondere Einsatzlagen eine neue Decke mit moderner Klimatechnik und LED-Beleuchtung integriert.

Diese Veränderungen haben sich bereits bei der Bewältigung von zwei Einsatzlagen sowie mehreren Übungen und Fortbildungen bewährt.



BAO Lageraum



Die Abteilung „Anton“ der Polizeidirektion Göttingen

Besondere Einsatzlagen wie Demonstrationen oder größere Veranstaltungen können teilweise nur mit einem großen polizeilichen Kräfteaufwand bewältigt werden. Für diese Fälle verfügt die Polizeidirektion Göttingen mit der Abteilung „Anton“ über eine spezielle Organisationseinheit, die jederzeit zur Begleitung von Einsatzmaßnahmen aufgerufen werden kann.

Bei einem vollständigen Aufruf könnten so 550 Einsatzkräfte hinzugezogen werden. Dies ist bisher jedoch nur sehr selten geschehen. Bei den meisten Einsätzen werden nur Teilkomponenten, wie zum Beispiel eine Einsatzhundertschaft oder einzelne Einsatzzüge angefordert und eingesetzt.

Da es sich bei der Abteilung „Anton“ um eine Aufrufeinheit handelt, versehen die eingeplanten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der Alltagsarbeit ihren Dienst in den Einsatz- und Streifendiensten, den Zentralen Kriminaldiensten, den Kriminal- und Ermittlungsdiensten, den Verfügungseinheiten und in den Stabsbereichen der einzelnen Dienststellen. Für einen Einsatz in der Abteilung „Anton“ werden sie nur dann von ihrer täglichen Arbeit freigestellt, wenn es ein konkreter Anlass erfordert.

Besondere Einsätze ohne Beteiligung der Abteilung „Anton“

Der weit überwiegende Teil der besonderen Einsatzanlässe wird in der Polizeidirektion Göttingen hingegen ohne Beteiligung der Abteilung „Anton“ abgearbeitet. Aber auch deren Bewältigung war vielfach nur außerhalb des Alltags im Rahmen „geschlossener Einsätze“ möglich. Dabei handelt es sich um eine besondere Einsatzstruktur, der mindestens sieben Polizeibeamtinnen und –beamte und eine Leitung angehören.

Im Jahr 2019 leisteten Kräfte der Polizeidirektion Göttingen und anderer Behörden in diesen Einsätzen insgesamt 106.000 Einsatzstunden (2018: 96.000 Einsatzstunden).

Einsätze der Abteilung „Anton“ im Jahr 2019

Im Jahr 2019 wurde die Abteilung „Anton“ im Rahmen von acht Einsätzen angefordert, die sich teilweise im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen, teilweise im Bereich anderer Polizeibehörden in Niedersachsen befanden. Beispiele für eine behördenübergreifende Unterstützung durch die Abteilung „Anton“ waren unter anderem Einsätze anlässlich großer Versammlungen in Braunschweig und Hannover.



34.000 Stunden für Einsätze anlässlich Versammlungen

33.500 Stunden für Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung

12.500 Stunden für Verkehrseinsätze

Neben dem täglichen Einsatzgeschehen sieht sich die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg immer wieder besonders herausfordernden Situationen gegenüber.

Dies können unter anderem die folgenden Beispiele aus dem Jahr 2019 verdeutlichen.

Streit unter Großfamilien eskaliert mehrfach

Eskalierende Streitigkeiten und handfeste Auseinandersetzungen sind regelmäßig Anlass von Polizeieinsätzen in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg. Zumeist spielen sich diese Konfrontationen im häuslichen Umfeld oder hinter verschlossenen Türen ab. Seltener werden diese Konflikte jedoch auch in der Öffentlichkeit ausgetragen und erzeugen dadurch ein Vielfaches an Aufsehen. Eine Streitigkeit, die bereits seit einigen Jahren zwischen Großfamilien in Nienburg besteht, erforderte im vergangenen Jahr mehrfach ein Eingreifen der Polizei.

Mit erschreckender Aggression und teilweise unter Einsatz von Schlagwerkzeugen, Waffen oder anderen gefährlichen Gegenständen standen sich bis zu 70 Personen gegenüber und beleidigten, bedrohten oder verletzten einander. Durch den Einsatz zahlreicher Kräfte gelang es, die Lage zu beruhigen. Zudem wurden diverse Strafverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Verstoß gegen das Waffengesetz eingeleitet. Die Entwicklung des Konflikts, der im Jahr 2018 bereits gewalttätig eskalierte, wird durch die Polizei mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Neben strafrechtlichen Ermittlungen, intensiven Kontrollen und weiteren präventiven Maßnahmen hat dabei der Dialog zentrale Bedeutung. Die Polizei steht mit den Familien auf verschiedenen Ebenen in Kontakt, um jeden Versuch zu unterstützen, den Streit zu befrieden und weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Diesem vermutlich sehr tiefsitzenden Konflikt kann jedoch nicht allein mit den Möglichkeiten der Polizei begegnet werden. Aus diesem Grund ist ein Netzwerk mit verschiedenen kommunalen und privaten Partnern entstanden, das sich mit großem Engagement für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit einsetzt. Beispielhaft zählen die Sozialarbeit und der Ansprechpartner für Minderheiten der Stadt Nienburg und eine Wohnungsbaugesellschaft zu den Mitgliedern des Netzwerks.

Bei Auseinandersetzungen dieser Größe im öffentlichen Raum ist stets auch die übrige Bevölkerung betroffen, sei es direkt oder über die sozialen Medien. Daher wurden die polizeilichen Maßnahmen im Sinne der Transparenz durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Dies zahlte sich unter anderem in einer umfangreichen Berichterstattung in den lokalen Printmedien und dem regionalen Rundfunk aus.

Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg wird den Konflikt auch im laufenden Jahr genau beobachten und alles daransetzen, Gewalt nachhaltig zu verhindern.



Ganzheitliches Einsatzkonzept zum Schutz des Landschaftsschutzgebietes „Husumer Geest“

Sobald im Sommer die Temperaturen steigen, wandelt sich das Landschaftsschutzgebiet rund um den „Heye-See“ alljährlich zu einem beliebten Treffpunkt für Badegäste und Feiernde. Da sich der See im Landschaftsschutzgebiet „Husumer Geest“ befindet, sind Freizeitaktivitäten wie das Baden, Campieren oder Lagerfeuer dort jedoch verboten. In der Vergangenheit führte die Missachtung der Verbote immer wieder zu dramatischen Badeunfällen, die auch bereits Menschenleben forderten. Zuletzt musste im August 2019 eine 18-Jährige aus dem See gerettet und reanimiert werden, die bereits über 30 Minuten unter Wasser gewesen war.

Daher haben sich die Samtgemeinde Mittelweser und die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg das Ziel gesetzt, weitere Badeunfälle zu verhindern und die Müllentsorgung am „Heye-See“ einzudämmen, um Flora und Fauna im Gebiet „Husumer Geest“ zu schützen. Gemeinsam mit einer neu gegründeten Interessengemeinschaft wurde daher ein gemeinsames Konzept erarbeitet, um der Situation nachhaltig zu begegnen. Dabei wurde der Transparenz aus Sicht der Bürgerinnen und Bürgern große Bedeutung beigemessen.

Unter anderem wurden Wirtschaftswege gesperrt und falsch geparkte Pkw abgeschleppt oder deren Halter mit Verwarngeldern belegt. Ferner wurden Dauercamper des Platzes verwiesen und ein Sicherheitsdienst engagiert, der die Einhaltung der Vorschriften kontrollierte. Die Polizei führte nach einem abgestuften Konzept regelmäßig Kontrollen durch, in deren Rahmen sie Feiernden Platzverweise erteilte und unerlaubtes Verhalten, wie z.B. Motorcross-Fahren oder Feuermachen, unterband. Teilweise wurden diese Kontrollen durch Kräfte der Bereitschaftspolizei unterstützt.

Zusammen mit weiteren Maßnahmen der Verwaltungsbehörden ergibt sich so ein Gesamtkonzept, das die Situation im vergangenen Jahr bereits spürbar verbesserte. Daran werden die Beteiligten auch im laufenden Jahr anknüpfen.



Schuss aus der Dienstpistole stoppt Angreifer

Müssen Polizistinnen und Polizisten zur Dienstwaffe greifen, weil alle anderen Wege erfolglos sind, handelt es sich um eine Ausnahmesituation für alle Beteiligten. Juristen sprechen in diesen Fällen von der „ultima ratio“, der letzten möglichen Maßnahme.

Mit einer solchen Krisensituation wurden Kolleginnen und Kollegen des PK Stolzenau Anfang Juli 2019 konfrontiert. Ein damals 34-Jähriger Mann hatte einen Pkw-Fahrer, der in Wellie nach dem Weg fragen wollte, unvermittelt angegriffen und ohne jeden Grund eine Scheibe am Fahrzeug zerstört. Die hierfür eingesetzte Schaufel erhob der Täter schließlich auch gegen die eintreffenden Polizistinnen und Polizisten. Nach unzähligen Aufforderungen, den Angriff zu beenden, wurde Pfefferspray eingesetzt, welches aber keine Wirkung zeigte. Stattdessen zerstückelte der Täter die Heckscheibe eines Streifenwagens.

Als der Mann schließlich einen der Polizisten mit der Schaufel angreifen wollte und alle anderen Maßnahmen erfolglos blieben, griff der Beamte zum äußersten Mittel und schoss dem Angreifer gezielt ins Bein. Der Täter wurde medizinisch versorgt und einige Tage nach dem Vorfall in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.

Der Beamte, der zur Waffe greifen musste, wurde in der Folge intensiv betreut und war einige Tage nicht dienstfähig. Dies ist ein sehr seltenes aber doch beeindruckendes Beispiel der plötzlichen Eskalation einer Alltagssituation.



Auf den Ernstfall vorbereitet – Vollübung „HELIX“ in Hoya mit mehr als 300 Teilnehmenden



Am 24. Mai 2019 führte die Polizeidirektion Göttingen unter dem Namen „Helix“ eine Stabsrahmenübung mit Vollübungsanteilen durch. Die Übung umfasste unterschiedlichste Szenarien, zu denen unter anderem ein Stromausfall in einem Kraftwerk mit unbekannter Ursache und ein simulierter Anschlag auf eine Papierfabrik gehörten.



Die Übung wurde in enger Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg und Vertreterinnen und Vertretern anderer Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) durchgeführt, wodurch es möglich war, insgesamt mehr als 190 Einsatzkräfte zu beteiligen. Dazu zählten u.a. Mitglieder des örtlichen Einsatz- und Streifendienstes (ESD), der Rettungsdienste, Feuerwehren sowie ein Polizeihubschrauber und des Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Polizei Niedersachsen.



Nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl beteiligter Stellen lag ein Schwerpunkt der Übung auf der Herausforderung, im Rahmen eines komplexen Szenarios an diversen Schnittstellen einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Übungsinhalte waren dabei neben dem „Ersten Angriff“ vor Ort mit einem besonderen Fokus auf der Bekämpfung der Täter und die Rettung verletzter Personen, insbesondere auch die Zusammenarbeit mit weiteren BOS-Kräften. Zeitgleich wurde in einer speziellen technischen Umgebung auch die einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien geübt, die bei der Bewältigung tatsächlicher Einsatzlagen zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Im Ergebnis ist es allen Beteiligten bereits gut gelungen, mit der komplexen Übungssituation umzugehen. Gleichzeitig konnten wertvolle Hinweise gewonnen werden, an welchen Stellen weitere Optimierungen möglich sind. Dadurch hat sich unter anderem auch erneut gezeigt, dass Großübungen für die Vorbereitung auf Echtlagen dieses Ausmaßes von entscheidender Wichtigkeit sind.





Göttingen, Hildesheim, Hameln und Nienburg – an diesen Standorten sind die Diensthundeführergruppen der Polizeidirektion mit ihren insgesamt 36 Diensthunden angesiedelt. Alle Tiere erhalten dabei eine Grundausbildung als Schutzhund, die größtenteils nach ihrer Veranlagung um eine Spezialisierung ergänzt wird.

Im Einzelnen stehen der Polizeidirektion Göttingen 13 Rauschgiftspürhunde (zwei davon mit dem Zusatz eines Banknotenspürhundes), zwei Leichen- und Blutspürhunde, sieben Sprengstoffspürhunde und ein Brandmittelspürhund zur Verfügung. Sechs Hunde befinden sich gegenwärtig noch in der Ausbildung.

Gemeinsam mit ihren Diensthunden waren die Diensthundeführer/-innen der Polizeidirektion Göttingen an insgesamt 1993 Einsätzen beteiligt, 828 davon mit Spezialhunden. Dabei werden die Diensthunde nicht nur behörden- und landesweit, sondern teilweise auch in anderen Bundesländern eingesetzt.



Portrait: Der Brandmittelspürhund

Eine mögliche Spezialisierung eines Schutzhundes ist die des Brandmittelspürhundes. Durch seine Ausbildung ist er in der Lage, die Ermittler/-innen bei der Untersuchung einer Brandstelle zu unterstützen. Bei der Suche nach Brandbeschleunigern ist er dabei deutlich schneller als technische Hilfsmittel, wie z.B. Photoionisationsdetektoren (PID). Dies gilt insbesondere für das Absuchen großer Flächen oder Gebäude.

Zeigt der Brandmittelspürhund eine bestimmte Stelle an, kann diese anschließend auch nochmals mittels des PID abgesucht werden. Allerdings hat die Erfahrung gezeigt, dass der technische Detektor dabei nicht immer etwas anzeigt. Teilweise wird erst bei einer späteren Laboranalyse einer Brandschuttprobe der Einsatz eines Brandbeschleunigers bestätigt. In solchen Fällen wäre diese Information ohne den Einsatz des Diensthundes nicht gewonnen worden.

Brandmittelspürhunde werden an den unterschiedlichsten Brandstellen von Papiercontainern und Gartenlauben bis hin zu großen Gebäuden wie Fabrikhallen eingesetzt. Einzig die Einsturzgefahr eines Brandortes kann dem Einsatz entgegenstehen. In der Polizeidirektion Göttingen waren sie im Jahr 2019 unter anderem beim Auffinden einer Brandvorrichtung unter einem ausgebrannten LKW und bei den Ermittlungen des Landeskriminalamtes Hessen zum Brand einer Gaststätte im Einsatz. Dort konnte ein Brandmittelspürhund Stellen anzeigen, an denen später der Einsatz von Brandbeschleuniger nachgewiesen wurde.

Sicherheitspartnerschaften in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

Der Schutz der öffentlichen Sicherheit stellt eine Querschnittsaufgabe dar, an der eine Vielzahl gesellschaftlicher Akteure beteiligt sind. Als Sicherheitsbehörde leistet die Polizei dazu einen besonderen Beitrag. Ohne den Austausch und die enge Zusammen-

arbeit mit weiteren öffentlichen Stellen könnte sie diese Aufgabe nicht mit dem gleichen Erfolg bewältigen. Die langjährigen Sicherheitspartnerschaften der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg leisten hierzu einen sehr wichtigen Beitrag.



Die gemeinsamen Aufgaben werden dabei in vielfältiger Weise und durch unterschiedliche Kontrollmaßnahmen wahrgenommen:

- Zusammen mit den Ordnungsämtern werden im öffentlichen Raum regelmäßig kombinierte Streifen durchgeführt. Aufgrund der guten Zusammenarbeit und des erkannten Mehrwerts eines gemeinsamen Auftretens werden diese Streifen auch im Jahr 2020 einen festen Bestandteil der Präventionsarbeit bilden.
- Der gemeinsame Bürgerdienst von Stadt und Polizei im Innenstadtbereich von Stadthagen ist eine besondere Form der Kooperation. An drei Tagen in der Woche stehen Polizeibeamtinnen und –beamte gemeinsam mit Angestellten des örtlichen Amtes für Bürgerdienste zur Verfügung, um die verschiedenen Anliegen zu bedienen.
- Öffentliche Veranstaltungen wie Schützenfeste, „Abi-Feten“ oder Karnevalsumzüge werden regelmäßig gemeinsam durch Polizeihauptkommissar Daniel Jahn, Beauftragter für Jugendprävention, und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Ordnungsämter begleitet. Im Rahmen dieser Kontrollmaßnahmen werden häufig jugendschutzrechtliche Verstöße aufgrund von Alkoholkonsum festgestellt.

- Im November 2019 wurden innerhalb der gesamten Polizeiinspektion unter Beteiligung der zuständigen Ordnungsämter und des Hauptzollamtes Hannover Kontrollen in „Shisha-Bars“ durchgeführt. In einigen Objekten wurden hierbei unter anderem baurechtliche Beanstandungen und erhöhte Kohlenmonoxid-Werte festgestellt.

Die geschilderten Maßnahmen sind lediglich Beispiele für die guten und engen Kooperationen mit anderen Behörden und Organisationen, die ebenfalls Sicherheits- und Ordnungsaufgaben wahrnehmen bzw. Verantwortung für die Gefahrenabwehr tragen. Das gemeinsame Handeln ist von gegenseitiger Wertschätzung und verlässlichem Informationsfluss geprägt.



Kriminalitätsbekämpfung

Ermitteln und aufklären.
Wir ermitteln und klären auf.



Aus der Praxis: „Falsche Polizeibeamte“

Ältere Menschen geraten immer wieder in den Fokus krimineller Gruppierungen. Die Täter/-innen sind dabei oftmals sehr redegewandt und verstehen es, das Vertrauen ihrer Opfer zu gewinnen oder diese unter Druck zu setzen. Dabei setzen sie verschiedene Begehungsweisen ein, die in vielen Fällen die Gutgläubigkeit oder das Vertrauen von Seniorinnen und Senioren in staatliche Institutionen ausnutzen. Diese manipulative Einwirkung auf die lebensälteren Opfer führt dabei neben den materiellen Schäden nicht selten zu erheblichen psychischen Belastungen. Ein „Modus Operandi“ besteht darin, sich als Polizeibeamte auszugeben.

Was sind „Falsche Polizeibeamte“?

Die Vorgehensweise der Täter/-innen beginnt in diesen Fällen mit einem Anruf bei einer lebensälteren Person. Häufig erfolgen diese Anrufe aus Callcentern mit Standort in der Türkei. Zudem nutzen die Täter/-innen in der Regel das sogenannte Call ID-Spoofing. Dies ist eine technische Methode, die es ermöglicht, eine beliebige Nummer im Display der angerufenen Person einzublenden. Im Falle falscher Polizeibeamter kann dies beispielsweise die Notrufnummer 110 oder die Nummer einer örtlichen Dienststelle sein, um Seriosität vorzutäuschen.

Die Anrufer/-innen, sogenannte „Keiler“, geben sich am Telefon zum Beispiel als Polizeibeamte/-innen oder Staatsanwälte/-innen aus und setzen die Geschädigten massiv unter Druck. Sowohl die Legendenbildung als auch das weitere Vorgehen passen sie dabei flexibel den örtlichen Gegebenheiten und den Reaktionen der Angerufenen an. Dabei bauen sie schrittweise Druck auf, indem sie die Opfer in eine fiktive Geschichte verwickeln und ihnen die Angst einflößen, potenzielle Opfer einer Verbrecherbande zu sein. Schließlich bewegen sie die Geschädigten dazu, sich an einer vermeintlichen polizeilichen Maßnahme zu beteiligen. Teilweise halten die Täter/-innen ihre Opfer über mehrere Stunden im Gespräch. Weiterführende Tathandlungen fallen in die Zuständigkeit sogenannter „Logistiker“ und „Abholer“.



Storytelling „Falsche Polizeibeamte“

Der folgende Beispielfall aus der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden kann verdeutlichen, wie die Täter/-innen vorgehen und welche Mittel der Polizei zu ihrer Verfolgung zur Verfügung stehen.



Fritz L., Geschädigter:

An einem sonnigen Tag im August 2018 erhält der 78-jährige Fritz L. (Name geändert) aus Bodenwerder vermeintlich einen Anruf der örtlichen Polizei. Der Anrufer gibt sich als Kriminalkommissar Stein aus und teilt ihm mit, dass die Polizei verdeckt gegen einen Mitarbeiter seiner Bank ermittele, der es auf die Ersparnisse der Kunden abgesehen habe. Herr L. fragt sogleich unbedacht nach, ob dieser kriminelle Bankangestellte tatsächlich bei „seiner“ Sparkasse in Bodenwerder arbeite, was der Anrufer natürlich bestätigt.

Im weiteren Verlauf des Telefonats setzt der „Keiler“ Herrn L. unter Druck, dass dessen Vermögen gefährdet sei, wenn er es nicht von seinem Sparbuch abhebe und der „Polizei“ zur Verwahrung übergebe. Zudem bietet der falsche Polizeibeamte an, das Geld diskret von einem verdeckten Ermittler abholen zu lassen.

Herr L. ist nach dem 20-minütigen Telefonat überzeugt, das Richtige zu tun, als er zur Bank fährt, um seine Ersparnisse in Höhe von 20.000 Euro abzuheben. Schließlich will er kein Risiko eingehen, da er das Geld fest für das Medizinstudium seiner Enkelin eingeplant hat.

Wie von „Kriminalkommissar Stein“ geraten, gibt er auf Nachfrage des Sparkassenangestellten an, das Geld für ein neues Auto zu benötigen. Auch als sich der Angestellte ein weiteres Mal misstrauisch erkundigt, ob er nicht überredet worden sei, das Geld abzuheben, bleibt Herr L. bei dieser Behauptung. Nachdem er die Sparkasse verlassen hat, teilt er „Herrn Stein“ von seinem Pkw aus mit, dass er das Geld erhalten habe. Der vermeintliche Polizeibeamte hat den Anruf während der gesamten Zeit aufrechterhalten.

Nun bittet der „Keiler“ Herrn L., ihm die Nummern von fünf der abgehobenen Geldscheine durchzugeben und teilt diesem daraufhin mit, dass es sich dabei um Falschgeld handle. Dieses müsse nun für die weiteren Ermittlungen untersucht werden. Dazu weist er den älteren Herrn an, das Geld in einer Plastiktüte zu verstauen und auf dem Stromkasten zu deponieren, der sich vor dem Haus des Geschädigten befindet. Um Herrn L. zu überzeugen, gibt der Anrufer auf Nachfrage zudem an, „seine Ermittler“ hätten diese Stelle für eine „unauffällige Übergabe“ ausgewählt. Nach Ablegen des Geldes kehrt Herr L. in seine Wohnung zurück und wartet vergebens auf die zugesagte Rückmeldung „Herrn Steins“, ob alles gut verlaufen sei.

Geraume Zeit später klingelt es bei Herrn L. an der Wohnungstür. Als er die Tür öffnet, stehen ihm zwei uniformierte Polizeibeamte gegenüber. In diesem Moment wird ihm schlagartig bewusst, dass er einem Betrug aufgesessen ist.



Überführung einer örtlichen Tätergruppe

Kriminaloberkommissarin Schneider, leitende Ermittlerin

An einem sonnigen Augusttag im Jahr 2018 versieht Kriminaloberkommissarin Schneider ihren Dienst im Fachkommissariat 2 der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden. Die Kriminalbeamtin ist die leitende Ermittlerin eines mehrköpfigen Teams, das gegen eine örtliche Gruppe ermittelt, die bereits im Mai in das Visier der Polizei gerückt ist.

Auf gerichtlichen Beschluss hat das Ermittlerteam die Möglichkeit erhalten, Telefonate der Gruppe abzuhören. Dadurch wurden bereits stichhaltige Erkenntnisse erlangt, dass sich diese zu einer Bande zur Begehung von Betrugsstaten zum Nachteil älterer Menschen zusammengeschlossen hat.

Daher wird die Beamtin hellhörig, als eine der überwachten Personen einen Anruf von einer gespooften Nummer entgegennimmt. Bei dem Anrufer handelt es sich offensichtlich um einen „Keiler“ aus einem türkischen Callcenter. Dieser nennt dem Hamelner Beschuldigten eine Adresse in Bodenwerder und fordert ihn auf, er solle „Gas geben“. Der Beschuldigte ruft daraufhin umgehend einen Freund an und bittet um schnellstmögliche Abholung.



Oberkommissarin Schneider erkennt sofort, dass nun umgehend gehandelt werden muss. Daher ruft sie unverzüglich ihr Team zusammen und informiert die anderen darüber, dass offensichtlich eine Geldübergabe in Bodenwerder stattfinden soll. Im weiteren Verlauf wird durch die Telefonüberwachung zudem bekannt, dass sich vor dem Haus des Geschädigten ein Stromkasten befindet, auf dem das Geld deponiert werden soll.

Nun gilt es, schnell zu reagieren. Während Schneider die Telefonüberwachung fortsetzt, verständigt Kriminalhauptkommissar Bergmann, der auch Mitglied des Teams ist, die Polizeidienststelle in Bodenwerder. Er weist die dortigen Beamten an, umgehend einen Streifenwagen zur Anschrift des Opfers zu senden, um eine Abholung des Geldes durch die Täter zu verhindern.

Polizeioberkommissare Winter und Ebeling, Einsatz- und Streifendienst

An einem sonnigen Tag im August versehen die Polizeioberkommissare Winter und Ebeling ihren Frühdienst in der Polizeistation Bodenwerder. Sie haben gerade eine Unfallaufnahme abgeschlossen, als sie den Auftrag erhalten, umgehend die Anschrift des Herrn L. anzufahren.

Unter Nutzung sogenannter Sonder- und Wegrechte treten sie die Fahrt an, um schnellstmöglich den Zielort zu erreichen. Als sie ankommen, bemerken sie gerade noch einen schwarzen BMW, welcher in der Straße wendet und an ihnen vorbeifährt. Auch der besagte Stromkasten ist bereits in Sichtweite und tatsächlich liegt darauf eine Plastiktüte, in der sich 20.000 Euro befinden.

Die Polizeibeamten sind den Tätern zuvorgekommen und das Geld wurde noch nicht abgeholt! Erleichtert nehmen die Polizisten den Betrag an sich und suchen das Haus des Geschädigten auf. In dem Moment, in dem Herr L. die Tür öffnet, können die Polizeibeamten förmlich spüren, wie er den Betrugsversuch erkennt.

Erfreulicherweise können ihm die Polizeibeamten sein Geld zurückgeben, doch viele Betrugsoffer haben dieses Glück leider nicht.

Letztendlich konnten der Hamelner Tätergruppe durch intensive Ermittlungen neben weiteren Eigentumsdelikten 18 Betrugsstaten dieser Art nachgewiesen werden. Als Angeklagte wurden ihre Mitglieder im Jahr 2019 von einem Gericht zu langen Haftstrafen verurteilt. Die beiden Haupttäter erhielten dabei Freiheitsstrafen von neun bzw. zehn Jahren.

Durch die gute Zusammenarbeit der hiesigen Ermittlungsgruppe sowie der Einsatz- und Streifendienste mit mehreren Polizeidienststellen in anderen Bundesländern gelang es schließlich, der Gruppierung habhaft zu werden. Doch im Bundesgebiet sind noch zahlreiche weitere dieser Täter aktiv. Umso bedeutender ist daher eine umfangreiche Präventionsarbeit, um zu verhindern, dass weitere Seniorinnen und Senioren zu Schaden kommen.

Gerade in Bezug auf Betrugstaten zum Nachteil älterer Menschen erlangt die Polizei in vielen Fällen erst zu einem späteren Zeitpunkt Kenntnis davon, dass eine Straftat begangen wurde. Umso wichtiger ist daher die Präventionsarbeit in diesem Bereich, die im Idealfall bereits verhindern kann, dass ein Schaden eintritt. Dies kann unter anderem das folgende Beispiel aus der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg verdeutlichen:

„Falscher Polizeibeamter“ in Nienburg

Das 65-jährige Opfer wurde vormittags von einer männlichen Person angerufen. Der Anrufer stellte sich in akzentfreiem Deutsch als Polizeibeamter aus Nienburg vor. Durch geschickte Gesprächsführung wurde dem Opfer in mehreren Telefonaten glaubhaft suggeriert, dass gerade in der Nähe seiner Wohnung eine Bande festgenommen worden sei. Dabei sei unter anderem ein Zettel mit seinen Kontodaten aufgefunden worden. Anschließend wurde dem Opfer ein angebliches Drohgespräch zwischen einem Bandenmitglied und einem Bankangestellten vorgespielt, in dem der angebliche Täter mit Nachdruck eine Überweisung von 20.000 Euro auf ein unbekanntes Konto verlangte.

Um diese Überweisung zu verhindern, seine Ersparnisse zu retten und die „Hintermänner“ zu ermitteln, sollte das angerufene Opfer nun 100.000 Euro von seinem Konto abheben und an den vermeintlichen Polizeibeamten übergeben. Zuvor hatte der Anrufer auf Nachfrage erfahren, dass auf dem Konto mehr als 130.000 Euro gebucht sind.



In der Bank teilte das männliche Opfer bei der Beauftragung der Auszahlung wie zuvor besprochen mit, dass er das Geld für dringende Renovierungsarbeiten im Haus benötige. Die aufmerksame Bankmitarbeiterin ließ sich hiervon nicht beirren und sprach das Opfer zunächst auf den sogenannten „Enkeltrick“ an. Hierauf habe er entgegnet, dass er von diesen kriminellen Vorgehensweisen schon gehört habe. Vermeintliche Parallelen zu dem Anruf des „Polizeibeamten“ wurden nicht erkannt. Das Opfer beharrte weiterhin auf die Auszahlung der 100.000 Euro, welche glücklicherweise erst am Folgetage erfolgt wäre.

Das Opfer wollte diese Zeit nutzen, um den anrufenden Ermittler bei der Polizei in Nienburg persönlich kennenzulernen. Nachdem sich der 65-jährige Mann in der Wache der Polizei Nienburg nach dem ermittelnden Beamten erkundigt hatte, wurde er umgehend auf die Betrugsmasche des „falschen Polizeibeamten“ hingewiesen.

Dieser Beispielfall, der auch in den örtlichen Medien aufgegriffen wurde, belegt den wertvollen Beitrag, den gerade die Präventionsarbeit leisten kann, um Straftaten zum Nachteil älterer Menschen zu verhindern. Dem Gedanken folgend, dass die letzte Interventionsmöglichkeit im Kontakt zwischen potentiellen Geschädigten und Bankmitarbeitern besteht, wurden bereits vor einigen Monaten durch das für diese Delikte zuständige Fachkommissariat entsprechende Beratungsgespräche mit den örtlichen Kreditinstituten geführt. In diesen Gesprächen wurde auf verschiedene Betrugsphänomene und aktuelle Erscheinungsformen hingewiesen. Die Polizei erhofft sich durch diese Sensibilisierung, dass die Kunden bei ungewöhnlichen Bargeldabhebungen durch das Bankpersonal intensiv über die Betrugsphänomene informiert werden. Im vorliegenden Fall konnte diese Maßnahme dazu beitragen, einen hohen finanziellen Schaden zu vermeiden.





PHK Henri Slaar, Beauftragter für Kriminalprävention der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg, rät:

- Lassen Sie sich am Telefon oder an der Haustür nicht unter Druck setzen – auch nicht durch einen angeblichen Notfall oder dringende polizeiliche Ermittlungen.
- Geben Sie grundsätzlich keine Details über Ihre finanziellen Verhältnisse, Besitztümer oder Bankguthaben preis.
- Übergeben Sie niemals Geldbeträge oder Wertgegenstände an fremde Personen. Deponieren Sie diese auch nicht an einem vorgegebenen Ort.
- Die Polizei fordert unter keinen Umständen dazu auf, Geld und Wertgegenstände auszuhändigen oder eine Banküberweisung zu tätigen.
- Sprechen Sie mit älteren Angehörigen oder Bekannten und der Nachbarschaft über die Tricks der Betrüger und Diebe. Befolgen Sie die Verhaltenshinweise der Polizei und geben Sie diese in Ihrem Umfeld weiter.
- Wenden Sie sich sofort an die Polizei, wenn Sie etwas Verdächtiges bemerken oder befürchten, Opfer einer Straftat zu sein. Wählen Sie dazu den Notruf 110 oder die Nummer ihrer örtlichen Polizei (05021 / 9778-0).

**Bei Fragen steht Ihnen in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg gern Henri Slaar zur Verfügung:
Tel.: 05021 / 9778-108.**

Hinweise zum Verhalten bei Telefonanrufen

- Bleiben Sie misstrauisch, wenn vermeintliche Verwandte oder Bekannte am Telefon um Geld bitten. Fordern Sie das Gegenüber stets auf, selbst den eigenen Namen zu nennen. Fragen Sie zur Vergewisserung nach persönlichen Angaben, die nur die entsprechende Person kennen kann.
- Die Polizei ruft niemals unter der Rufnummer 110 an.
- Verlassen Sie sich niemals allein auf die angezeigte Rufnummer, um die Glaubwürdigkeit eines Anrufers zu beurteilen – auch wenn der Anrufer den Namen eines örtlichen Polizeibeamten angeben kann.

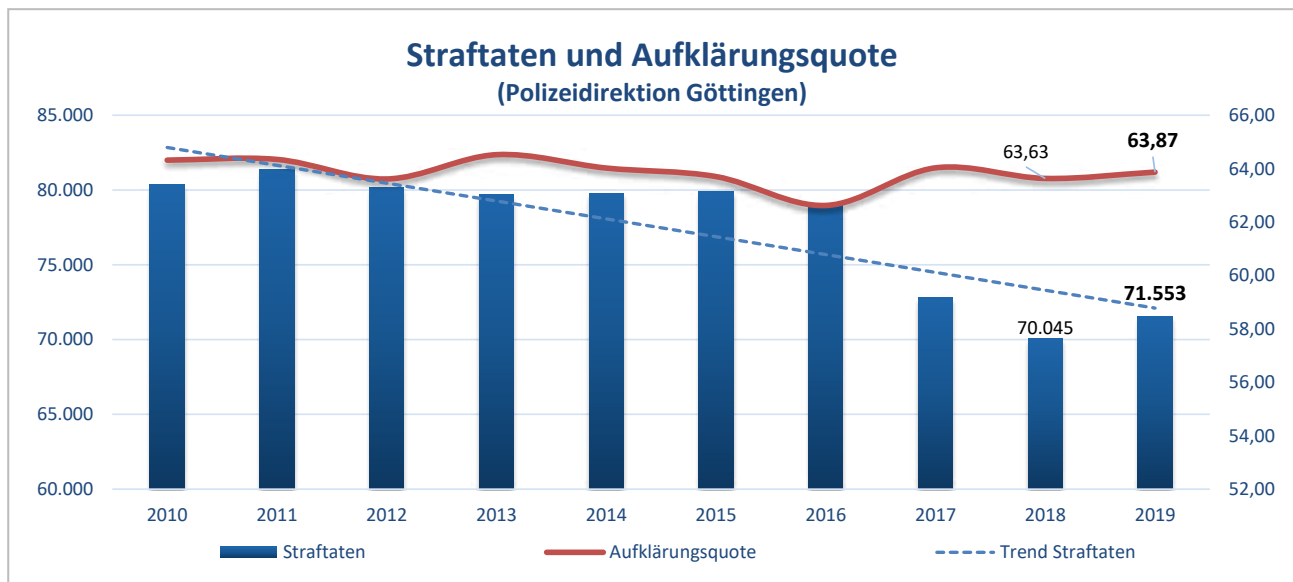
Hinweise zum Verhalten an der Haus- oder Wohnungstür

- Niemals unbekannte Personen ins Haus oder in die Wohnung lassen. Nutzen Sie die Türsprechanlage, den Türspion oder kommunizieren Sie zunächst durch die geschlossene Tür.
- Seien Sie grundsätzlich misstrauisch gegenüber Fremden, die z.B. eine nicht vereinbarte Dienstleistung anbieten, um ein Glas Wasser bitten oder die Toilette benutzen möchten. Unterschreiben Sie nichts an der Haustür.
- Lassen Sie Handwerker nur dann herein, wenn Sie diese bestellt haben oder zuvor von der Hausverwaltung informiert wurden.
- Polizeibeamte in ziviler Kleidung weisen sich stets aus und zeigen Verständnis, wenn Sie bei Ihrer örtlichen Polizeidienststelle nachfragen möchten.

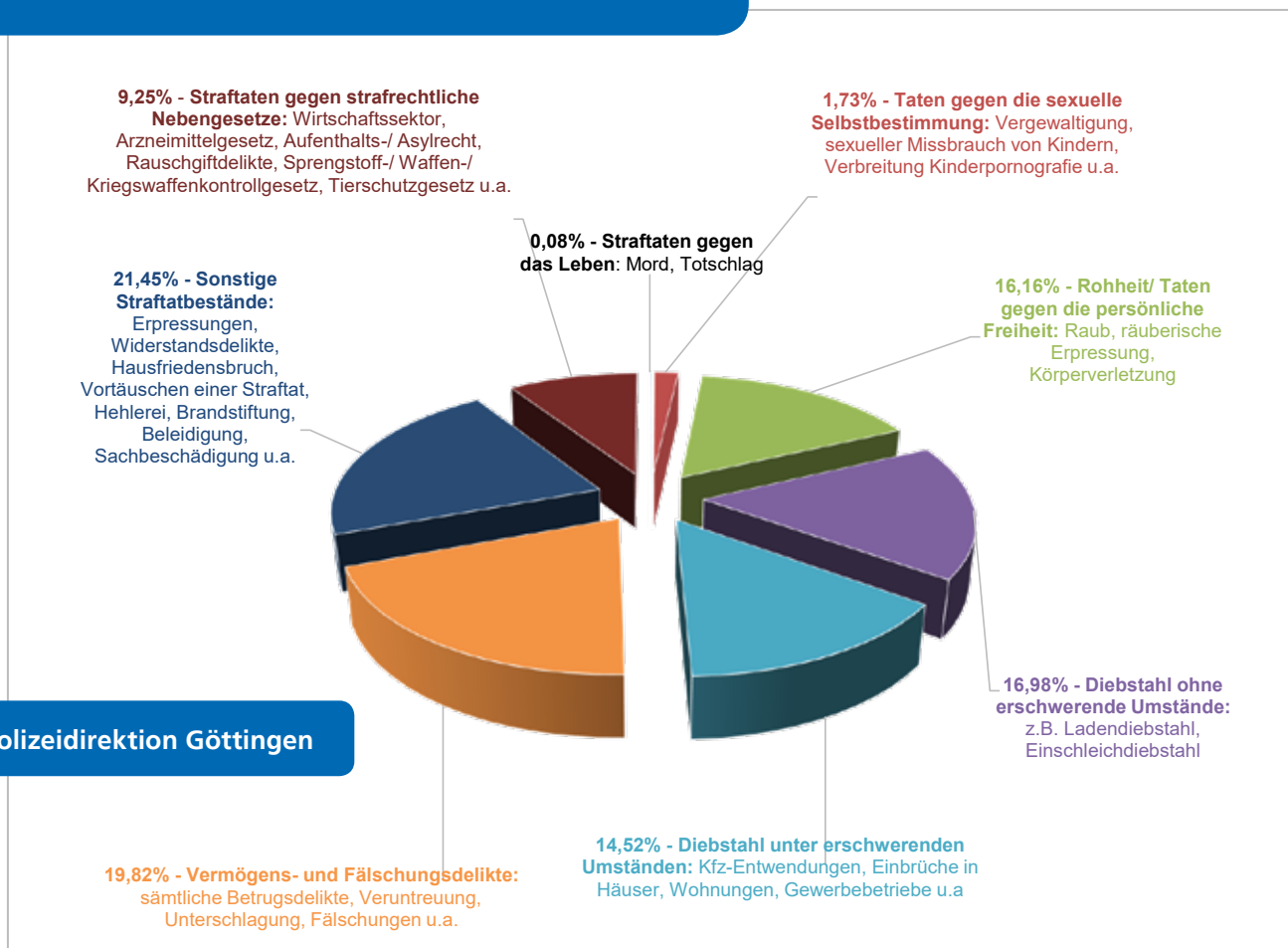
Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion Göttingen

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden alle polizeilich erfassten Straftaten nach dem Strafgesetzbuch und dem Nebenstrafrecht registriert und aufbereitet. Im Jahr 2019 wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen 71.553 Straftaten in der PKS erfasst.

Im Vergleich zum Jahr 2018 bedeutet das einen Anstieg von 2,15% bzw. 1.508 begangenen Taten. Trotz dieses Anstiegs entspricht dies dem zweitniedrigsten Wert seit dem Jahr 2000. Die Aufklärungsquote konnte im Vergleich zum Vorjahr um 0,24% auf 63,87% gesteigert werden.



Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen



Polizeidirektion Göttingen

Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen

Im Folgenden werden Deliktsbereiche dargestellt, die polizeiliche Schwerpunkte bilden oder in besonderem Maße das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beeinträchtigen.

Straftaten gegen das Leben

Mit 60 Fällen im Jahr 2019 machen Delikte wie Mord und Totschlag erfreulicherweise weiterhin nur einen sehr geringen Anteil von 0,08 Prozent der bekannt gewordenen Straftaten aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang um fünf Fälle zu verzeichnen. Damit bewegen sich diese Delikte auch in der Gesamtbetrachtung auf einem niedrigen Niveau. Eine Aufklärungsquote von über 90 Prozent aller Tötungsdelikte, dabei 100 Prozent im Bereich der als „Mord“ eingestuften Taten, zeigt deutlich, mit welchem Erfolg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Göttingen an der Aufhellung dieser schwerwiegenden Taten arbeiten.

Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der in der Polizeidirektion Göttingen registrierten Taten in diesem Deliktsfeld um 21,2 Prozent auf 1.235 Fälle angestiegen. Damit befindet sie sich auf einem 10-Jahres-Höchststand.

Die Ursache dieser Entwicklung liegt überwiegend im Bereich der Verbreitung und des Besitzes kinder- und jugendpornographischer Schriften gemäß §§ 184 ff. des Strafgesetzbuchs (StGB). Hier ist die Fallzahl um 219 auf 374 Taten angestiegen. Hintergrund dieses Anstiegs ist vor allem, dass es im Rahmen international vernetzter Ermittlungen zunehmend gelingt, das Dunkelfeld in diesem Bereich aufzuhellen. Damit stehen die Zahlen nicht für ein vermehrtes Auftreten krimineller Aktivitäten.

Insbesondere werden deutlich häufiger Sachverhalte mitgeteilt, die im Rahmen der Überprüfung US-amerikanischer und kanadischer Server durch das National Center for Missing and Exploited Children (NCMEC) aufgefallen sind. Amerikanische Unternehmen und Provider sind verpflichtet, dem NCMEC als halbstaatlicher Organisation Fälle der Verbreitung von Kinder- und Jugendpornographie zu melden. Werden dabei IP-Adressen ermittelt, die auf in Deutschland wohnhafte Nutzerinnen und Nutzer verweisen, werden diese an das BKA weitergegeben. Von dort aus werden Ermittlungsverfahren an die zuständigen örtlichen Dienststellen weitergeleitet, die in der Folge Ermittlungen aufnehmen. Für das folgende Jahr wird mit einem weiteren Anstieg der NCMEC-generierten Verfahren gerechnet. Eine valide Angabe konkreter Zahlen ist dabei jedoch nicht möglich.



Häusliche Gewalt

Im Kontext „Häuslicher Gewalt“ wurden im Jahr 2019 insgesamt 3.061 Delikte in der Polizeidirektion Göttingen zur Anzeige gebracht. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem marginalen Anstieg um 0,7 Prozent (plus 21 Taten) auf den zweithöchsten Stand der vergangenen zehn Jahre. In 79 Prozent der Fälle (2.413 Taten) wurde gegen männliche Tatverdächtige ermittelt, in rund 24 Prozent der Fälle (743 Taten) standen die Tatverdächtigen unter Alkoholeinfluss (743 Taten). In lediglich zwei Prozent der Fälle (66 Taten) wurde eine Beeinflussung durch Rauschgift festgestellt.

Bei Einsätzen häuslicher Gewalt stehen polizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Opfer und zur Beendigung der akuten Gefahrensituation im Vordergrund. Daneben hat die Opferberatung zu rechtlichen Möglichkeiten nach dem Gewaltschutzgesetz eine große Bedeutung. Als gefahrenabwehrende Maßnahmen kommen neben dem kurzfristigen Platzverweis von einem bestimmten Ort oder der mehrtägigen Wegweisung aus der gemeinsamen Wohnung insbesondere die Gefährderansprache und das Kontaktverbot in Frage, um Täterinnen und Täter die Grenzen und strafrechtlichen Konsequenzen ihres Handelns aufzuzeigen.

 **HILFETELEFON**
GEWALT GEGEN FRAUEN

08000 116 016

www.hilfetelefon.de

Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen

Diebstahlsdelikte

Bei den Diebstahlsdelikten wurde im Jahr 2019 insgesamt erneut ein leichter Rückgang um 184 Taten auf 22.542 Fälle verzeichnet. Damit ist die Anzahl angezeigter Delikte in diesem Bereich auf einen 10-Jahres-Tiefstand zurückgegangen. Diese positive Entwicklung ist besonders hervorzuheben, da diese Delikte etwa ein Drittel aller Straftaten in der Polizeidirektion Göttingen ausmachen.

Während die Delikte des sogenannten einfachen Diebstahls um rund sechs Prozent (774 Taten) auf 12.153 Fälle zurückgingen, ist für den Diebstahl unter erschwerenden Bedingungen (§ 243 StGB) ein Anstieg um sechs Prozent (590 Taten) auf 10.389 Fälle registriert worden. Dieser deutliche Anstieg erklärt sich überwiegend durch die Entwicklung von Fahrraddiebstählen unter erschwerenden Bedingungen, bei denen im Jahr 2019 eine Zunahme um 368 Fälle (11,9 Prozent) auf 3.467 Taten festzustellen war. Im niedersächsischen Vergleich nimmt die PD Göttingen damit einen mittleren Platz ein.

Ein besonderer Erfolg liegt in der Entwicklung der Wohnungseinbrüche, die im Jahr 2019 erneut rückläufig war. Hier haben die polizeilichen Maßnahmen dazu geführt, dass die Fallzahl um 8,8 Prozent (125 Taten) auf einen 10-Jahres-Tiefstand von 1.301 Fällen gesunken ist. Ebenso ist die Anzahl vollendeter Taten auf den niedrigsten Stand im Langzeitvergleich gesunken, was den Rückschluss zulässt, dass ein Großteil der Taten bereits im Versuchsstadium abgebrochen wurde.

Ferner ist es gelungen mehr als 30 Prozent, im Falle vollendeter Delikte sogar 38,2 Prozent der Taten in diesem Bereich aufzuklären. Damit ist das Risiko, als Täter/-in eines Wohnungsbeintrüchs ermittelt zu werden, im Bereich der Polizeidirektion Göttingen landesweit am höchsten. Diese positive Entwicklung ist für uns jedoch vor allem ein Grund, die erfolgreichen Maßnahmen auch im Jahr 2020 mit gleichbleibend hoher Intensität fortzuführen.



Vermögens- und Fälschungsdelikte

Bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten fällt für das Jahr 2019 in der Polizeidirektion Göttingen eine deutliche Zunahme um 1.250 Delikte (9,7 Prozent) auf 14.184 Straftaten ins Auge.

Dazu hat unter anderem der erneute Anstieg im Bereich des Warenkreditbetrugs auf 2.441 Fälle beigetragen. Dies entspricht einer Steigerung um 264 Fälle bzw. 12,1 Prozent. Ein solcher liegt vor, wenn eine Person auf Bestellung Waren erhält, anschließend jedoch nicht bezahlt. Dabei wird der Tatbestand insbesondere dann verwirklicht, wenn diese Person um ihre Zahlungsunfähigkeit weiß.

Darüber hinaus liegt in der Gruppe „sonstige weitere Betrugsarten“ ein erheblicher Anstieg vor. Diese Taten sind im Jahr 2019 um 505 Fälle auf 2.509 Taten gestiegen. Dafür könnte ein Grund darin liegen, dass in dieser Kategorie auch der sogenannte Call-Center-Betrug erfasst wird. Darunter fallen unter anderem Straftaten zum Nachteil älterer Menschen wie der „Enkeltrick“, „falsche Polizeibeamte“ oder „falsche Gewinnversprechen“, deren Häufigkeit deutlich zugenommen hat.



Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen

Messerangriffe

Für das Berichtsjahr 2019 besteht erstmals die Möglichkeit der trennscharfen statistischen Erfassung von Straftaten, bei deren Begehung ein Messer eingesetzt wird. Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass unter den Begriff „Messer“ auch Gegenstände wie Dolche, Säbel oder Schwerter subsumiert werden. Die Delikte, die unter diese neue Kategorie fallen, reichen von (versuchten) Tötungsdelikten über Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Raub- und Diebstahlsdelikte bis hin zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Dabei wird auch bereits die bloße Drohung mit einem Messer in dieser Kategorie erfasst.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 355 Taten unter Nutzung eines Messers im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen registriert. Die urbanen Polizeiinspektionen Göttingen (98 Taten) und Hildesheim (110 Taten) sind dabei erwartungsgemäß stärker betroffen als die eher ländlich geprägten Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holzminden (41 Taten), Nienburg/Schaumburg (74 Taten) und Northeim (32 Taten). Mit einem Anteil von 0,5 Prozent aller registrierten Delikte stellen Straftaten, bei deren Begehung ein Messer eingesetzt wird, statistisch betrachtet glücklicherweise keinen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit dar.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Straftaten, welche sich gezielt gegen ältere Menschen richten, sind in besonderem Maße verwerflich. Bei diesen Delikten bringen die Täter/-innen Menschen um ihr Hab und Gut, die oftmals ein Leben lang gearbeitet und gespart haben, um ihren Lebensabend genießen zu können.

Die Vorgehensweisen der Kriminellen reichen dabei vom Handtaschendiebstahl, über verschiedene Arten des Trickbetrugs (wie dem „Zetteltrick“ oder dem „Glas-Wasser-Trick“) bis hin zu hochorganisierten Banden, die aus Call-Centern im Ausland Betrugstaten in großer Zahl begehen. Im Rahmen der Telefonate geben sich die Täter beispielsweise als Amtsträger (z.B. als Polizeibeamte/-innen oder Staatsanwälte/-innen) oder Verwandte (sog. „Enkeltrick“) aus, um ihre Opfer unter Druck zu setzen.



Der jährlich entstandene Schaden im Rahmen dieser Delikte kann auf mehrere Millionen Euro geschätzt werden. Neben dem wirtschaftlichen Schaden haben Taten dieser Art häufig auch gravierende psychische Auswirkungen auf die Geschädigten.

Genauere Angaben fallen dabei auch deshalb schwer, da viele der Taten von den Geschädigten nicht zur Anzeige gebracht werden. Dies kann daran liegen, dass sie sich schämen, einem Betrug aufgesessen zu sein, oder diesen im schlimmsten Falle gar nicht bemerken.

Neben der Strafverfolgung steht das Phänomen daher auch in einem besonderen Fokus der Präventionsarbeit. Neben den Seniorinnen und Senioren selbst zählen auch Angehörige und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Geldinstituten zur Zielgruppe dieser Maßnahmen. Eine weitere wichtige Komponente liegt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Beispielsweise werden über die sozialen Medien Warnmeldungen veröffentlicht, sobald sich in einem örtlichen Bereich Straftaten häufen, um potenziell Betroffene und deren Angehörige zu informieren und sensibilisieren.

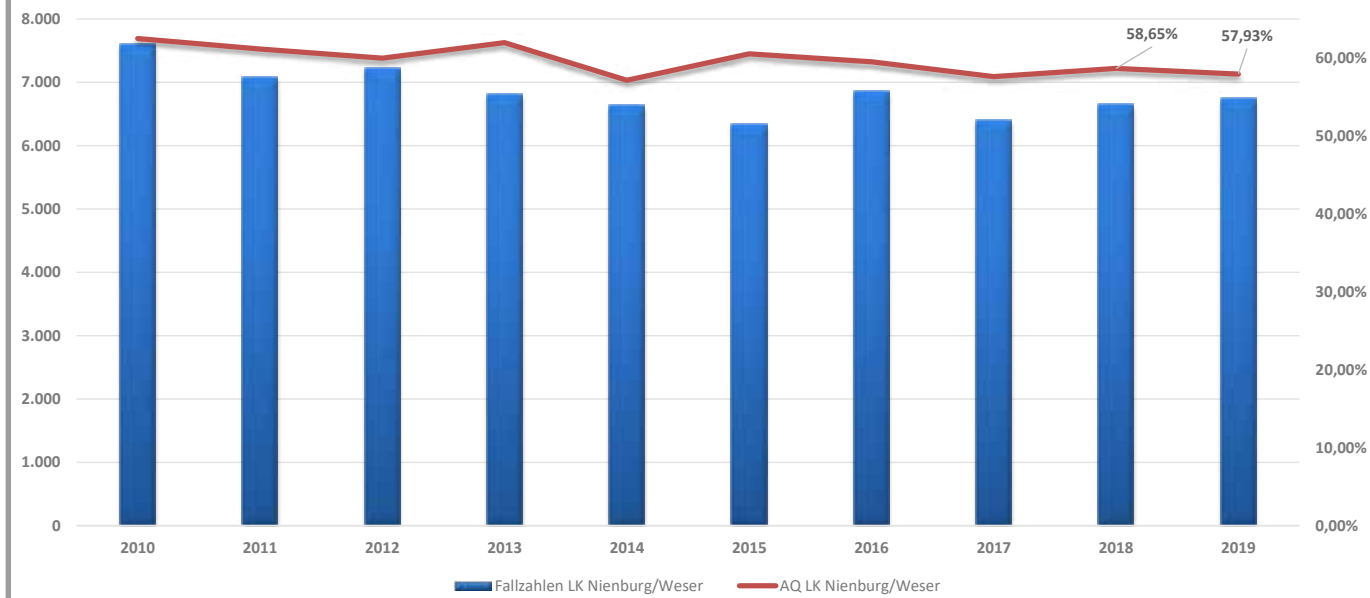


Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

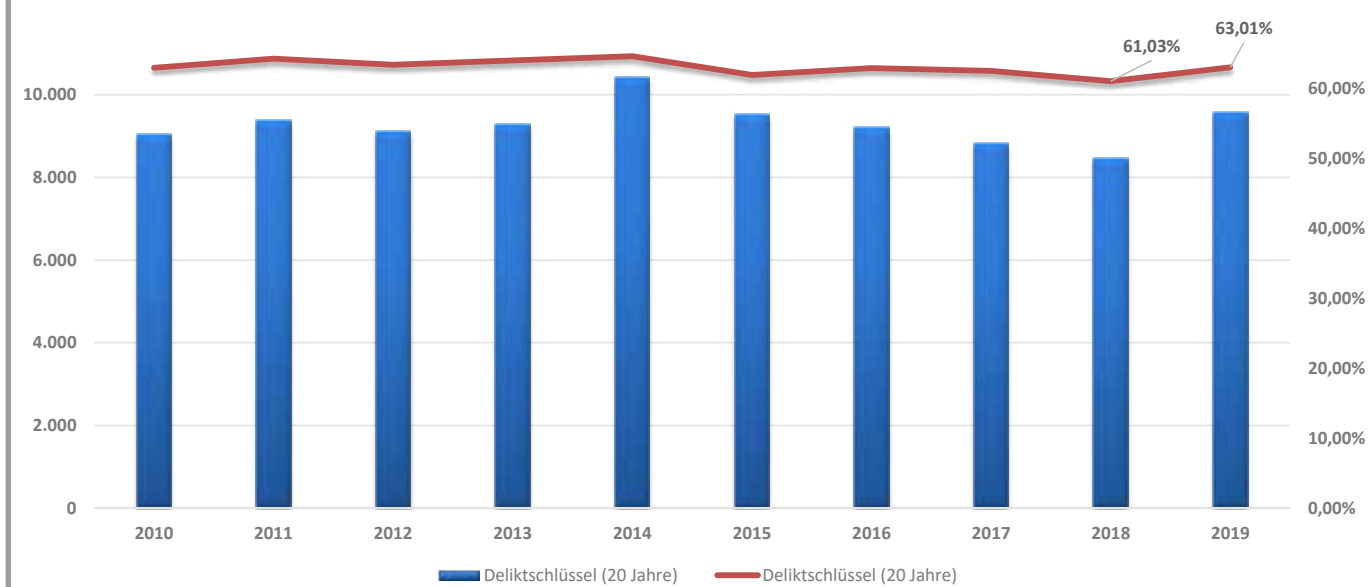
Die Anzahl der bekanntgewordenen Straftaten in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg ist mit insgesamt 16.072 erfassten Taten im Vergleich zum Vorjahr um rund 6 Prozent angestiegen. Inspektionsweit konnten bei 9.715 der aus diesen Taten

folgenden Strafverfahren tatverdächtige Personen ermittelt werden, was einer Aufklärungsquote von 60,45 Prozent entspricht. Diese bleibt damit auf einem vergleichsweise konstanten Niveau.

Straftaten und Aufklärungsquote Landkreis Nienburg/Weser



Straftaten und Aufklärungsquote Landkreis Schaumburg



Straftaten gegen das Leben

Im Jahr 2019 wurden innerhalb der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg 14 versuchte oder vollendete Tötungsdelikte bekannt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um fünf Fälle. Auch wenn diese Steigerung im Hinblick auf die Gesamtzahl von 16.000 Straftaten zahlenmäßig eher unbedeutend erscheint, stellt aufgrund der Schwere der Delikte und der damit verbundenen Beunruhigung der Bevölkerung jede dieser Taten einen Schwerpunkt der Ermittlungsarbeit der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg dar.

Straftaten in Zusammenhang mit Stichwaffen

Innerhalb der PI Nienburg/Schaumburg wurden im zurückliegenden Jahr 74 Straftaten registriert, in deren Zusammenhang eine Stichwaffe eingesetzt wurde. In den überwiegenden Fällen wurde hierbei ein Messer als Tatmittel genutzt. Im Hinblick auf die Deliktsarten zeigt sich, dass es sich bei der Mehrheit der Taten (70 Fälle) um Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit handelt.

Wohnungseinbruchdiebstahl

Der positive Trend rückläufiger Fallzahlen setzt sich auch im Jahr 2019 fort. Im Vergleich zu 2018 zeigt sich eine erneute Abnahme von rund 23 Prozent.

Im Landkreis Nienburg ist die Fallzahl von 208 auf 185 gesunken, im Landkreis Schaumburg liegt ein deutlicher Rückgang um 72 Fälle auf 128 Delikte vor.

Diese begrüßenswerte Entwicklung ist unter anderem auf den hohen Kontrolldruck der Polizei und die umfassende und kontinuierliche Präventionsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung zurückzuführen.



Gewaltdelikte gegen Polizeivollzugsbeamte/-innen

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 73 Gewaltdelikte statistisch erfasst, die sich gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte richteten. Im Hinblick auf das Vorjahr zeigt sich somit ein erschreckender Anstieg von rund 92 Prozent. Ein Großteil dieser Verfahren ist auf Widerstandshandlungen oder tätliche Angriffe gegen Beamtinnen oder Beamte zurückzuführen.



BESONDERE FÄLLE DES JAHRES 2019

Über die allgemeine Kriminalitätslage hinaus, kam es in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg auch im Jahr 2019 zu Straftaten, welche großes Aufsehen erregten und die Ermittlerinnen und Ermittler in besonderer Weise forderten. Dies können die folgenden Beispiele verdeutlichen:

Gewalttat in Hoya fordert beinahe ein Todesopfer

Was in den Abendstunden des 09. Mai 2019 in Hoya geschah, bezeichnete der vorsitzende Richter am Landgericht Verden im Januar 2020 in seiner Urteilsverkündung als Tat auf „sozialethisch unterster Stufe“. Ausgangspunkt der Ereignisse in der Nähe des Sportplatzes war eine Streitigkeit zwischen einer Gruppe aus sieben Jugendlichen und Heranwachsenden mit dem späteren Opfer, einem 35-jährigen Hoyaer, die auf tragische Weise eskalierte.

Schlägen gegen das Opfer folgten schnell mehrere Messerstiche. Als der bereits schwer verletzte Mann wegzulaufen versuchte, wurde er von der Gruppe verfolgt und zu Boden gestoßen. Es folgten unzählige weitere Schläge und Tritte, auch gegen den Kopf des Opfers. Einer der Haupttäter setzte zudem erneut das Messer ein und stach mehr als zehn Mal zu. Schließlich flüchtet die Gruppe und lässt das Opfer mit schwersten Verletzungen zurück. Dem 35-Jährigen gelingt es, ein letztes Mal aufzustehen, um bei einem nahegelegenen Wohnhaus zu klingeln, vor dessen Tür er anschließend zusammenbricht. Rettungsdiensten und Ärzten gelingt es durch zahlreiche Operationen, die sich über mehrere Stunden hinziehen, sein Leben zu retten. Diesen Umstand bezeichnete das Landgericht Verden später als „Wunder“.

Die von der PI Nienburg/Schaumburg gegründete Mordkommission „Clique“ nahm sofort die Arbeit auf und konnte innerhalb weniger Tage alle sieben Tatverdächtigen festnehmen. Es folgten unzählige Vernehmungen, Durchsuchungen und eine intensive Spurensuche. Zudem wurde unter anderem ein Gutachter beauftragt, der die Szene für ein Lichtgutachten unter realistischen Bedingungen nachstellte.

Im Januar 2020 verurteilte das Landgericht Verden vier der Angeklagten wegen versuchten Totschlags zu mehrjährigen Haftstrafen. Das Verfahren gegen den Haupttäter und Messerstecher ist noch nicht abgeschlossen.



Falschgeldlieferung aus Italien

Am 11. Oktober 2019 erhält das hiesige Fachkommissariat für Cybercrime-Delikte einen Hinweis, wonach aktuell eine Falschgeldlieferung an eine Adresse im Landkreis Nienburg erfolgen soll. Das Falschgeld sei zuvor im Darknet erworben worden und solle noch heute durch eine bekannte Person zugestellt werden.

Durch sofortiges Einschreiten der Polizei konnte die Sendung kurz vor Erreichen des Zielorts in Rodewald beschlagnahmt werden. Im Paket befand sich ein kleines, weißes Kunststoffpiano, in dem mehrere hundert Euro Falschgeld versteckt waren.

Im Rahmen der weiteren Ermittlungen wurde der potenziellen Empfängerin in Zusammenarbeit mit dem Zusteller eine fingierte Nachricht übersandt, in der um Abholung der Ware in einem Logistikzentrum in Langenhagen gebeten wurde. Als die Beschuldigte dieser Aufforderung nachkam, gelang es der Polizei, diese festzunehmen. Bei der Durchsuchung ihrer Wohnung wurden zudem Hinweise gefunden, die einen Verdacht gegen sie und ihren ebenfalls dort wohnhaften Freund erhärteten.

Bekämpfung der Cyberkriminalität in der Polizeidirektion Göttingen

Digitale Technologie ist inzwischen fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Sowohl privat als auch beruflich nimmt die Anzahl genutzter Geräte und Services ebenso zu, wie die Datenmengen, welche dabei erzeugt werden. Aufgrund dieser Entwicklung rückt die digitale Sphäre auch zunehmend in das Blickfeld Krimineller, welche diese Daten und eine Vielzahl digitaler Hilfsmittel für ihre Zwecke nutzen.

Tatmittel Internet

Das Internet als „Tatort“ bzw. „Tatmittel“ nimmt bei der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung einen immer größeren Raum ein. Die Anzahl der Straftaten, die im Zuständigkeitsbereich der gesamten Polizeidirektion Göttingen allein unter Nutzung des Internets begangen wurden, ist im Jahr 2019 um 7,4 Prozent (310 Fälle) auf 4.481 Delikte gestiegen. Internetdelikte sind Bestandteil von Cybercrime, auf die wegen des statistischen Erläuterungsbedarfs hier nicht näher eingegangen wird.

Da digitale Technologie auch bei einer Vielzahl von Straftaten eingesetzt werden kann, deren Tatbestand nicht unmittelbar mit der digitalen Sphäre verbunden ist, gibt es nur noch wenige Deliktsfelder, die nicht von dieser Entwicklung betroffen sind.

Unternehmen erleiden Schäden in Milliardenhöhe

Die Nutzung von Schnittstellen zwischen Mensch und Maschine sowie die Verarbeitung großer Datenmengen erlangen auch im Bereich der Wirtschaft immer größere Bedeutung – sei es im Rahmen von Produktionsprozessen oder als eigene Ressource. Gerade diese hohe wirtschaftliche Bedeutung ist jedoch auch der Grund dafür, dass Wirtschaftsunternehmen immer wieder von Straftaten betroffen sind.

Nach eigenen Schätzungen dürfte sich der Schaden, den die deutsche Wirtschaft im Zeitraum 2018/2019 durch Cyberkriminalität erlitten hat, auf rund 100 Milliarden Euro belaufen. Dabei ist das Dunkelfeld enorm, denn nicht selten bleibt betroffenen Unternehmen diese Schädigung unbekannt. Doch auch wenn die Straftat von den Geschädigten bemerkt wird, schalten diese häufig nicht die Polizei ein. Dies kann unterschiedliche Gründe haben, wie die Sorge vor einem Imageschaden oder ein mangelndes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden.

Als Ansprechpartner für Fragen der Cybersicherheit steht der niedersächsischen Wirtschaft insbesondere die „Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) des Landeskriminalamtes Niedersachsen“ zur Verfügung.

Darüber hinaus ist es auch der Polizeidirektion Göttingen ein wichtiges Anliegen, Unternehmen vor Ort durch Transparenz, Information und Beratung als verlässlicher Partner zur Seite zu stehen. Sowohl in Fragen der Prävention als auch nach einem Angriff durch Cyberkriminelle, z. B. durch Datenverschlüsselung und Erpressung mit „Lösegeldforderung“, bietet sie professionelle Unterstützung an.



Dabei kann die Polizei jedoch nur durch Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung tätig werden, wenn sie von solchen oder anderen Cyberdelikten erfährt. Auf diesem Wege erlangte Informationen werden selbstverständlich absolut vertraulich behandelt. Dabei wird der laufende IT-Betrieb durch polizeiliche Ermittlungen in aller Regel nicht beeinträchtigt.

Übrigens: Im Unterschied zur Ausspähung von Konkurrenz durch Wettbewerber ist für die Abwehr staatlich gelenkter Wirtschaftsspionage, die ebenfalls über Informations- und Kommunikationsmittel erfolgen kann, der Verfassungsschutz des Landes Niedersachsen zuständig.

Nützliche Links zum IT-Grundschutz und zur Cyber-Sicherheit im Unternehmen:

www.zac-niedersachsen.de
www.bka.de
www.bsi.bund.de
www.sicher-im-netz.de
www.bitkom.org
www.nomoreransom.org
www.dsin-sicherheitscheck.de
www.asw-bundesverband.de

Erfolgreiches internationales Vorgehen gegen „xplosives.net“

Wie wichtig Ermittlungen im digitalen Raum für den künftigen Erfolg der polizeilichen Arbeit sind, zeigten am 20. August 2019 groß angelegte Maßnahmen der Zentralstelle Internet- und Computerkriminalität (Cybercrime) der Staatsanwaltschaft Göttingen und der Zentralen Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen gegen Betreiber und Nutzer der Website „xplosives.net“.

Hinter der Domain verbarg sich ein Online-Forum, das umfangreiche und detaillierte Informationen zur Herstellung von Sprengstoffen und synthetischen Betäubungsmitteln enthielt. Zudem wurde das Board, das im freien Internet für jedermann abrufbar war, für den Handel mit Betäubungsmitteln und chemischen Grundstoffen genutzt. Darüber hinaus lagen Hinweise auf wiederkehrende „Spreng Conventions“ vor, bei denen es zu Sprengungen im öffentlichen Raum kam, die in zahlreichen Videos im Internet dokumentiert waren.

Zum Zeitpunkt der umfangreichen Maßnahmen, die in neun Bundesländern sowie in Litauen und Kroatien durchgeführt wurden, waren auf der Seite etwa 3.000 Mitglieder registriert. Die Durchsuchungen richteten sich gegen 22 Tatverdächtige im Alter von 17 bis 55 Jahren, denen Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Waffengesetz, das Sprengstoffgesetz und das Betäubungsmittelgesetz zur Last gelegt wurden. Insgesamt wurden 34 Tatobjekte von mehr als 1000 Einsatzkräften durchsucht.

Abschließend kann der Großeinsatz dabei als voller Erfolg gewertet werden. Zum einen ist es gelungen, eine große Menge an Sprengstoffen, Betäubungsmitteln sowie chemischen Grundstoffen sicherzustellen. Darüber hinaus konnten sowohl die Domain als auch der Server der Website im Ausland beschlagnahmt werden, wodurch das Forum dauerhaft vom Netz genommen wurde.

Wegweisend für künftige Verfahren

Grundlage des erfolgreichen Einsatzes war ein umfangreiches Ermittlungsverfahren, das seit September 2018 gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen geführt wurde. Durch die Bündelung von Fachwissen und das große Engagement aller Beteiligten ist es gelungen, die Betreiber und Nutzer von „xplosives.net“ aus der vermeintlichen Anonymität des Internets herauszuholen.

Dieser Einsatz war in mehrfacher Hinsicht wegweisend. Auf der einen Seite zeigt das Verfahren, dass das Internet keinen rechtsfreien Raum darstellt. Um dies zu gewährleisten, ist die Polizeidirektion Göttingen seit jeher im digitalen Raum aktiv und wird diese Tätigkeiten künftig konsequent fortsetzen und erweitern. Zudem zeigt der Einsatz, wie wichtig gerade bei Ermittlungen im Bereich Cybercrime die internationale Zusammenarbeit ist, um eine erfolgreiche Strafverfolgung zu ermöglichen.





Pressekonferenz der Polizeidirektion Göttingen zum erfolgreichen internationalen Vorgehen gegen „xplosives.net“



Die zunehmende digitale Vernetzung und die vermeintliche Anonymität des Internets führen zu einer Zunahme und einem stetigen Wandel der Deliktsfelder im Bereich Cybercrime.

Die Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg stellt sich dieser Herausforderung durch den Einsatz speziell ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Jahr 2019 wurden diese durch zwei Phänomene in besonderem Maße gefordert.

Koordinierte DDos-Angriffe

Bei dieser Art von Angriffen zeichnet sich die Begehungsweise dadurch aus, dass eine Vielzahl kompromittierter Computer zeitgleich eine Anfrage auf eine zuvor festgelegte Adresse starten. Diese massenhaften Anfragen auf eine Internetpräsenz, zum Beispiel die Homepage eines Onlineshops, führen zu einer Überlastung des Datennetzes und dem Zusammenbruch der Seite. Die Folgen solcher DDos-Angriffe sind oftmals erhebliche finanzielle Einbußen für die betroffenen Unternehmen oder Website-Betreiber. In technischer Hinsicht ist es jedoch nicht möglich, diese Anfragen wirksam zu blockieren.

Zwei Beispiele aus dem Landkreis Nienburg führen die Bedeutung dieses Phänomens in besonderer Weise vor Augen: Zum einen war die Homepage eines Medienhauses im Sommer durch einen gezielten DDos-Angriff für mehrere Tage nur eingeschränkt verfügbar. Eine vergleichbare Attacke führte bei einem regionalen Internetanbieter dazu, dass Kunden in einigen Bereichen temporär keinen Onlinezugang zur Verfügung hatten.

Einsatz von Verschlüsselungstrojanern

Bei einem Angriff dieser Art wird durch Einschleusung von Schadsoftware in die EDV eines Unternehmens oder einer Institution die Verschlüsselung des gesamten EDV-Systems erreicht. Die Systeme sind in der Folge unbrauchbar und die betroffenen Unternehmen und Institutionen nicht mehr handlungsfähig. Zur Entschlüsselung wird oftmals ein Code benötigt, welcher vom Täterkreis gegen Geldzahlung zur Verfügung gestellt wird.

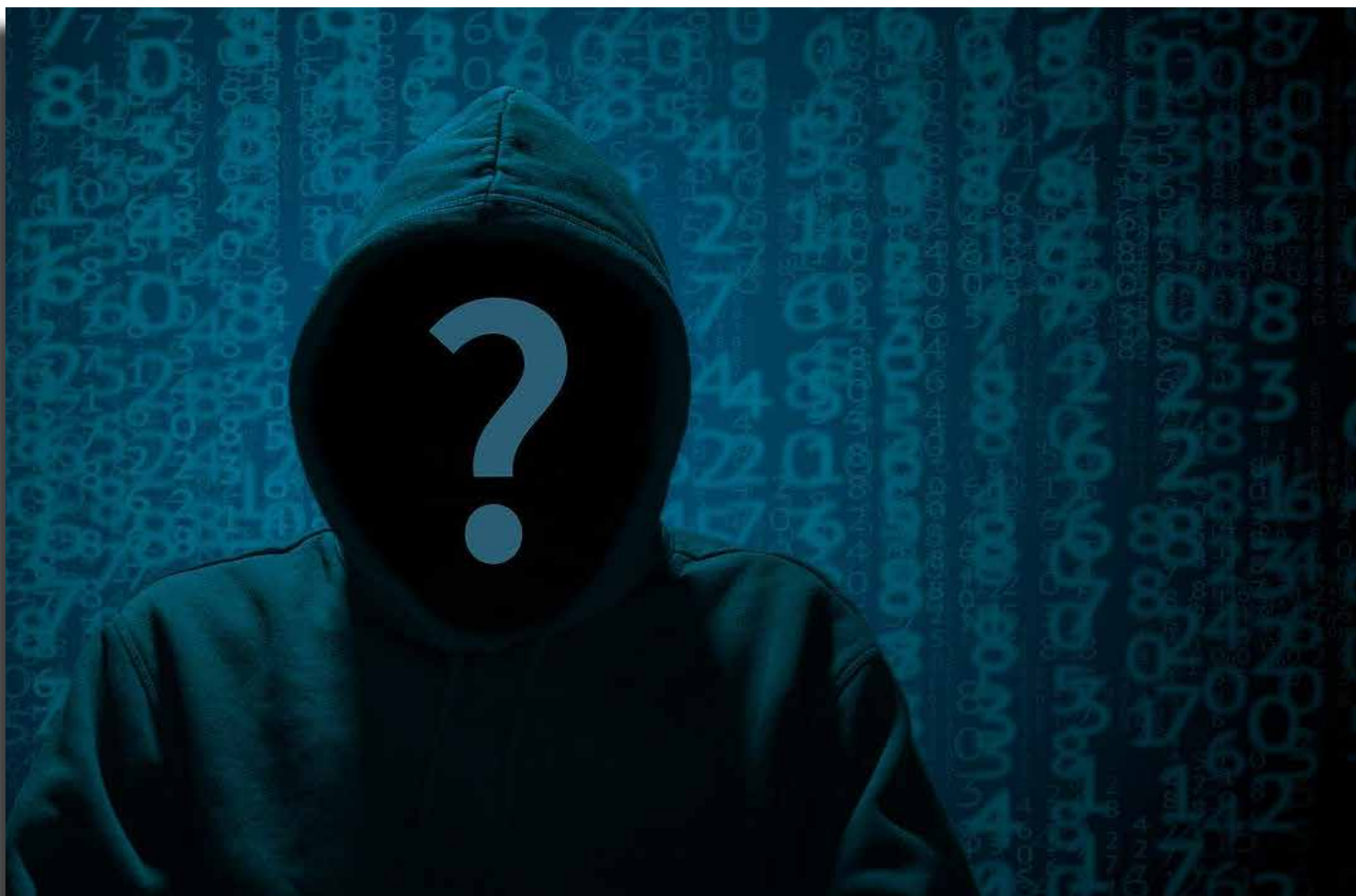
Die schadhafte Trojaner-Software gelangt zum einen durch die Ausnutzung technischer Sicherheitslücken in die EDV-Systeme. In anderen Fällen verbirgt sich die Schadsoftware in der Anlage von E-Mails, welche als Bewerbungsschreiben getarnt sind.

Polizeiliche Ermittlungen gestalten sich in diesen Deliktsfeldern schwierig, da die geschädigten Unternehmen ihre Prioritäten auf die Wiederherstellung der IT-Systeme legen. Zielgerichtete Ermittlungen scheitern regelmäßig daran, dass die Angriffe verschleiert werden und eine Rückverfolgung nicht möglich ist.

Betrügerische Anrufe - was tun?

- Microsoft und andere Supportanbieter arbeiten nicht mit Anrufen dieser Art. Beenden Sie daher das Gespräch. Sollten sich die Anrufe wiederholen, können Sie die Anrufer ggf. im Telefon oder Router auf eine Sperrliste setzen.
- Notieren Sie die Rufnummer, die auf Ihrem Display zu sehen ist. In einigen Fällen kann dies ein wichtiger Hinweis sein.
- Beenden Sie die Internetverbindung (LAN-Kabel ziehen/WLAN beenden).
- Sollten die Täter mittels Fernzugriff bereits in Ihrem System sein, notieren Sie die Teilnehmernummer des Remote-Computers, mit dem der Zugriff erfolgt.
- Die Polizeiinspektion Göttingen hat das Programm „Gofer“ entwickelt, die eine automatische Auswertung digitaler Spuren auf Computern ermöglicht, auf die ein Fernzugriff erfolgt ist. Das Programm kann unter www.zik-nds.de/microsoftsupporttool/ heruntergeladen werden.
- Prüfen Sie ausführlich Ihren Computer mit einer aktuellen Antivirensoftware. Zusätzliche Prüftools bekommen Sie auch auf www.bottfrei.de.
- Erstellen Sie im Schadensfall Anzeige bei der Polizei. Wurden Bankdaten (oder ähnliche Angaben) genannt, informieren Sie umgehend die entsprechende Bank. Achten Sie auf unberechtigte Abbuchungen und sperren Sie ggf. sofort Ihre Kreditkarte.





Präventionshinweise

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg gibt folgende Hinweise:

- Sorgen Sie durch regelmäßige Updates Ihres Systems und eine wirkungsvolle Firewall für optimale technische Voraussetzungen.
- Installieren Sie eine Antivirensoftware und halten Sie diese durch regelmäßige Updates aktuell.
- Lassen Sie Ihr Smartphone, Tablet oder Laptop nicht unbeaufsichtigt. Verwenden Sie sichere Passwörter sowie sinnvolle Sperrcodes und PIN-Nummern.
- Öffnen Sie nie unüberlegt Links oder Datei-Anhänge einer E-Mail. Hier kann Schadsoftware drohen. Laden Sie im Internet keine Dateien aus unsicheren Quellen herunter.
- Nutzen Sie öffentliche WLAN-Netze oder Hotspots nur über ein VPN (Virtuelles privates Netzwerk).
- Prüfen Sie Online-Shops anhand des Impressums und vergleichen Sie Internetauftritte. Achten Sie zudem auf Prüf- oder Gütesiegel.
- Geben Sie nicht unüberlegt persönliche Daten weiter. Seien Sie vorsichtig, wenn für kostenlose Leistungen persönliche Daten benötigt werden und Sie volljährig sein müssen, um diese in Anspruch zu nehmen.
- Nutzen Sie bei Käufen nur sichere Zahlungswege. So können Sie das gezahlte Geld gegebenenfalls zurückfordern.

Bei allen Fragen rund um die digitale Sicherheit steht Ihnen PHK Henri Slaar unter der Telefonnummer 05021 / 9778-108 zur Verfügung.

Weitere Hinweise finden Sie auch im Ratgeber Internetkriminalität unter www.polizei-praevention.de.



Hasskriminalität

Der Begriff der Hasskriminalität bezeichnet Straftaten, die sich aufgrund der sozialen Gruppenzugehörigkeit gezielt gegen bestimmte Personen oder Personengruppen richten. Dabei orientiert sie sich an identitätsstiftenden Merkmalen wie der Hautfarbe, der religiösen Überzeugung oder der sexuellen Orientierung. Kennzeichnend für Hasskriminalität sind vorurteilsmotivierte Taten, die zwei zentrale Merkmale aufweisen: Erstens haben sie das konkrete Ziel, Personen mit einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit im obigen Sinne individuellen Schaden zuzufügen. Zweitens haben sie einen Botschafts- und Aufforderungscharakter. Die Opfer werden als Repräsentantinnen und Repräsentanten einer auf Täterseite abgewerteten Bevölkerungsgruppe angesehen. Dies kann für gleichgesinnte Täterinnen und Täter als Legitimation für weitere Taten dienen.

Ein erschreckender Beispielfall war der Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle/Saale. Aus offenkundig rechtsextremistischen und antisemitischen Motiven versuchte ein schwerbewaffneter Täter in eine Synagoge einzudringen, um die Betenden zu töten. Als dies misslang, tötete er zwei unbeteiligte Personen.

Auch im virtuellen Raum wird im Bereich der Hasskriminalität bereits seit Längerem eine besorgniserregende Entwicklung registriert. Die Delikte reichen dabei von Nötigungen und Bedrohungen über Volksverhetzung und extremistische Inhalte bis hin zum Aufruf zu Gewalt- oder Straftaten. Viele strafrechtlich relevante Internetinhalte gelangen den Sicherheitsbehörden jedoch nicht oder erst sehr spät zur Kenntnis. Um dieses große Dunkelfeld aufzuhellen, ist es daher unerlässlich, dass entsprechende Inhalte der Polizei gemeldet werden und insbesondere Betroffene Anzeige erstatten.

Um dem Phänomen zu begegnen, geht die Polizei bundesweit mit Aktionstagen gegen Hasspostings vor. Beispielsweise wurden am 6. November 2019 in mehreren Ländern umfangreiche Maßnahmen durchgeführt, an denen sich auch die Polizei Niedersachsen beteiligte.

Zudem hat das Bundeskabinett am 30. Oktober 2019 ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen. Umfasst sind unter anderem folgende Punkte:

- Einrichtung einer neuen Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität beim BKA,
- Meldepflicht für Provider und Auskunftsbefugnis der Sicherheitsbehörden gegenüber den Anbietern von Telemediendiensten,
- Ergänzung bzw. Erweiterung der Regelungen des Strafgesetzbuchs im Bereich der Hasskriminalität und
- Ausbau und vertiefte Förderung von Präventionsprogrammen in den Bereichen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.



Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern/-innen

Gerade Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sehen sich in jüngster Vergangenheit verstärkt Beleidigungen, Bedrohungen, Nötigungen oder gar tätlichen Angriffen ausgesetzt. In den vergangenen Jahren lag die Anzahl der registrierten Straftaten dabei in der Polizeidirektion Göttingen jeweils im unteren zweistelligen Bereich, wobei im Jahr 2019 insgesamt 29 Fälle registriert wurden (2018: 17 Fälle).

Besondere Aufmerksamkeit haben dabei im vergangenen Jahr insbesondere verschiedene Listen aus dem rechtsextremistischen Bereich erregt, die Informationen zu Einzelpersonen, Institutionen oder Organisationen enthielten. Diese Sammlungen enthalten mitunter mehrere Tausend Datensätze, die sowohl aus Datenhacks und –leaks als auch aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen. In Niedersachsen werden alle Personen, von deren Nennung auf einer solchen Liste die Polizei Kenntnis hat, darüber informiert. In der Polizeidirektion Göttingen betraf dies im Jahr 2019 einen zweistelligen Personenkreis. Gleichwohl ist damit nicht automatisch auch eine konkrete Gefährdung dieser Personen verbunden. In vielen Fällen dient ein solches „Outing“ in erster Linie dazu, politische Gegner zu diskreditieren und zu verunsichern.

Allerdings ist auch in diesem Deliktsbereich von einem deutlich größeren Dunkelfeld auszugehen, da viele Taten nicht zur Anzeige gebracht werden. Der deutliche Anstieg von 70 Prozent bekannt gewordener Straftaten legt jedoch nahe, dass viele Betroffene nicht mehr bereit sind, derartige Straftaten als „Teil ihres Jobs“ zu akzeptieren und sich an die Polizei wenden – eine Entwicklung, welche die Polizeidirektion Göttingen ausdrücklich begrüßt.

Neben der Anzeigebereitschaft ist die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Betroffenen der zweite wichtige Baustein einer effektiven Strafverfolgung und Präventionsarbeit. Um diesen Austausch zu vertiefen wurden im vierten Quartal des Jahres 2019 auf Direktions- sowie Inspektionsebene groß angelegte Informationsveranstaltungen zu diesem Thema veranstaltet. Darüber hinaus stehen die Ansprechpartnerinnen und -partner der Polizeidirektion Göttingen Betroffenen natürlich auch im Jahr 2020 jederzeit für alle Fragen der persönlichen Sicherheit zur Verfügung.



Ihr Kontakt zur Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg:

Beleidigungen, Bedrohungen oder tätliche Angriff auf Amts- und Mandatsträgerinnen und –träger sowie in der Öffentlichkeit stehende Personen bilden keine Ausnahme mehr.

Kriminaloberkommissarin Jana Weiner aus dem Fachkommissariat 4 der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg steht Betroffenen als zuverlässige und kompetente Ansprechpartnerin für alle Fragen der persönlichen Sicherheit zur Verfügung.

KOK'in Jana Weiner

Tel.: 05021 / 9778-345

praevention-pmk@pi-nbg.polizei.niedersachsen.de

- **In dringenden Fällen oder Notsituationen wählen Sie den Notruf 110!**
- **Bringen Sie jedes strafrechtlich relevante Verhalten zur Anzeige!**
- **Nehmen Sie auch im Zweifelsfall Kontakt zu Ihrer Polizei auf!**



Dokumentenprüfer in der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg

Im Frühjahr 2019 konnten sich Polizeihauptkommissar Holger Karsten und Kriminaloberkommissar Gabor Balint im Rahmen einer Zusatzausbildung beim LKA Niedersachsen erfolgreich zum Dokumentenprüfer qualifizieren. Seither nehmen die Beamten diese wichtige Aufgabe im Nebenamt wahr.

Ihre Tätigkeit umfasst unter anderem:

- die Echtheitsprüfung von Dokumenten (Pässe, Personalausweise, Führerscheine, etc.), die im Rahmen polizeilicher Maßnahmen sichergestellt oder von anderen Behörden zur Prüfung übersandt wurden,
- die Gestaltung und Durchführung von Fortbildungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei, aber auch externer Behörden wie z.B. Meldeämtern und Zulassungsstellen, und
- die Unterstützung bei polizeilichen Maßnahmen wie Kontrollen und Durchsuchungen.

Die Feststellungen der Dokumentenprüfer/-innen werden in einem gerichtsverwertbaren Urkundenprüfbericht festgehalten. Hierfür steht eine moderne technische Ausrüstung, wie Stereomikroskop, Lupen, UV-Lampen sowie eine umfangreiche Datenbank zur Verfügung.

Aufgrund interner wie externer Schulungen und der damit verbundenen Sensibilisierung werden die Dokumentenprüfer in den letzten Jahren zunehmend in Anspruch genommen.

Als Ansprechpartner zum Thema steht/stehen Ihnen zur Verfügung:

PHK Holger Karsten
Tel.: 05761 / 9206-115

KOK Gabor Balint
Tel.: 05021 / 9778-437

Das frühzeitige Erkennen von Fälschungen ist von großer Bedeutung für die gemeinsame Aufgabe der Gefahrenabwehr durch Polizei und Verwaltungsbehörden. Denn je später ein gefälschtes Dokument bemerkt wird, desto schwieriger gestaltet sich die Täterermittlung, insbesondere da diese oft Scheinadressen nutzen. Das folgende typische Phänomen kann diesen Umstand verdeutlichen: Ein Täter meldet sich unter Vorlage gefälschter Dokumente bei einem Meldeamt an, um seinen illegalen Aufenthalt zu „legalisieren“ und in den Besitz einer Meldebescheinigung zu kommen. Damit wiederum ist es ihm möglich, Bankkonten zu eröffnen und – ggf. in Verbindung mit einer gefälschten Verdienstbescheinigung – Kredite zu beantragen, die später seitens der Bank zur Auszahlung kommen. Zeitnah wird vom Täter über das Geld verfügt bzw. auf Auslandskonten transferiert. Um dies zu verhindern ist es unerlässlich, vom Täter genutzte Fälschungen frühzeitig zu erkennen.



Gewalt gegenüber Polizei- und Rettungskräften

Bereits seit mehreren Jahren verzeichnen Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei, dass sich Einsatzkräfte zunehmend Übergriffen ausgesetzt sehen. Dabei reichen diese vom respektlosen Umgang bis hin zu verbalen oder körperlichen Attacken. Zu besonderer Sorge veranlasst dabei, dass Hilfskräfte dadurch zunehmend in ihrer Tätigkeit behindert oder deren Ausübung gar vollständig unterbunden wird.



So können Sie die Einsatzkräfte unterstützen:

Wenn Sie Zeuge eines Rettungseinsatzes werden, geben Sie den Einsatzkräften die Möglichkeit zum Ereignisort zu gelangen. Leisten Sie etwaigen Anweisungen Folge und unterstützen Sie soweit erforderlich.

Im Zusammenhang mit Hilfeinsätzen sind Beeinträchtigungen der Allgemeinheit oftmals nicht zu vermeiden. Daher bitten wir Sie, Verständnis für die Einsatzkräfte zu zeigen, die häufig auch eigene Risiken eingehen, um zu helfen.



Straftaten zum Nachteil von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten

Die Zahl der Gewaltdelikte gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ist mit 461 angezeigten Straftaten im Vergleich zum Jahr 2018 erneut deutlich angestiegen. Damit setzt sich die negative Entwicklung der vergangenen Jahre leider fort.

Zu den angezeigten Taten wurden insgesamt 404 Tatverdächtige ermittelt. Zu einem deutlich überwiegenden Teil waren diese männlich (83 Prozent oder 337 Personen). Bemerkenswert ist gleichwohl, dass der Anteil weiblicher Tatverdächtiger im Vergleich zum Jahr 2018 leicht um vier Prozentpunkte auf 17 Prozent (67 Personen) angestiegen ist.

209 der Tatverdächtigen (51,7 Prozent) standen bei der Tatbegehung unter Alkoholeinfluss, bei 29 Personen (7,2 Prozent) wurde eine Beeinflussung durch Rauschgift oder Medikamente festgestellt.

Zudem sind Polizeibeamtinnen und -beamte immer häufiger mit Personen konfrontiert, die sich in einem psychischen Ausnahmezustand befinden. Als Beispiele können dafür Fälle der Amtshilfe bei Zwangseinweisungen oder Einsätze in sozialpsychiatrischen Einrichtungen genannt werden.

Straftaten zum Nachteil von Rettungskräften

Besonders verwerflich ist die Tatsache, dass auch im vergangenen Jahr in 43 Fällen Straftaten gegen Rettungskräfte begangen wurden. Im Jahr 2018 waren es 35 Fälle.

Diese Tendenz korrespondiert mit der Entwicklung im Bereich der Straftaten gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. Dies zeigt, dass die Hemmschwelle zur Gewaltausübung offenbar auch gegenüber Personen zurückgeht, die ihren Beruf ausschließlich ausüben, um in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen.





Verkehrssicherheitsarbeit

Sicher unterwegs.

Sicherheit im Straßenverkehr ist ein Grundbedürfnis und wichtiges Merkmal individueller Lebensqualität. Daher hat die Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen einen hohen Stellenwert.

Entsprechend der landesweiten Entwicklung ist auch in der Polizeidirektion Göttingen ein leichter Anstieg der Gesamtunfallzahlen zu verzeichnen. Mehr Verkehrsunfälle bedeuten auch ein höheres Risiko, verletzt oder getötet zu werden. Folglich ist die vom präventiven Leitgedanken geprägte Verkehrssicherheitsarbeit ein bestehender Schwerpunkt der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Die Polizeidirektion Göttingen wird daher auch zukünftig ihren konsequenten Beitrag als Partner des Netzwerkes für Verkehrssicherheit leisten, um eine sichere Verkehrsteilnahme aller zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen steht es, das Verantwortungsbewusstsein und die gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr zu fördern. Dabei verfolgt die Polizeidirektion Göttingen ein integratives Konzept, das neben regelmäßigen Kontrollmaßnahmen einen besonderen Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit legt. Die wichtigsten Zielgruppen sind dabei Fahranfängerinnen und -anfänger, Fahrrad- und Motorradfahrer/-innen (inklusive Elektrokleinstfahrzeuge, wie z.B. E-Scooter), Seniorinnen und Senioren, Kindern sowie Fußgängerinnen und Fußgänger, da diese Gruppen in besonderem Maße gefährdet sind. Dabei arbeitet die Polizeidirektion Göttingen in Netzwerkpartnerschaften eng mit einer Vielzahl weiterer Träger der Verkehrssicherheitsarbeit zusammen.

Im Bereich des gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehrs erfolgt eine spezialisierte Überwachung durch die besonders ausgebildeten Beamtinnen und Beamten der Regionalen Kontrollgruppe (RKG).

Zur Erfüllung der verkehrspolizeilichen Aufgaben wurde unter Beteiligung aller Polizeibehörden im Landespolizeipräsidium zudem eine gemeinsame Fachstrategie Verkehr entwickelt. Diese wird die „Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020“ des Landes ablösen. Neben dem „Megatrend“ Radverkehr, der im Jahr 2020 ein strategisches Leitthema darstellt, wird auch die Nutzung der Elektrokleinstfahrzeuge hierbei eine besondere Beachtung finden.

Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der Polizeidirektion Göttingen stehen die Hauptunfallursachen

- überhöhte Geschwindigkeit,
- Alkohol- und Drogenbeeinflussung und
- Ablenkung durch mobile Endgeräte.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Überprüfung der Gurtpflicht bzw. der Nutzung von Rückhaltesystemen. Durch das Nichtanlegen Ihres Sicherheitsgurtes können bei einem Verkehrsunfall schwerwiegende oder tödliche Verletzungen eintreten. Hier bleibt deutlich darzustellen: Ein Sicherheitsgurt kann Leben retten.

Verkehrsunfallstatistik

34.462	Verkehrsunfälle gesamt
855	schwerwiegende Verkehrsunfälle
64	getötete Personen
937	schwerverletzte Personen
1.112	unfallbeteiligte Kinder und Jugendliche
1.057	unfallbeteiligte Motorradfahrer
422	Unfallursache Alkohol
93	Unfallursache BTM/Medikamente

Unsere Maßnahmen / Feststellungen

45.988	Geschwindigkeitsmessungen
10.787	Gurtverstöße
7.441	Handyverstöße
1.634	Fahren ohne Fahrerlaubnis
1.215	Blutentnahmen (Alkohol)
1.118	Blutentnahmen (Drogen)

Prävention

Als Initiator der Verkehrsunfallprävention behält die Polizei insbesondere aktuelle Entwicklungen in den Bereichen des Automobils, motorisierter Fahrräder und anderer Fortbewegungsmittel im Blick. Aufgrund örtlicher Verkehrsunfallanalysen werden dabei gezielt Schwerpunkte gesetzt.

Im Rahmen der Präventionsarbeit kommt der Kooperation mit unterschiedlichen Netzwerkpartnern eine besondere Bedeutung zu. Neben alt bewährten Konzepten konzentriert sie sich insbesondere auch auf das Thema „Ablenkung im Straßenverkehr“. Dies wird auch durch die Zahl der festgestellten Verstöße zur „Ablenkung durch elektronische Geräte“ belegt. Bei den festgestellten und geahndeten Geschwindigkeitsverstößen ist erkennbar, dass vermehrt auf eine „qualifizierte“ Ahndung durch direktes Anhalten des Betroffenen geachtet wird.

Verkehrsunfallentwicklung

Innerhalb der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg ereigneten sich im Jahr 2019 inner- und außerhalb geschlossener Ortschaften insgesamt 7177 statistisch erfasste Verkehrsunfälle. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich somit ein leichter Anstieg von 5,5 Prozent. Diese Zunahme ist in beiden Landkreisen zu erkennen.

Eine differenzierte Betrachtung der beiden Landkreise zeigt, dass im Landkreis Schaumburg mit 3891 Unfällen rund 54 Prozent des gesamten Verkehrsunfallaufkommens zu verzeichnen ist.

Wildunfälle und Verkehrsunfallfluchten bildeten auch im Jahr 2019 einen Schwerpunkt im Verkehrslagebild und stehen somit weiterhin unter besonderer Betrachtung der Polizei.

Wildunfälle und Verkehrsunfallfluchten

Bei den angezeigten Wildunfällen ist für das Jahr 2019 mit 1719 Fallzahlen eine deutliche Zunahme des Unfallaufkommens zu erkennen.

Innerhalb des Landkreises Nienburg ereigneten sich dabei 1156 Wildunfälle. Dieser Wert bildet mit einem Anteil von rund 35 Prozent am gesamten Verkehrsunfallaufkommen innerhalb des Landkreises einen absoluten Schwerpunkt. Mit 563 verzeichneten Wildunfällen im Landkreis Schaumburg kann hier von einem vergleichsweise geringen Aufkommen gesprochen werden.

Das unerlaubte Entfernen vom Unfallort im Sinne des § 142 StGB ist mit insgesamt 1010 Fällen im Landkreis Schaumburg weiterhin auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Im Hinblick auf die prozentuale Verteilung zeigt sich, dass rund 64 Prozent der bekanntgewordenen Fälle in diesem Landkreis verzeichnet sind. Im Landkreis Nienburg wurden 570 Verkehrsunfallfluchten registriert.

Hinweise zur Vermeidung von Wildunfällen:

- Beachten Sie die Hinweisschilder am Straßenrand
- Seien Sie besonders achtsam bei Dämmerung und Dunkelheit
- Passen Sie ihre Geschwindigkeit vor allem in Waldgebieten und Übergangsbereichen zwischen Waldrändern und Feldern an
- Bremsen Sie kontrolliert ab, nutzen Sie die Hupe und schalten Sie das Abblendlicht ein, sobald Wild auf die Fahrbahn tritt
- Unternehmen Sie im Falle einer möglichen Konfrontation keine Ausweichmanöver



Verkehrsunfälle mit Personenschäden

Infolge der 7177 im Inspektionsbereich verzeichneten Verkehrsunfälle wurden 15 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer tödlich und weitere 174 schwer verletzt. Die Anzahl der Verkehrstoten bleibt somit auf dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich in beiden Landkreisen ein leichter Anstieg der schweren Personenschäden um rund 5 Prozent.

Die Zunahme der leichtverletzten Unfallbeteiligten setzt sich im Jahr 2019 fort. In beiden Landkreisen ist ein erneuter Anstieg der Fallzahlen von rund 7 Prozent bzw. 14 Prozent festzustellen.

Unangepasste Geschwindigkeit als Unfallursache

Erhöhte Geschwindigkeit im Straßenverkehr stellt im Rahmen einer Gesamtbetrachtung weiterhin eine der Hauptunfallursachen dar. Für die Unfallbeteiligten sind diese Unfälle nicht selten mit erheblichen Folgen wie größere Schadenssummen oder Verletzungen verbunden. Eine differenzierte Betrachtung zeigt, dass der Anteil der Unfälle mit Verletzten bei unangepasster Geschwindigkeit im Vergleich zu anderen Unfallursachen deutlich erhöht ist.

Ablenkung im Straßenverkehr

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 1438 Ablenkungen durch Benutzung mobiler Endgeräte im öffentlichen Verkehrsraum festgestellt und geahndet. Der Anstieg aus den Vorjahren setzt sich somit weiterhin fort. In Prozent ergibt sich eine Zunahme von rund 12 Prozent.

Unachtsamkeit im Straßenverkehr kann zu gefährlichen Verkehrssituationen führen, die im schlimmsten Fall in Verkehrsunfällen enden. Das Bedienen von Navigationsgeräten und die Nutzung von Smartphones während der Autofahrt sorgen hierbei für die größte Ablenkung.

Die folgenden Zahlen veranschaulichen wie riskant ein Blick auf das Smartphone während der Fahrt ist:

Wer in seinem PKW bei 50 km/h zwei Sekunden auf sein Smartphone schaut, legt fast 28 Meter im Blindflug zurück und setzt sich sowie andere Personen einer erheblichen Gefahr aus.

Unfallursache Alkohol und Drogen

2019 wurde bei 101 Verkehrsunfällen eine alkoholbedingte Beeinflussung der Unfallbeteiligten festgestellt. Zum Vorjahr ergibt sich eine Reduzierung um 9 Prozent.

Ein deutlicher Rückgang ist hierbei im Landkreis Schaumburg zu erkennen, wo sich die festgestellten Fallzahlen um rund 25 Prozent reduziert haben.

Eine leichte Zunahme für das Jahr 2019 zeigt sich hingegen bei den 15 Verkehrsunfällen, die sich infolge von Betäubungsmittelkonsum ereigneten. Im Vorjahr lag dieser Wert bei 13 Unfällen.

FESTGESTELLTE VERKEHRSVERSTÖSSE

- 447 Blutentnahmen aufgrund von Alkohol- oder Drogenmissbrauchs am Steuer
- 5000 Geschwindigkeitsverstöße
- 1438 Ablenkung durch mobile Endgeräte
- 2032 Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes



Verkehrsunfallprävention

Durch gezielte Präventionsarbeit wird innerhalb der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg in Projekten auf die Gefahren des Straßenverkehrs und die Hauptunfallursachen hingewiesen. In Zusammenarbeit mit einer Krankenkasse wurde für das Jahr 2020 ein bestehendes Konzept überarbeitet. Mit dem Projekt „Crash Kurs“ sollen im Hinblick auf die Unfallursachen Geschwindigkeit, Ablenkung, Alkohol und Drogen altersgerechte Verhaltenshinweise vermittelt werden.

Die regionale Kontrollgruppe der Polizeidirektion Göttingen – mit digitalem Know-how zum Erfolg

Die Bundesautobahnen A 7 und A 38 stellen Hauptachsen für den nationalen und internationalen gewerblichen Güterverkehr dar. Da LKW dabei einen wachsenden Anteil am gesamten Verkehr haben, kommt es auch häufiger zu schweren Verkehrsunfällen, an denen diese beteiligt sind. Dies gilt in besonderem Maße, da ein hoher Wettbewerbsdruck in der Branche dazu verleitet, die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften mit dem Ziel der Kostensenkung zu vernachlässigen.

Im Jahr 2019 ereigneten sich auf den Autobahnen im Bereich der Polizeidirektion Göttingen 2.358 Verkehrsunfälle. Bei mehr als der Hälfte der Fälle (1.317) war ein LKW oder Bus beteiligt. Von diesen Unfällen wiederum können 263 auf Mängel im Bereich der Technik, der Ladungssicherung oder auf Fehler des Fahrzeugführers bzw. -führerin zurückgeführt werden.

In der Folge entstehen neben den unmittelbaren Folgen für Menschen und Sachen auch volkswirtschaftliche Schäden durch Staubbildung, wobei die BAB 7 im Bereich Südniedersachsen in besonderer Weise betroffen ist. Neben den teilweise erheblichen Personenschäden kam es so insbesondere durch Staubbildung auch immer wieder zu einem großen wirtschaftlichen Schaden.

Dieser Entwicklung tritt die Polizeidirektion Göttingen mit gezielten Kontrollen des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs (GGPV) entschieden entgegen. Dabei verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz und arbeiten im Rahmen von Sicherheitskooperationen eng mit weiteren Behörden und den Polizeien anderer Bundesländer zusammen. Zudem fand auch eine Beteiligung an europaweiten Kontrollaktionen statt. Ein weiterer Kontrollschwerpunkt ist zudem die Bekämpfung von Autobahnkriminalität, da Schnellverkehrswege auch zunehmend als Transport- und Rückzugswege bei der Begehung von Straftaten genutzt werden. Unter anderem können in diesem Zusammenhang Delikte im Bereich des Ladungsdiebstahls, des Drogenschmuggels oder der Abfallverschiebung genannt werden. Neben den regelmäßigen Kontrollen zählen insbesondere auch vielfältige Angebote im Bereich der Prävention sowie eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit zu unseren Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit.



Die regionale Kontrollgruppe der Polizeidirektion Göttingen – mit digitalem Know-how zum Erfolg

Durch eine erneute Ausweitung der Kontrollmaßnahmen des nationalen und internationalen Güterkraftverkehrs konnte die Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2019 den Kontrolldruck in diesem Bereich erhöhen. Dabei wurden unter anderem auch präventive und repressive Alkoholkontrollen durchgeführt. Die konstant hohen Beanstandungsquoten von 50 bis 70 Prozent im Bereich der LKW-Kontrollen verdeutlichen den Stellenwert der Maßnahmen. Deshalb wird dieser Weg konsequent fortgesetzt; so ist der Güterkraftverkehr z.B. ein Schwerpunkt in der Fachstrategie Verkehr.

Die fortschreitende Digitalisierung der Fahrzeugtechnik wie auch der vorgeschriebenen Begleitpapiere, stellt die Fachkompetenz und technische Ausstattung der Einsatzkräfte vor neue Herausforderungen. Die Polizeidirektion Göttingen begegnet diesem Umstand, indem sie fachliche Expertise und technisches Know-how im Rahmen einer Regionalen Kontrollgruppe (RKG) bündelt.

Neben groß angelegten Kontrollen auf Behördenebene unterstützt die RKG mit ihrem Fachwissen auch repressive wie präventive Maßnahmen der Polizeiinspektionen, wie z.B. regelmäßig durchgeführte Verkehrssicherheitswochen. Durch umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen und zukunftsorientierte Investitionen in Personal und Technik, stellt die Polizeidirektion Göttingen zudem sicher, auch künftig mit der Entwicklung in diesem Bereich Schritt zu halten.

Die Polizeidirektion Göttingen wird ihren erfolgreichen Weg im Bereich der Präventionsmaßnahmen und Kontrollen des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs auch weiterhin konsequent fortsetzen und so gemeinsam mit vielfältigen Sicherheitspartnern dafür sorgen, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer schnell und sicher an ihr Ziel gelangen.



Bekämpfung der Hauptunfallursachen

Trotz intensiver Kontrollmaßnahmen, stetiger Präventionsarbeit und einer engen Kooperation mit Netzwerkpartnern, wie z.B. den Landes- oder örtlichen Verkehrswachtern, liegen die Hauptursachen schwerer Verkehrsunfälle auch in der Polizeidirektion Göttingen in den Bereichen:

**Überhöhte
Geschwindigkeit**

**Beeinflussung durch
Alkohol oder Drogen**

**Ablenkung
durch mobile Endgeräte bzw.
technische Einrichtungen**

Neben diesen Hauptunfallursachen stehen bei Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen zudem die Beachtung von Lenkzeiten und Vorschriften zur Ladungssicherung im Schwerlastverkehr sowie die Einhaltung der Gurtpflicht im Mittelpunkt. Letztere betrifft insbesondere auch die jüngsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die noch nicht eigenständig über ihre Sicherheit entscheiden können. Hier können korrekt genutzte Rückhaltesysteme Leben retten bzw. schwere Unfallfolgen verhindern oder mildern. Zudem bedeuten sie bei Verkehrsunfällen mehr Sicherheit für die anderen Fahrzeuginsassen, die durch ungesicherte Mitfahrerinnen und -fahrer ebenfalls verletzt werden können.

Hauptunfallursachen

In der Verkehrsunfallstatistik lassen sich bei insgesamt 34.462 Verkehrsunfällen im Bereich der Polizeidirektion Göttingen hinsichtlich der Ursachen folgende Feststellungen treffen:

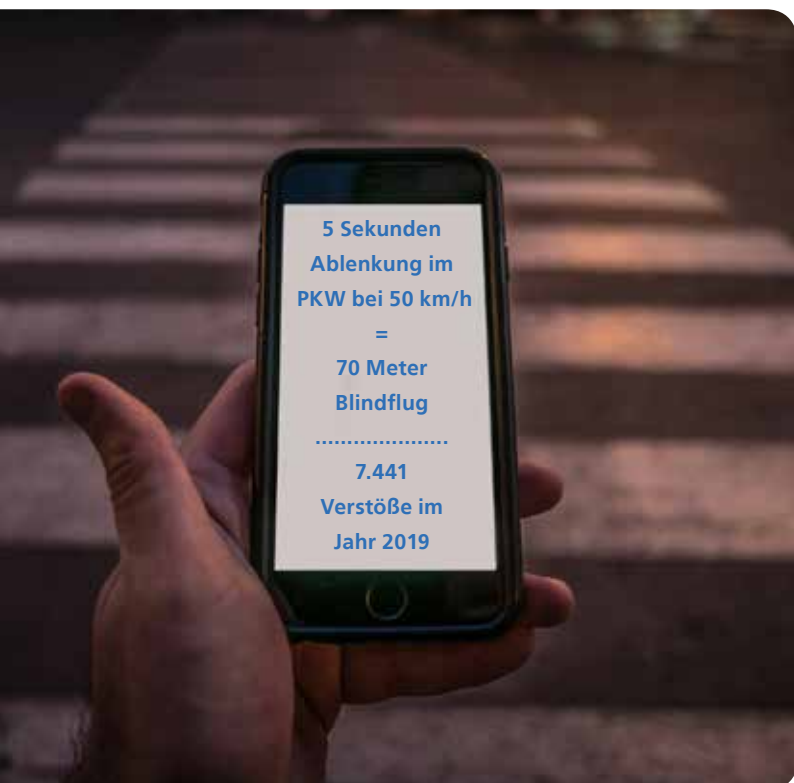
422 Verkehrsunfälle unter Alkoholeinfluss
93 Verkehrsunfälle unter dem Einfluss von
Betäubungsmitteln und Medikamenten
1.621 Verkehrsunfälle aufgrund nicht
angepasster Geschwindigkeit

Aufgrund der großen Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie nimmt zudem auch die Bedeutung der Ablenkung im Straßenverkehr stetig zu. Durch die Sensibilisierung der Polizeibeamtinnen und -beamten für das Thema im Rahmen der Unfallaufnahme sowie die technische Möglichkeit, nach einem Unfall Nutzungsdaten eines Smartphones auszuwerten, gelingt es zunehmend die Dunkelziffer in diesem Bereich zu verringern. Eine gesicherte Datenbasis zur statistischen Erfassung von Ablenkung als Unfallursache ist momentan gleichwohl noch nicht möglich.

Ablenkung und Verantwortung

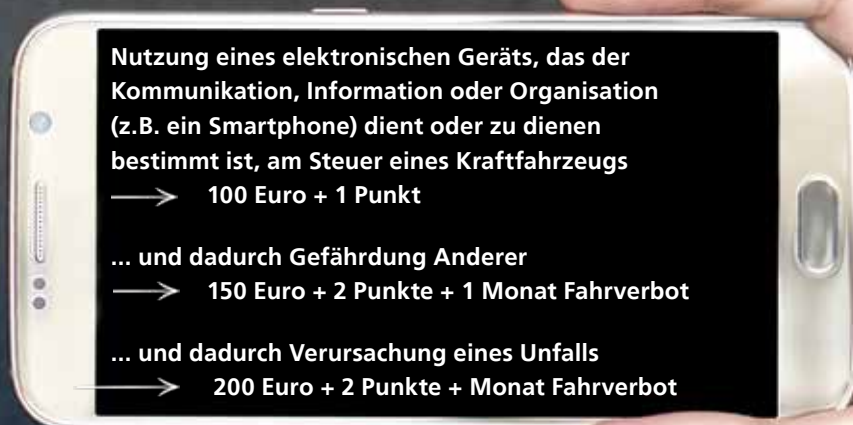
Die Teilnahme am Straßenverkehr, insbesondere mit einem Kraftfahrzeug, bedeutet eine erhöhte Verantwortung gegenüber anderen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Dass ständige Vorsicht und die gegenseitige Rücksichtnahme dabei als Grundvoraussetzungen anzusehen sind, ergibt sich bereits aus dem ersten Paragraphen der Straßenverkehrsordnung.

Dennoch wird diese Grundregel immer wieder von Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern vernachlässigt und dies häufig unbewusst. Insbesondere die ernststen Gefahren, die bereits ein kurzer Moment der Ablenkung hinter dem Steuer haben kann, werden unterschätzt. Denn jede Ablenkung erhöht die Reaktionszeit, die häufig über den Ausgang kritischer Situationen entscheidet.



Bekämpfung der Hauptunfallursachen

Natürlich handelt die Polizei aber auch genau dort konsequent und schöpft die rechtlichen Möglichkeiten aus, wo Präventionsarbeit ihre Wirkung verfehlt:



Nutzung eines elektronischen Geräts, das der Kommunikation, Information oder Organisation dient oder zu dienen bestimmt ist, auf dem Fahrrad —> 55 Euro
... und dadurch Gefährdung anderer —> 75 Euro
... und dadurch Verursachung eines Unfalls —> 100 Euro

In der öffentlichen Debatte wird das Thema „Ablenkung im Straßenverkehr“ oftmals auf den Gebrauch des Smartphones reduziert. Doch auch andere Verhaltensweisen wie das Gespräch mit dem Beifahrer oder der Beifahrerin, laute Musik, ein längerer Blick auf das Navigationsgerät, das Säubern einer Scheibe oder Essen und Trinken am Steuer haben ablenkende Wirkung. Dabei erhöhen sowohl visuelle als auch motorische Ablenkungsfaktoren das Unfallrisiko.

Auch wer auf dem Fahrrad oder zu Fuß am Straßenverkehr teilnimmt, setzt sich durch Unaufmerksamkeit einem erhöhten Risiko aus. Besonders gilt dies bei Verhaltensweisen, die neben der Ablenkung dazu beitragen können, dass Warnsignale überhört werden. Ein Beispiel dafür ist das Hören von Musik oder Hörbüchern per Kopfhörer.

Mehr als jeder Zweite lässt sich ablenken

Die Auswirkungen der Ablenkung auf die Sicherheit im Straßenverkehr bestätigt unter anderem ein aktueller Bericht des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR): Dieser beruft sich unter anderem auf eine Studie aus den USA, die bei 68 Prozent der erfassten Unfälle mit Sach- und/oder Personenschaden Ablenkungsfaktoren feststellt.

Auch eine aktuelle Umfrage der Kampagne „Runter vom Gas“ besagt, dass 61 Prozent der befragten Pkw-Fahrerinnen und -Fahrer das Mobiltelefon in bestimmten Situationen wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich auch hinter dem Steuer nutzen würden.

An der repräsentativen Studie, die im Auftrag der Kampagneninitiatoren vom Marktforschungsinstitut Kantar TNS durchgeführt wurde, nahmen insgesamt 2.500 Personen teil.

Am häufigsten wird das Smartphone dabei im Stau (52 Prozent der Befragten) oder an einer roten Ampel (30 Prozent der Befragten) genutzt. Und das, obwohl 92% der Befragten bei derselben Umfrage angeben, dass sie das Bedienen des Mobiltelefons im Straßenverkehr als gefährlich einstufen. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) der befragten Handybesitzerinnen und -besitzer gibt zudem an, durch Nutzung des Mobiltelefons im Straßenverkehr bereits in eine gefährliche Situation geraten zu sein, wovon sieben Prozent durch Ablenkung sogar in einen Unfall verwickelt wurden.

„Was ist schon passiert?“ – Beispielfälle, in denen Ablenkung eine Rolle spielte

Die folgenden Beispiele schwerer Verkehrsunfälle aus dem Jahr 2019 zeigen, wie wichtig eine regelmäßige und forcierte Verkehrsüberwachung durch die Polizei gerade auch in diesem Bereich ist:

Fall 1, 22. Juni 2019

Eine junge Mutter ist nach einem Spaziergang mit ihrem sechs Wochen alten Kind auf dem Nachhauseweg. Dabei nutzt sie mit dem Kinderwagen ordnungsgemäß den linken Fahrbahnrand. In der Gegenrichtung kommt ihr der Fahrer eines Pkw mit seinem Fahrzeug entgegen. Vermutlich infolge von Ablenkung übersieht dieser jedoch Kind und Mutter und stößt mit dem Kinderwagen zusammen. Dadurch wird das Kind so schwer verletzt, dass es am darauffolgenden Tag verstirbt. Zur Beweissicherung hat die Polizei in diesem Fall daher das Mobiltelefon des Fahrers sichergestellt.

Dass der Unfallverursacher zudem alkoholisiert war, verdeutlicht darüber hinaus, dass sich die Wirkung mehrerer unfallbegünstigender Faktoren auf tragische Weise potenzieren kann.



Fall 2, 23. Juli 2019

Dass gravierende Unfallfolgen häufig bereits durch einfachste, korrekte Verhaltensweisen vermieden werden könnten, zeigt auch der folgende Sachverhalt: Am genannten Tag befährt ein Lkw-Fahrer mit seinem Sattelzug die A 7. Da er durch die Bedienung seines Navigationsgerätes abgelenkt ist, übersieht er einen weiteren Sattelzug, der aufgrund einer Panne auf dem Standstreifen abgestellt ist – und dies, obwohl die Stelle durch Absperrmaterial und einen Funkstreifenwagen der Polizei mit Blaulicht abgesichert ist.

In der Folge fährt er durch die Absperrung auf den Streifenwagen auf, wodurch der Fahrer des liegengebliebenen LKW zwischen seinem und dem Polizeifahrzeug eingeklemmt wird. Dabei erleidet er so schwere Verletzungen, dass er noch am Unfallort verstirbt.

Die absichernden Polizeibeamten können sich mit großem Glück durch einen Sprung über die Schutzplanke retten.

Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit

Die Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen gehen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen gegen die Hauptunfallursachen im Straßenverkehr vor. Neben regelmäßigen, teilweise groß angelegten Kontrollmaßnahmen zählt dazu auch ein breites Spektrum an Präventionsmaßnahmen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei konzertierten Kontrollmaßnahmen im Rahmen gemeinsamer Verkehrssicherheitstagen und –wochen zu. So wurden im Jahr 2019 im gesamten Behördengebiet über 30 Aktionen dieser Art durchgeführt.

**Polizeidirektor Michael Weiner, bis zum 29.02.2020
Leiter des Dezernates 12 – Einsatz und Verkehr**

„Lassen Sie sich beim Führen Ihres Fahrzeuges nicht ablenken! Der Blick gehört auf die Straße. Das gilt für alle technischen Geräte gleichermaßen.

Wenn Sie z.B. ihr Smartphone nutzen oder eine neue Adresse in das Navigationsgerät eingeben möchten, machen Sie einen kurzen Stopp und fahren Sie anschließend konzentriert weiter.

So können Sie auf einfache Weise Leben retten.“

Als polizeiliche Kernaufgabe zählt die Verkehrssicherheitsarbeit zu den wichtigsten Tätigkeitsfeldern der Polizei Niedersachsen. Vor diesem Hintergrund rief der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport die Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020 ins Leben. Ziel ist, die Zahl der Verkehrsunfälle in Niedersachsen mit getöteten und schwerverletzten Personen um ein Drittel zu reduzieren.

Mit dem Ende des Jahres 2019 ist die VSI 2020 ausgelaufen, was die Frage nach anschließenden Maßnahmen eröffnet. Dies gilt nicht zuletzt, da die Ziele der VSI 2020 leider nicht erreicht werden konnten. Auf der einen Seite geht dies darauf zurück, dass die Zahl der Verkehrstoten zum Jahresende aufgrund einzelner Verkehrsunfälle mit einer Vielzahl beteiligter Personen deutlich anstieg. Zum anderen gilt es festzuhalten, dass dynamische Entwicklungen die Verkehrssicherheitsarbeit vor andauernde Herausforderungen stellen.

Der hohen Bedeutung der Verkehrssicherheit wird zum einen mit ihrer Aufnahme als Ziel der Gesamtstrategie 2027 Rechnung getragen. Zum anderen wird im Landespolizeipräsidium seit dem Jahr 2018 unter Beteiligung aller Polizeibehörden die Fachstrategie Verkehr entwickelt. Diese wird die VSI 2020 ablösen und der Verkehrssicherheitsarbeit landesweit eine neue Ausrichtung geben.

Die Fachstrategie legt sechs sogenannte Umwelttrends fest, aus denen die operativen Schwerpunkte der künftigen polizeilichen Maßnahmen abgeleitet wurden.

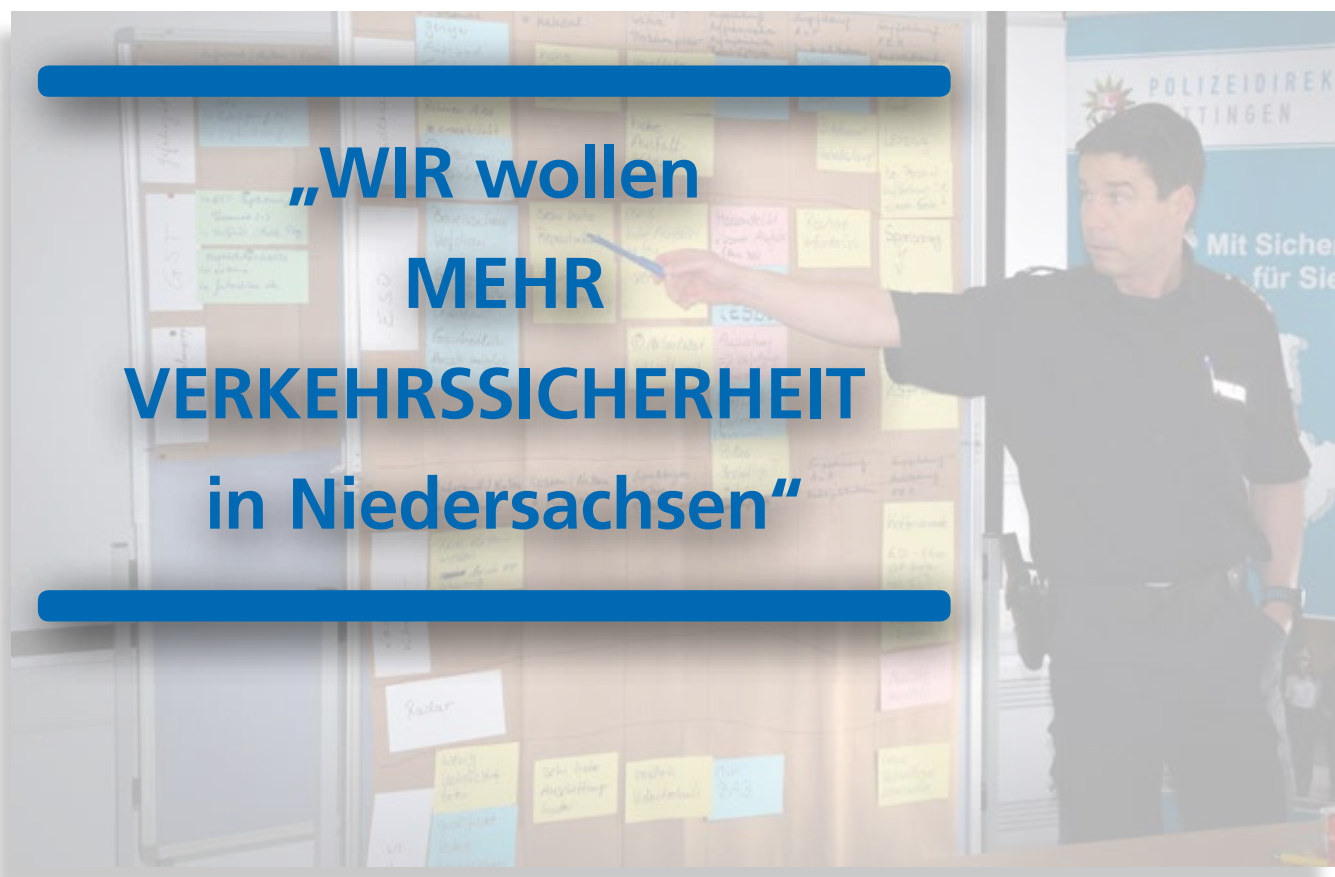
Eine besondere Herausforderung dürfte dabei der „Megatrend“ des Radverkehrs darstellen. Dabei wird sich insbesondere die zunehmende Verbreitung von Pedelecs und anderen Elektrokleinstfahrzeugen auch im Unfallgeschehen niederschlagen. Neben der Beratung und Aufklärung, z.B. im Rahmen der polizeilichen Präventionsarbeit, wird hier auch die Gestaltung des Verkehrsraums als Sicherheitsfaktor an Bedeutung gewinnen.

Als weitere Umwelttrends wurden neue Mobilitätsformen wie das autonome Fahren und eine Zunahme des Güterkraftverkehrs identifiziert.

Um alle umfassten Bereiche sachgerecht und konkret beurteilen zu können, wird nun im Rahmen einer Organisationsuntersuchung überprüft, wie die Polizei im Bereich der Verkehrssicherheit aufgestellt ist und welche Optimierungsmöglichkeiten angesichts der aktuellen Herausforderungen bestehen. Damit lehnt sich die Umsetzung der Fachstrategie Verkehr im Vorgehen eng an den Gesamtstrategieprozess der Polizei Niedersachsen an.

Ein Ziel wird es hierbei sein, Zuständigkeiten zu optimieren und neue Standards für die polizeiliche Aufgabenerfüllung festzulegen und gegebenenfalls anzupassen. Dies betrifft unter anderem die Bereiche der Verkehrsunfallprävention, der Unfallaufnahme und –bearbeitung und der Verkehrsüberwachung.

Dabei steht die intensive Arbeit im Sinne der Gesamtstrategie der Polizei Niedersachsen stets unter dem Motto:



**„WIR wollen
MEHR
VERKEHRSSICHERHEIT
in Niedersachsen“**



Prävention.

Informieren und beraten.
Wir informieren und beraten.

Neben Maßnahmen im Bereich der objektiven Sicherheit kommt auch dem persönlichen Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger eine große Bedeutung für die polizeiliche Arbeit zu. Sowohl im Bereich der Kriminalität als auch der Verkehrssicherheit kann hier gerade eine umfangreiche und professionelle Präventionsarbeit einen wesentlichen Beitrag leisten.

Kriminalprävention

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung unterschiedlicher Kriminalitätsphänomene nimmt die Prävention eine wichtige Rolle ein, da sie bereits im Vorfeld einer Straftat dazu beitragen kann, dass es gar nicht erst zu einem Schaden kommt. Darüber hinaus fällt darunter auch die Betreuung von Personen, die Opfer einer Straftat wurden.

Schwerpunkte der Präventionsarbeit, die einen Fokus auf mögliche Opfer einer Straftat richten, lagen im Jahr 2019 in den Bereichen der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (Erarbeitung eines Behördenkonzeptes), der Beratung von Schulen zum Thema Radikalisierung und Islamfeindlichkeit und der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls.

In der Kinder- und Jugendprävention lag ein Schwerpunkt des Jahres 2019 im Bereich der Mediensicherheit, wobei insbesondere das Thema Cybermobbing an Bedeutung gewonnen hat.

Mittlerweile verfügen Kinder bereits ab der dritten Grundschulklasse über ein eigenes Smartphone. Gerade im Umgang mit persönlichen Daten fehlt es jedoch oftmals an Vorbildern.

Von Cybermobbing betroffene Schülerinnen und Schüler fühlen sich zudem in besonderem Maße hilflos, da versandte Fotos mit beleidigendem Inhalt regelmäßig über einen längeren Zeitraum im Internet sichtbar sind.

Nachhaltige Kinder- und Jugendprävention hängt im großen Maße von der Zusammenarbeit in interdisziplinären Netzwerken ab. Zum Thema Cybermobbing plant die niedersächsische Landesschulbehörde deshalb in allen Polizeidirektionen Fachtagungen für Lehrkräfte und Angehörige der Polizei, die in der Polizeidirektion Göttingen bereits am 4. September 2019 in der Universität Göttingen stattfand.

Auch die entsprechenden Fachbereiche der Landkreise und kreisfreien Städte sind wichtige Netzwerkpartner der Polizei, wenn es darum geht, dieser Herausforderung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu begegnen. Zudem können Aufklärung und Medienbildung in der Schule wie auch im Elternhaus wesentlich zur Entstehung eines Unrechtsbewusstseins für Straftaten im Internet und zum Erfolg kriminalpräventiver Maßnahmen beitragen. Vor diesem Hintergrund wurden in allen Polizeiinspektionen unterschiedliche gemeinsame Veranstaltungen mit Schulen und Trägern der Jugendarbeit durchgeführt.

„Sicherheits- und Gewaltpräventionsmaßnahmen in Schulen“

04. September 2019

Georg-August Universität, Netzwerk Lehrerfortbildung, 37075 Göttingen, Waldweg 26



Daneben wurde zum Thema Cybersicherheit mit unterschiedlichen Partnern eine Vielzahl von Präventionsveranstaltungen durchgeführt, die sich an ein breites Publikum jeden Alters richteten. Beispielhaft können die folgenden genannt werden:

→ **„Online? Aber sicher!“, 08. Oktober 2019**

Veranstaltung des Niedersächsischen Innenministeriums zum Thema IT-Sicherheit mit circa 400 Besucherinnen und Besuchern. Neben vielfältigen Infoständen gehörte auch eine Live-Hacking-Show zum Programm, die Einblicke in das Vorgehen von Tätern gewährte und praktische Hinweise zum Schutz vor Cyberkriminalen gab.



→ **Safer Internet Day, 11. Februar 2019**

Internationaler Aktionstag, an dem sich unter anderem die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Göttingen durch Aufführungen ihres Medienstücks beteiligte.

Verkehrsprävention

Auch im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit hat die Prävention einen hohen Stellenwert. Dabei stellen rasante Entwicklungen im Bereich bekannter wie neuer Mobilitätsformen (z.B. „Pedelecs“) alle Beteiligten immer wieder vor neue Herausforderungen. Aufgrund ihrer Fachkenntnis ist die Polizei dabei wichtiger Initiator verkehrsunfallpräventiver Maßnahmen. Entscheidender Erfolgsfaktor sind auch hier gut funktionierende Netzwerke. Dies gilt

- sowohl intern in der Zusammenarbeit des Einsatz- und Verkehrsbereiches mit den Fachkommissariaten für Verkehrsstraftaten und den Präventionsteams in den Inspektionen
- als auch extern bei der Kooperation mit Vereinen, Schulen und weiteren Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit.

Damit trägt polizeiliche Prävention als Teilbereich zu einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz bei, der zum Ziel hat, gleichzeitig flexibel auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren sowie kontinuierlich und nachhaltig zur Verkehrssicherheit beizutragen. Dabei werden die Hauptunfallursachen Geschwindigkeit, Ablenkung sowie Alkohol und Drogen im Straßenverkehr in besonderem Maße berücksichtigt.

Durch die Zusammenarbeit mit Gremien wie dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR), Verkehrsunternehmen wie z.B. dem Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (VSN) aber auch örtlichen Schulen gelingt eine Präventionsarbeit, die hohe Reichweiten erzielt und individuell auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten ist. Beispiele dafür waren im Jahr 2019 die Kampagnen „Tippen tötet“, „Runter vom Gas“ oder „Alkohol im Straßenverkehr“. Zu Beginn der Motorradsaison liegt zudem stets ein besonderer Schwerpunkt auf der Beratung von Kraftradfahrerinnen und -fahrern. Hier ist besonders die „Spezialisierte Kontrollgruppe Krad“ hervorzuheben, deren Mitglieder ihr Fachwissen neben gezielten Kontrollaktionen auch im Rahmen präventiver Gespräche einsetzen, die sich in besonderer Weise an jüngere Fahrerinnen und Fahrer richten.

Im Jahr 2019 erfolgten zudem erstmals sogenannte präventive Abfahrtskontrollen des Schwerlastverkehrs im Bereich der Autobahn A7. Dabei wurde Fahrerinnen und Fahrern auf freiwilliger Basis die Durchführung eines Atemalkoholtests angeboten, um ihre Fahrtauglichkeit zum Zeitpunkt der geplanten Abfahrt einzuschätzen. An den Test beteiligten sich insgesamt 1.392 Fahrerinnen und Fahrer, von denen 186 unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen standen. Dabei lässt sich feststellen, dass der erhöhte Kontrolldruck und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit bereits kurzfristig einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Zahlen hatten.





Straftatenverhütung und Gefahrenabwehr gehören zu den Kernaufgaben jeder Polizeibeamtin und jedes Polizeibeamten. Am Hauptsitz der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg ist zudem ein hoch qualifiziertes Präventionsteam angesiedelt, das in allen Bereichen der Prävention eine fundierte und zielgruppenorientierte Beratung anbietet. Ergänzt wird diese Arbeit zudem durch speziell geschultes Personal in den Polizeikommissariaten. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu Präventionsthemen.

KRIMINALPRÄVENTION

Tel.: 05021 / 9778-108

Der **Beauftragte für Kriminalprävention, Henri Slaar**, befasst sich primär mit der technischen Beratung zum Einbruchsschutz und der Verhaltenssensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger zu weiteren aktuellen Kriminalitätsphänomenen. Persönliche Beratungsgespräche und themenbezogene Vorträge gehören ebenso zu seiner Tätigkeit.

VERKEHRSUNFALLPRÄVENTION

Tel.: 05021 / 9778-109

In ihrer Eigenschaft als **Verkehrssicherheitsberaterin** gewährleistet **Nicole Schuster** die zielgruppenorientierte Verkehrssicherheitsarbeit/-beratung. Im Jahr 2019 wurden so mit verschiedenen Projekten rund 3000 Menschen von Jung bis Alt erreicht. Hierzu zählen insbesondere das „Fit-ist-schlau“-Programm für die Risikogruppe der jungen Fahrerinnen und Fahrer, die „Busschule“ für Kinder oder das Projekt „Fit im Auto“ für die Zielgruppe der Senioren.

KINDER- UND JUGENDPRÄVENTION

Tel.: 05021 / 9778-107

Eine kontinuierliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einer Vielzahl der Schulen und Vereine bilden für **Daniel Jahn** das Fundament der **Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen**. Einen Schwerpunkt machen hierbei die Gewaltpräventionsprogramme „Schülerhelfer/-innen“ und „Schülerscout“ an Grund- und weiterführenden Schulen aus. Beide Programme sollen Konflikte im Schulbereich mindern und das soziale Miteinander stärken. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartnern ist es den Schulen nunmehr möglich, Gewaltpräventionsmaßnahmen wie „Anti-Mobbing/Cybermobbing“ oder „Stärkung der Sozialkompetenz in der digitalen Welt“ gezielter durchzuführen.

KONTAKTBEAMTE

Tel.: 05021 / 9778-232 oder 05021 / 9778-233

Gerd Kertzinger und Volker Conrad stehen Ihnen in ihrer Funktion als Kontaktbeamte für allgemeine polizeiliche Auskünfte beratend zur Verfügung. Zudem nehmen sie ergänzende Aufgaben im Bereich der Prävention und Verkehrserziehung wahr, wie z.B. die „Jugendverkehrsschule“ oder kindgerechte Angebote zur Gewaltprävention.



Moderne Technik und Ausstattung.

Wir nutzen sie.

Die stetig voranschreitende Digitalisierung bietet auch der Polizeitechnik eine Vielzahl neuer Möglichkeiten. Ziel ist dabei die größtmögliche Unterstützung der operativen Tätigkeiten in allen Bereichen der Polizeiarbeit. Die dynamische technologische Entwicklung macht es dabei erforderlich, auch die polizeiliche IT-Peripherie stetig anzupassen, zu erweitern und zu modernisieren.

Eine moderne technische Ausstattung dient dabei sowohl der Aufgabenerfüllung als auch dem Ziel, gerade auch für die nachfolgenden Generationen als attraktiver Arbeitgeber zu punkten. Eine besondere Bedeutung hat dabei natürlich bei sogenannten Einsatz- und Führungsmitteln die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Jahr 2019 wurde daher erneut umfangreich in Verbesserungen der persönlichen Schutz- und Einsatzausstattung investiert.

Umstellung der Telefonie auf VoIP (Voice over IP)

Im vergangenen Jahr erfolgten innerhalb der Polizeidirektion Göttingen die ersten 54-standortbezogenen Umstellungen auf die neue VoIP-Technik. Damit erreicht die Umstellung der abgängigen ISDN-Technik auf den neuen Standard, die im privaten Bereich bereits in den letzten Jahren vollzogen wurde, auch die Polizei. Die landesweit erforderliche, zentrale Umstellung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Landes-IT-Dienstleister „IT Niedersachsen“ im Rahmen des Projektes „Voice4Nds“. Dabei werden unter anderem auch neue Telefone ausgeliefert.

Im Jahr 2020 sind in enger Kooperation mit IT.Niedersachsen sukzessiv weitere Umstellungen der größeren Standorte geplant. Die vollumfänglich technische Umsetzung wird voraussichtlich bis in das Jahr 2021 hinein andauern. Eine weitere Folge ist dabei, dass künftig auch der Support rund um die Telefonie durch den zuständigen Vor-Ort-Service des IT Niedersachsen erfolgen wird.





62.557-mal von Nord nach Süd

Im Jahr 2019 standen der Polizeidirektion Göttingen 548 Fahrzeuge zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags zur Verfügung. Dabei entsprach die Gesamtfahrleistung etwa 10,3 Millionen Kilometer. Gemessen an der Luftlinie hätte das Direktionsgebiet von der nördlichsten Dienststelle in Hoya bis zur südlichsten Dienststelle in Staufenberg 62.557-mal durchquert werden können.

Für Beschaffung, Betrieb und Unterhalt des Fuhrparks sind Ausgaben in Höhe von rund 3,31 Millionen Euro getätigt worden, was etwa 23 Prozent des Gesamthaushalts der Behörde entspricht.

Ausweitung der Elektromobilität

Im vergangenen Jahr hat die Polizeidirektion Göttingen die Fahrzeugflotte im Segment der E-Mobilität von 15 auf 27 elektrisch betriebene Einsatzfahrzeuge (davon 17 mit Hybridantrieb) aufgestockt. Zudem stehen im Rahmen des Landesprojektes „air“ die Auslieferung von zwölf weiteren Einsatzfahrzeugen mit Hybridantrieb an.

Der Anteil der E-Fahrzeuge am Gesamtfuhrpark beträgt dann rund 7,1 Prozent. Damit einhergehend wird auch der Ausbau der polizeieigenen Ladeinfrastruktur auf dem Gebiet der Polizeidirektion Göttingen weiter vorangetrieben. Ferner werden in 2020 mindestens zehn weitere Ladepunkte installiert.

Ein Signal, das Leben retten kann

Im Einsatzalltag können Polizeibeamtinnen und –beamte immer wieder in Kontakt mit Rauchgasen kommen. Daher hat die Polizeidirektion Göttingen im September 2019 insgesamt 154 CO-Warngeräte an die nachgeordneten Inspektionen ausgeliefert. Die Geräte ermöglichen es, auch im Einsatz ohne größere Aufwände, sich vor einer Kohlenmonoxid(CO)-Vergiftung zu schützen und entsprechende Gefahrenbereiche rechtzeitig zu erkennen.

Kohlenmonoxid ist farb-, geschmacks- und geruchslos und kann ohne technische Hilfsmittel auch in höheren Konzentrationen nicht bemerkt werden. Genau hierin liegt die „Heimtücke“, da das Gas im Fall des Einatmens zu schweren Gesundheitsschäden bis hin zum Erstickten führen kann. Die CO-Warngeräte stellen daher aus Sicht der Polizeidirektion Göttingen einen wichtigen Beitrag zur Optimierung der Eigensicherung der Kolleginnen und Kollegen im Dienstbetrieb dar.



Deeskalierende Wirkung erwartet

Im Herbst 2019 wurden insgesamt 57 „Bodycams“ inklusive der zu ihrem Betrieb erforderlichen technischen Infrastruktur in die Polizeidirektion Göttingen geliefert und anschließend auf die Inspektionen verteilt. Die formelle Inbetriebnahme im täglichen Dienst erfolgte im Dezember 2019 und wurde durch regionale Pressetermine begleitet. Die Polizeidirektion Göttingen verspricht sich neben der Beweissicherung von den „Bodycams“ eine deeskalierende Wirkung, die zu einem verbesserten Schutz von Einsatzkräften vor tätlichen Angriffen und weiteren Übergriffen beiträgt.

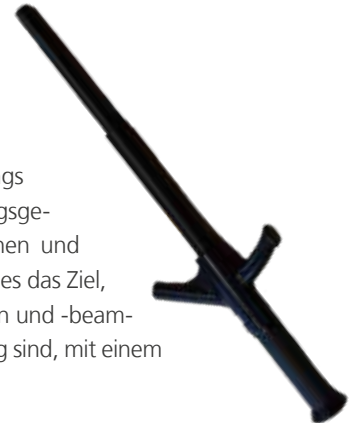


Der Einsatz der Kameras ist strikt an die rechtlichen Voraussetzungen des neuen Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetzes (NPOG) geknüpft. Dazu wurde ein behördeninternes Fortbildungskonzept entwickelt, welches neben technischen Aspekten insbesondere die rechtlichen Voraussetzungen erläutert. Aufgrund der erforderlichen Schulungen sowie der erst kürzlich zurückliegenden Einführung liegen bis dato noch keine „Einsatz-erfahrungen“ vor.

Zudem nimmt die Polizeidirektion Göttingen durch die frühzeitige Entscheidung der Behördenleitung, zur zentralen Beschaffung einer Mindestausstattung für die nachgeordneten Dienststellen in diesem Bereich, eine Vorreiterrolle ein.

Teleskopierbare Einsatzstöcke

Die bereits im Jahr 2018 begonnene Beschaffung und Auslieferung des teleskopierbaren Einsatzstockes (EKA 21) mit Adapter ist im Jahr 2019 fortgesetzt worden. Inzwischen verfügt die Polizeidirektion Göttingen über 790 EKA 21. Nach einer vorgeschriebenen Einweisung im Rahmen des systemischen Einsatztrainings werden diese als persönliche Ausrüstungsgegenstände an die beschulten Kolleginnen und Kollegen ausgegeben. Perspektivisch ist es das Ziel, zumindest alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, die schwerpunktmäßig operativ tätig sind, mit einem eigenen EKA 21 auszustatten.



Neue Funktionsweste

Ende 2019 wurde das Ausschreibungsverfahren für eine neue Funktionsweste erfolgreich abgeschlossen. Die neue Weste wird die Aufnahme persönlicher Führungs- und Einsatzmittel sowie ballistischer Schutzpakete der aktuellen, individuellen Unterziehschutzweste ermöglichen. Auch die „Bodycam“ kann künftig an der neuen taktischen Funktionsweste getragen werden.

Im ersten Quartal 2020 soll die neue Funktionsweste über den Web-Shop des Logistikzentrums Niedersachsen verfügbar und aus dem persönlichen Bekleidungsbudget zu beziehen sein. Die Funktionsweste wird mit einem modularen Taschensystem angeboten, das an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden kann.

Damit alle Kolleginnen und Kollegen jeweils eine Weste mit optimalem Schutz und Tragekomfort erhalten, wird gegenwärtig ein Größenschlüssel zur Harmonisierung bereits bestehender ballistischer Schutzpakete mit der neuen Funktionsweste ermittelt. Damit wird künftig der berechtigten Forderung nach einer adäquaten und funktionellen Einsatzkleidung in verstärktem Maße Rechnung getragen.





Veranstaltungen.

Im Sport dabei.



Die Ausübung des Polizeiberufs ist ohne sportliche Fitness nicht denkbar. Daher ist regelmäßiger Sport im und neben dem Dienst fest in den Alltag von Polizeibeamtinnen und -beamten integriert. Am 28. und 29. August 2019 waren die besten Leichtathletinnen und -athleten unter ihnen im Göttinger Jahnstadion zu Gast, um sich im Rahmen der 37. Deutschen Polizeimeisterschaften miteinander zu messen.

Bei besten Wetterbedingungen hatten Besucherinnen und Besucher, die teilweise aus anderen Bundesländern angereist waren, die Möglichkeit eine Vielzahl spannender Entscheidungen zu verfolgen, an denen auch Nachwuchstalente des deutschen Spitzensports teilnahmen.

Veranstalter der Meisterschaften, die alle zwei Jahre ausgetragen werden, ist das Deutsche Polizeisportkuratorium. In diesem Jahr wurde die Polizeidirektion Göttingen mit der Durchführung beauftragt, welche die Organisation der ortsansässigen Polizeiinspektion Göttingen übertrug. Damit wurden die Deutschen Polizeimeisterschaften in der Leichtathletik nach dem Jahr 1999 zum zweiten Mal in der Universitätsstadt ausgetragen.

Insgesamt traten circa 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Reihen der Polizeien aller Länder sowie der Bundespolizei gegeneinander an. Am Ende der Wettkämpfe stand in 18 Disziplinen bei den Frauen, bzw. 21 Disziplinen bei den Männern fest, wer als Deutsche Polizeimeisterin oder Deutscher Polizeimeister zurück in die Heimat fahren konnte. Für die Polizei Niedersachsen nahmen 30 Sportlerinnen und Sportler an den

Wettkämpfen teil. Mit insgesamt 22 Medaillen führte am Ende die Polizei Bayern die Wertung an.

Zur besten Sportlerin wurde Amelie Lederer aus Bayern gekürt, die mit einer Zeit von 11,76 Sekunden auf 100 Meter 1040 Punkte erzielen konnte. Bester Sportler war Patrick Müller von der Bundespolizei, der im Kugelstoßen mit einer Weite von 18,80 Meter 1049 Punkte erzielte.

Um diesen Einsatz der besonderen Art zu stemmen, brauchte es viele helfende Hände - sowohl im Vorfeld der Veranstaltung, währenddessen und auch im Nachhinein. Insgesamt waren 120 Kolleginnen und Kollegen mit verschiedensten Aufgaben im Einsatz und haben so für eine rundum gelungene Veranstaltung gesorgt.









Fazit.

Mit Sicherheit für Sie da.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

der Sicherheitsbericht 2019 hat Ihnen Einblicke in ausgewählte Aspekte unserer polizeilichen Arbeit im letzten Jahr gewährt. Unser Ziel war es dabei, sowohl eine Bilanz der vergangenen Monate zu ziehen als auch konsequent den Blick auf die Zukunft zu lenken.

Ungeachtet der stetig wechselnden und hohen Anforderungen an die moderne Polizeiarbeit, ist es uns auf Inspektions- wie Direktionsebene erneut gelungen, das hohe Sicherheitsniveau in der Region aufrecht zu erhalten. Uns ist es sowohl im Bereich der Verkehrssicherheit als auch bei der Kriminalitätsbekämpfung gelungen, mit aktuellen Entwicklungen Schritt zu halten und auch komplexe Herausforderungen zu meistern.

Dabei sind die genannten Erfolge vor allem der Verdienst der fundierten Expertise und des großen Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Göttingen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Gleichzeitig verdeutlicht dies die entscheidende Bedeutung der Nachwuchsgewinnung für den künftigen Erfolg der polizeilichen Arbeit. Daher ist es uns ein wichtiges Anliegen, junge Menschen für den Polizeiberuf zu begeistern, indem wir die polizeiliche Arbeit transparent machen und ihre besonderen Vorzüge betonen.

Doch auch darüber hinaus gilt es bereits heute, den Blick auf die Herausforderungen von morgen zu richten und die Weichen für eine sichere Zukunft zu stellen. Nicht zuletzt dieser Sicherheitsbericht macht deutlich, dass wir im Jahr 2019 weitere wichtige Schritte auf diesem Weg gegangen sind.

Dies gilt besonders für den Megatrend „Digitalisierung“, dessen Einfluss auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit stets zunimmt. Durch den erfolgreichen Großeinsatz gegen Betreiber und Nutzer der Website „xplosives.net“ konnten wir zeigen, dass die vermeintliche Anonymität des Internets nicht vor Strafverfolgung schützt.

Neben den Herausforderungen gilt es jedoch auch den Chancen der Digitalisierung die gebotene Aufmerksamkeit zu schenken. Welche Möglichkeiten moderne Technologien beispielsweise für die Ermittlungsarbeit eröffnen können, zeigte im vergangenen Jahr unter anderem die erfolgreiche Kooperation der Polizeidirektion Göttingen mit der Hochschule Mittweida.



Kooperation und Dialog sind zudem ein weiterer wichtiger Aspekt zukunftsfähiger Polizeiarbeit. Dabei sind die Verkehrssicherheitsarbeit, Prävention und viele andere Bereiche bereits heute der beste Beleg dafür, dass in vielen Fällen gute und gewachsene Partnerschaften eine der wichtigsten Stärken der Polizeidirektion Göttingen darstellen.

All diese Aspekte stimmen mich daher auch für das Jahr 2020 sehr zuversichtlich. Deshalb möchte ich Ihnen an dieser Stelle versichern, dass sich die Kommunen und Landkreise, aber auch die Bürgerinnen und Bürger auch künftig voll und ganz auf ihre Polizei als Partner für alle Fragen der Sicherheit verlassen können.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Uwe Lührig'. The signature is fluid and cursive.

Uwe Lührig
Polizeipräsident
der Polizeidirektion Göttingen

ONLINE-WACHE

Digitale Anzeigenerstattung

#WirBleibenZuhause

Sind Sie Opfer oder Zeuge einer Straftat geworden?

Dann können Sie Ihrer Polizei **auch über das Internet** einen Hinweis geben oder eine Strafanzeige übermitteln.

Wie das geht, sehen Sie in einem Erklärvideo: **www.polizei-nds.de**.

Der direkte Weg zur Online-Wache:

www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de

Ihre Polizei Niedersachsen



RUND UM DIE UHR

JEDERZEIT UND ÜBERALL

In Notfällen ☎ 110



POLIZEI
NIEDERSACHSEN

Herausgeber

Polizeidirektion Göttingen
Polizeipräsident Uwe Lührig

Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 / 491-0
www.pd-goe.polizei-nds.de

Redaktion/ Koordination

Dezernat 01 - Pressestelle

Layout

Dezernat 01 - Pressestelle

Bildnachweis

Die abgebildeten Fotos wurden von den Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen,
- Landeskriminalamt Niedersachsen
- Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (www.polizei-beratung.de),
- Pixabay (www.pixabay.com),
- Polizeidirektion Göttingen sowie nachgeordneten Polizeiinspektionen freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck

Klartext GmbH, Göttingen

Weitere interessante Links:

Fahndung

www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung
www.polizei-nds.de/Fahndung

Online-Wache

www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de

! Denken Sie daran:
■ Im Notfall 110 wählen!



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN



ZUVERLÄSSIGKEIT.

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich.